



**3. Sitzung des Gemeindeparlamentes,
Mittwoch, 21. November 2007
Stadthaus, Ratsaal,
Sitzungsdauer: 18.00 Uhr – 23.20 Uhr**

Anwesend sind: 47 Ratsmitglieder (von 50 Mitgliedern)

Sozialdemokratische Partei:

1. Dr. Markus Ammann, 2. Ursula Amsler Celidonio, 3. Rolf Braun,
4. Lukas Derendinger, 5. Werner Good, 6. Brigitte Kissling, 7. Thomas Marbet,
8. Rudolf Moor, 9. Markus Oegerli, 10. Brigitte Rosselet, 11. Luzia Stocker Rötheli,
12. Dr. Arnold Uebelhart, 13. Dieter Ulrich (ab 21.45 Uhr), 14. Lea von Wartburg,
15. Caroline Wernli Amoser

Freisinnig-demokratische Partei:

1. Mario Clematide, 2. Heinz Eng, 3. Thomas Frey, 4. Alexandra Kämpf, 5. Urs Knapp,
6. Stefan Nünlist, 7. Dr. Max Pfenninger, 8. Andreas Schibli, 9. Rolf Schmid,
10. Arthur Spring, 11. René Wernli, 12. Christian Wüthrich, 13. Nico Zila

Christlichdemokratische Volkspartei:

1. Georg Dinkel, 2. Heidi Ehram, 3. Antonia Hagmann, 4. Daniel Joss,
5. Patrick Kissling, 6. Nadja Rhiner, 7. Roland Rudolf von Rohr, 8. Armand Weissen

Schweizerische Volkspartei:

1. Marcel Buck, 2. André Köstli, 3. Rudolf Lutz, 4. Rolf Sommer, 5. Christian Werner

Grüne Olten:

1. Iris Schelbert, 2. Theo Schöni, 3. Felix Wettstein

Evangelische Volkspartei Olten:

1. Stephan Hodonou

Junge Alternative:

1. Anna Engeler, 2. Jonas Hertner



Stadtrat:

Ernst Zingg, Stadtpräsident
Silvia Forster, Vize-Präsidentin, Baudirektion
Doris Rauber, Direktion Öffentliche Sicherheit
Peter Schafer, Direktion Soziales
Dr. Martin Wey, Direktion Bildung und Sport
Markus Dietler, Stadtschreiber

Ferner anwesend:

Adrian Balz, Verwaltungsleiter Baudirektion
Roland Giger, Rektor
Urs Husi, Finanzverwalter-Stellvertreter
Peter Kohler, Finanzverwalter
Hans Peter Müller, Verwaltungsleiter Sozialdirektion
Mario Schenker, Controller
Christian Winiger, Rechtskonsulent

Entschuldigt abwesend:

Käthi Bolzern
Daniel Probst
Anita Huber

Vorsitz: Iris Schelbert

Protokollführerin: Erika Brunner, Leiterin Stadtkanzlei

* * *

Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. Budget 2008/Genehmigung
Mit dem Budget in Zusammenhang:
 - 2.1. Personalwesen, Besoldungskosten/Festlegen Budgetgrundlagen
 - 2.2. Sportanlagen Kleinholz, Neubau Garderoben/Projekt- und Kreditbewilligung
 - 2.3. Suchthilfe Region Olten, Alkoholikertreff, Beitrag/Kreditbewilligung
3. Ladenschlusszeiten an Samstagen, Änderung/Teilrevision Ladenschlussverordnung

* * *

Mitteilungen

Parlamentspräsidentin Iris Schelbert:

Protokollgenehmigungen

Die Protokolle der Parlamentssitzungen vom 28. Juni und 6. September 2007 sind vom Büro am 5. November 2007 definitiv genehmigt worden.

* * *

Vorstösse/Eingang

- Postulat Brigitte Kissling (SP) betr. Unterstände an Bushaltestellen
- Postulat Brigitte Kissling (SP) betr. Verbesserungen bei der Buslinie 3 Meierhof
- Dringliche Interpellation Rolf Sommer (SVP) betr. Aarebistro

* * *

Fraktionserklärungen

Es sind zwei Fraktionserklärungen angemeldet worden.

- - - - -

Adventskonzert Stadtmusik und Jugendmusik vom 2. Dezember 2007

Zu diesem Konzert seid Ihr alle ganz herzlich eingeladen.

- - - - -

Totenehrung

Am 4. November 2007 ist im Alter von 90 Jahren Herr Kurt Hasler verstorben. Er war von Beruf Lehrer. Von 1955 bis 1981 war er in den Museenkommissionen tätig und hat dort sicher Spuren hinterlassen. Im Weiteren hat er über Jahrzehnte bei den Oltnen Neujahrsblättern mitgearbeitet..

Die Anwesenden erheben sich zu Ehren des Verstorbenen von den Sitzen.

* * *

Beilage:
Vorstosstexte

Postulat**Bau von Unterständen an den Bushaltestellen**

Der Stadtrat wird gebeten, den Bau von Unterständen bei den Bushaltestellen flächendeckend zu prüfen.

Begründung

Diverse gut frequentierte Bushaltestellen auf den Linien 1 und 3 verfügen nach wie vor nicht über geschützte Unterstände. Ungeschützte, stehende wartende Passagiere bei Wind, Regen und Schnee tragen gewiss nicht zur Attraktivität des öffentlichen Verkehrs bei. Mindestens in der Fahrrichtung Richtung Stadtzentrum soll bei allen Haltestellen die Aufstellung von geschützten Unterständen mit Sitzgelegenheit geprüft werden. Dasselbe gilt für die Haltestellen im Zentrum in Richtung Aussenquartiere und Nachbargemeinden.

Olten, 27.09.2007

F. Kissling

Ulrich Stöckli

Kath. Bolzard

Brigitte Kissling

Arnold Uebelhart

Markus U. ———

J. Deeg

R. ———

H. von H. ———

Th. Mader

C. W. ———

Postulat**Verbesserungen der städtischen Buslinie 3 auf der rechten Stadtseite Richtung Meierhof**

Der Stadtrat wird beauftragt, die Verdichtung und Systematisierung des Fahrplanangebots der Buslinie 3 Richtung Meierhof zu prüfen.

Begründung

Für das Neubau- und Entwicklungsgebiet Platanen/Kleinholz/Gheid/Bornfeld konnte recht kurzfristig der Fahrplan der städtischen Buslinie 3 attraktiver gestaltet, das heisst verdichtet werden. Die frisch zuziehenden Einwohnerinnen und Einwohner sollen sich möglichst rasch, vom ansprechenden öffentlichen Verkehr angezogen fühlen und ihr Auto in der Garage lassen. Diese politische Stossrichtung ist richtig und die SP-Fraktion dankt dem Stadtrat für den Einsatz auch auf kantonaler Ebene.

Auf der rechten Stadtseite jedoch, dort wo viele alteingesessene und zum Teil ältere Einwohnerinnen und Einwohner, welche nicht mehr so gut zu Fuss sind, wohnen, ist der Fahrplan nach wie vor unbefriedigend. Ein oft geäusselter Wunsch lautet, den Bus der Linie 3 bis 22 oder sogar bis 23 Uhr fahren zu lassen. Ein anderes Anliegen wäre, tagsüber den integralen Halbstundentakt anzubieten. Wenn man bedenkt, dass ab Olten in alle grossen Schweizerstädten ein Intercity-Halbstundentakt selbstverständlich ist, ist das Angebot auf der Buslinie 3 auf der rechten Aareseite einfach nicht zeitgemäss.

Olten, 27.09.2007

F. Kissling
Ulrich Jochen

Th. Muehle
C. Weli

Kathi Zobern

Brigitte Roscher

Arnold Uebelhoer

Mahdi O. ...

A. Deedje

Th. ...

Leon Muehle

Rolf Sommer, SVP, Gemeinderat, Olten
Parlamentarischer Vorstoss im Gemeindeparlament der Stadt Olten
Olten, im November 2007

Dringliche Interpellation: **Aarebistro**

Feststellung:

Das Aarebistro hat sich dank der initiativen Pächterfamilie Gloor zu einem attraktiven, allseits beliebten und romantischen „Geheimtipp“ in der Stadt Olten entwickelt.

An schönen sonnigen Tagen und Abenden konnte die einmalige Atmosphäre am Wasser, an der Aare, bis zum letzten Sonnenstrahl genossen werden. Die Gäste kamen von überall her. Nachdem das Aarebistro schon dreimal von „leichteren“ Hochwasser überschwemmt worden war, lief das Hochwasser vom 8. August 2007 buchstäblich durch die Küche, den romantischen Restaurationszelten und zerstörte alle Gerätschaften.

Gegen die Natur in diesem Ausmass ist leider nicht viel auszurichten, aber was am Samstag, den 3. November 2007 im Oltnen Tagblatt gelesen werden kann, ist noch viel schlimmer als das Hochwasser. Der Stadtrat bedauert und tröstet. Verweist auf die Attraktivierung Aareaum. Hegt neue Hoffnung ab 2009, usw. Kennt man doch schon genügend in der Stadt Olten!

Kein Wort zum Antrag der Pächter, den Pachtvertrag bis mindestens 2012 zu verlängern, denn versicherungstechnisch soll alles geregelt sein, aber damit die neuen Investitionen (Selbstbehalte, nicht versicherbare Schäden, etc.) amortisiert werden könnten. Ich glaube ehrlich, dass die Pächterfamilie das Handtuch wegen der Sturheit des Stadtrates geworfen hat! Dabei hat der Stadtrat, ohne die Fachleute der Feuerwehr um ihre Meinung zu Fragen, den Kauf von Hochwasserschutzschläuchen angeordnet. Für was und wen nun eigentlich?

Fragen:

1. Stimmt es, das die bauliche Anlage des Aarebistro inoffiziell über Fr. 200'000 (Berechnung der internen und externen Kosten) gekostet hat? (Bem. Kann der Stadtrat die beglaubigten Rechnungen und Kosten durch die Rechnungsprüfungskommission dem Gemeinderat zur Ansicht vorlegen?)
2. Welches Mitglied des Stadtrates ist für die Aarebistro Pachtverträge verantwortlich und wer hat mit den Pächter, die zum „Handtuch werfen“ führten, verhandelt?
3. Warum wurde der Vertrag mit der Pächterfamilie nicht verlängert?
4. Ist es wahr, sucht der Stadtrat für eine Wiederinbetriebnahme des Aarebistros im Frühling/Sommer 2008 wieder einen neuen Pächter?
5. Neben einem Attraktivitätsverlust der Stadt Olten, wie hoch sind die finanziellen Verluste durch das Hochwasser und die Folgekosten am Aarebistrostandort für die Stadt Olten?
6. Bis wann könnte ein neuer hochwassersicherer Standplatz für ein definitives Aarebistro erstellt werden und mit welchen Kosten, nach den ersten Erfahrungen, sind zu rechnen?
7. Für was hat nun der Stadtrat die Hochwasserschutzschläuche gekauft?

Begründung zur Dringlichkeit:

Die Bevölkerung glaubt den Ausführungen und Aussagen im OT nicht und die Leserbriefe bezeugen es.

Die Gerüchküche kocht!

Erstunterzeichner:



AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 21. November 2007

Akten-Nr. 19/6

Prot.-Nr. 27

Fraktionserklärung GO/JA

Theo Schöni: Ein paar Gedanken zur laufenden Besoldungsrevision. Es ist absolut unerträglich, mit welchen Methoden sich die FdP und SVP zur Abstimmungsvorlage der Besoldungsrevision in den Medien Gehör verschafft haben. Von der SVP sind wir uns diese diffamierenden Methoden gewöhnt, und man darf von ihnen nicht viel mehr erwarten. Wer die städtischen Angestellten mit pauschalen Diffamierungen abwertet, fördert weder deren Leistung, noch die Motivation. Geschädigt wird damit auch das Ansehen und das Vertrauen der Stadt Olten. Ja selbst in der Region nimmt man dies so wahr. Dass sich die FdP in das gleiche Bett legt, ist mehr als unverständlich, zeigt aber auch, dass sich die liberale Partei nicht erst seit den vergangenen Wahlen im Abwärtstrend befindet und schon nahe daran ist, sich selbst zu verleugnen. Es zeugt von schlechtem Stil, wenn im Nachgang versucht wird, das eigene Unvermögen durch falsche und irreführende Argumente gegenüber der abstimmenden Bevölkerung zu rechtfertigen. Offenbar ist man nicht bereit, einen demokratisch gefällten Entscheid einer Mehrheit aus dem Parlament zu diesem Systemwechsel der Besoldung der städtischen Angestellten mitzutragen. Für sachliche Argumente und eine konstruktive Debatte haben wir wahrlich genügend Zeit gehabt, nachdem das Geschäft zweimal im Parlament diskutiert und nachgebessert worden ist. In der Parlamentsdebatte sind wir, die Grünen und Jungalternativen, den anderen entgegen gekommen, um nicht bereits dort zu einem Scherbenhaufen beizutragen, denn ein Nein zu dieser Revision würde Ungerechtigkeiten zwischen den Geschlechtern, Intransparenz und fehlende Motivation zementieren. Es wäre angesichts dieses zerschlagenen Geschirrs und der pauschalen Verunglimpfung des Personals mehr als angezeigt, verantwortungsbewusst zu handeln und sich in aller Form beim städtischen Personal öffentlich zu entschuldigen. Unseren Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern empfehlen wir, ob all diesen Verwirrungen und Ablenkungsmanövern einen kühlen Kopf zu bewahren und an der Urne ihre Stimme abzugeben. Ein Ja attestiert ihnen die Weitsicht, bei allem Verständnis für gewisse Kritik, einem zeitgemässen Lohn- und Bewertungssystem zum Durchbruch zu verhelfen. Das hat unser städtisches Personal verdient.

Mitteilung an:
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 21. November 2007

Akten-Nr. 19/6

Prot.-Nr. 28

Fraktionserklärung SP

Dr. Markus Ammann: Die SP-Fraktion möchte das Thema etwas genereller aufnehmen. Wir erlauben uns, aufgrund der letzten Tage eine kurze Fraktionserklärung zur Art und Weise von Abstimmungs- und Wahlkämpfen zu machen. Wir stellen fest, dass die Verrohung, wie wir sie generell in der Gesellschaft glauben feststellen zu können, mehr und mehr auch auf Wahl- und Abstimmungskämpfe übergreift. Die FdP und SVP haben in den letzten Tagen einen Abstimmungskampf, der unseres Erachtens das tolerierbare Mass überschreitet. Sie haben damit nicht nur dem Ruf der Politik geschadet, sondern vielmehr auch dem Ruf der Stadt Olten. Wir sind der Meinung, dass sowohl Wahlen wie Abstimmungen hart und klar geführt werden dürfen. Wie in allen anderen Bereichen gibt es unseres Erachtens aber auch bei Wahl- und Abstimmungskämpfen Regeln und Grenzen, die zwar nicht vorgeschrieben, aber doch implizit vorhanden sind. Unserer Meinung nach gehören insbesondere persönliche Angriffe und pauschale Verunglimpfungen klar nicht mehr zum Tolerierbaren. Natürlich gibt es in Wahl- und Abstimmungskämpfen keine Sanktionsmittel, und es geht auch nicht darum, dass wir als SP uns jetzt hier als Richter und Supermänner oder Superfrauen aufspielen wollen. Deshalb können und wollen wir an dieser Stelle nur an die Fairness und den Anstand der anderen Fraktionen und Parteien appellieren und darauf hoffen, dass die Mitbürgerinnen und Mitbürger letztendlich die passende Antwort finden.

Mitteilung an:
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 21. November 2007

Akten-Nr. 41/5

Prot.-Nr. 29

Dringliche Interpellation Rolf Sommer (SVP) betr. Aarebistro/Frage der Dringlichkeit

Rolf Sommer: Aufgrund der Medienmitteilung in der Zeitung bin ich etwas enttäuscht gewesen. Ich habe nachher auch mit Familie Gloor Kontakt gehabt, was hier eigentlich genau gelaufen ist. Ich muss schon sagen, dass viele Leute es wahnsinnig schade finden, dass Familie Gloor dort nicht mehr weiter wirt. Ich habe das Aarebistro an diesem Standort gutgeheissen. Den anderen Standort auf der unteren Seite der Holzbrücke habe ich mit Einsparungen bekämpft. Die Dringlichkeit ist von mir aus gegeben, denn ich möchte gerne wissen, was im nächsten Jahr in dieser Sache weiter läuft. Ich weiss auch von der Attraktivierung Aareraum. Ich sehe den Zeithorizont dieses Baus. Die Wettbewerbsjury wird ja in ein paar Wochen oder ein paar Tagen tagen. Ich möchte wissen, was hier läuft, denn es ist so attraktiv gewesen, und ich habe sehr viele positive Signale erhalten, dass man dort wieder etwas Ähnliches macht. Familie Gloor hat es absolut super gemacht. Hier muss ich wirklich einmal einen Dank aussprechen. Sie hat wirklich etwas sehr Attraktives für die Stadt Olten gemacht. Ich habe es schade gefunden, dass man nicht versucht hat, den Pachtvertrag um mindestens fünf Jahre zu verlängern, damit sie ihre Investitionen, die sie jetzt tätigen müssen, aufrecht erhalten könnten. Ich weiss zufälligerweise, dass die Versicherung mitgemacht hätte. Sie hätte die Entschädigungen gezahlt. Die Versicherungsleistungen wären vorhanden gewesen. Zu den Kosten variieren die Zahlen bis zu Fr. 200'000.—. Im Budget haben wir Fr. 150'000.— gehabt. Wenn man noch die Toiletten dazu rechnet, liegen wir um einiges höher. Gesamthaft gesehen würde ich sagen, ich möchte gerne Antworten, wieso und warum man den Pachtvertrag von heute nicht drei Jahre verlängert hat. Auf diese Antwort bin ich sehr gespannt. Sicher sind noch andere in der Stadt gespannt, wie dies aussieht.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Der Stadtrat lehnt die Dringlichkeit dieses Vorstosses ab. Es steht ja, die Dringlichkeit werde auch deshalb verlangt, „weil man den Medienmitteilungen keinen Glauben schenke“. Uns erscheint dies eine ganz besondere Aussage zu sein, nachdem eigentlich alle diese Mitteilungen, die Öffentlichkeitsarbeit immer in Zusammenarbeit mit der besagten, wirklich tollen Familie Gloor, der man tatsächlich für ihren Job Danke sagen darf, gemacht worden sind. In diesem Sinne möchten wir Sie bitten, das Geschäft auf dem ordentlichen Weg behandeln zu lassen.

Beschluss

Mit 42 : 3 Stimmen bei 1 Enthaltung wird die Dringlichkeit abgelehnt.

Mitteilung an:
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 21. November 2007

Akten-Nr. 13/12

Prot.-Nr. 30

Budget 2008/Genehmigung

Das vorliegende Budget liegt grundsätzlich im Rahmen der Finanzplanergebnisse, die vom Gemeindeparlament an der letzten Sitzung zur Kenntnis genommen wurden. Es beinhaltet auch die Mindererträge aus der bevorstehenden Steuergesetzrevision sowie die Mehraufwendungen für die vorgesehene Besoldungsrevision per 1. Juli 2008. Dennoch kann eine weitere Herabsetzung der Steuersätze für Natürliche und Juristische Personen auf neu 103 % beantragt werden. Daneben ist eine Reduktion der Grundgebühr für die Abfallbeseitigung von 45 auf neu 42 Franken pro Wohneinheit per 1. Januar 2008 vom Stadtrat bereits beschlossen worden. Dank der guten Finanzlage entlastet Olten die Steuerzahlenden ein weiteres Mal.

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen den Voranschlag für das Jahr 2008, basierend auf den Budgetrichtlinien sowie dem Investitions- und Finanzplan, mit dem Antrag auf Zustimmung.

1. Ausgangslage

Wie im Finanzplan vorgesehen, sind die Auswirkungen der bevorstehenden Steuergesetzrevision für die erste Phase 2008 im Steuerertrag in Abzug gebracht worden. Danach wird der Steuerausfall für Einkommens- und Vermögenssteuer auf 2,2 Millionen Franken und der Minderertrag aus Gewinn- und Kapitalsteuer auf 1,5 Millionen Franken geschätzt. Dies entspricht aufgrund der Planzahlen einer Steuerfussreduktion von ca. 6 % für die Natürlichen Personen (NP) bzw. 4,5 % für die Juristischen Personen (JP). Trotz einem hohen Investitionsvolumen können die Steuerfüsse dank der guten Finanzlage dennoch um weitere 3 Steuerpunkte für NP auf 103 % und 5 Steuerpunkte für JP auf ebenfalls 103 % gesenkt werden. Es darf festgestellt werden, dass seit dem Jahre 2000 die Steuersätze um 11 Steuerpunkte (NP) bzw. 21 Steuerpunkte (JP) gesenkt worden sind. Unter Berücksichtigung der seither weiteren Entlastungen durch beschlossene und bevorstehende Steuergesetzrevisionen liegt die Entlastung für die Steuerzahlenden sogar wesentlich höher.

Im vorliegenden Budget sind auch die Mehrkosten für die vom Gemeindeparlament am 27.9.2007 beschlossene Besoldungsrevision für ein halbes Jahr enthalten.

2. Veränderungen im Budget / Vergleichbarkeit und Darstellungsform

Mit dem Inkrafttreten der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) sowie des Sozialgesetzes des Kantons Solothurn (SozG) per 1. Januar 2008 erschwert der neue Mittelfluss den Vorjahresvergleich einzelner Konti und Sacharten. Die nachfolgende Darstellung zeigt die einzelnen Abweichungen auf. Danach werden einzelne Aufgaben neu vom Kanton übernommen und über den neuen Verteilungsschlüssel Ergänzungsleistungen (EL) gemäss neuem Sozialgesetz abgerechnet. Das neue Sozialgesetz löst auch das bisherige Gesetz über die Aufgabenreform „soziale Sicherheit“ (GASS) ab. Nach diesem Gesetz ist die Aufgabe der ambulanten Dienstleistungen (SPITEX) an die Einwohnergemeinden übertragen worden. Beim höheren Spitex-Beitrag handelt es

sich deshalb um eine gebundene Ausgabe (§ 141 Gemeindegesetz). Die Gesamtkosten für die bisherigen Leistungsfelder bleiben in etwa gleich hoch.

		Voranschlag		Abwei-
		2008	2007	chung
Konti	bisherige GASS-Bereiche			
500.361.01	1 Ergänzungsleistungen (EL)	3'230'000	2'023'000	1'207'000
580.351.01	2 Verwaltungskosten	136'000	238'000	- 102'000
	VEL Verein Ehe- u. Lebens-			
580.362.01	3 ber.	22'100	22'100	-
580.361.01	4 Alimentenbevorschussung	399'500	340'000	59'500
450.361.01	5 Sucht	272'000	272'000	-
582 netto	6 Sozialhilfe	3'774'000	5'355'000	- 1'581'000
	Summe	7'833'600	8'250'100	-416'500
	Neu: gemäss Sozialgesetz			
400.365.03	7 Beitrag an Spitex Olten	970'000	550'000	420'000

Begrün-
dung:

- 1 zus. Kosten für Heimfinanzierung über EL (NFA-Auswirkungen)
Pflegekostenbeiträge aus Sozialhilfe neu über EL-Verteiler (SozG)
und neu:
- 1 + 2 VK für Sozialhilfe, Alimentenbevorschussung und Prämienverbilligung
neu im EL-Verteiler
- 3 unverändert
- 4 durchschnittlicher Inkassoerfolg rund 35 %
4 Mio. für alle Gemeinden gemeinsam, unverän-
- 5 dert
- 6 stagnierende bzw. abflachende Zunahme der Sozialhilfeaufwendungen
Wegfall Kantonalisierung Massnahmenvollzug und Pflegekostenbeiträge
- 7 Aufgabe an die Einwohnergemeinden übertragen / SozG bzw. NFA

Weitere Verschiebungen im vorliegenden Budget sind entstanden durch:

- den Zusammenzug Musikschule und Jugendmusik in eine neue Funktion (neue Funktion 217, bisher 218 und 304),
- die Neuuzuordnung der Besoldungen für Schulleitungen (Aufteilung Konto 219.302.02 auf die einzelnen Schulstufen).

3. Wesentliche Veränderungen und Einflüsse auf das Budgetergebnis

Mit der Inkraftsetzung NFA zieht sich die Invalidenversicherung (IV) per 1.1.2008 aus der bisherigen Finanzierung der Sonderschulen und verschiedener Therapien zurück. Der Kanton übernimmt grundsätzlich die entsprechenden Mehrkosten und stützt sich dabei auf die geplante Teilrevision des Volksschulgesetzes. Das Defizit der Betriebsrechnung 228 „HPS Heilpädagogische Sonderschule“ wird neu vollständig vom Kanton übernommen, ebenso für den Bereich 201 „Sprachheilklassen“. Bisher leistete die IV hierfür Schulgelder und Betriebsbeiträge. Mit den Schulgeldern der Gemeinden resultierte ein Mehrertrag, der nach der Neu- ausrichtung dem Kantonsbeitrag an die Sonderschulen anzurechnen ist.

Mit der Änderung des Gesetzes über den öffentlichen Verkehr (ÖV-Gesetz) wurde unter anderem auch der Kostenteiler zwischen Gemeinden und Kanton von bisher 45 % zu 55 % auf je 50 % neu geregelt. Dies ist eine teilweise Kompensation der Mehrbelastung aus dem Mittelschulgesetz (Aufgabenreform). Zudem wurde der Faktor für den Schwellenwert von 2,0 auf 1,5 reduziert. Mit der beschlossenen Gesetzesänderung liegt der städtische Beitrag an den Kanton um Fr. 390'000 unter dem Vorjahresbudget.

Im Budget sind aber auch Mehraufwendungen enthalten. Die Auslagen für die „EURO 08“ sind in den folgenden Konti:

012.365.00 Beitrag für Public-Anlass in der Stadt	Fr. 200'000
110.318.02 Beitrag für zusätzliche Verkehrsdienstleistungen	Fr. 90'000.

Der Beitrag an den Finanzausgleich ist um 260'200 auf 1'420'400 Franken höher als im Vorjahresbudget. Mit 19 % am Gesamtbetrag aller beitragszahlenden Gemeinden leistet Olten einen beachtlichen Anteil in diesen Ausgleichstopf.

Da der Schulfestbetrieb nur alle zwei Jahre stattfindet, ist die Belastung der entsprechenden Funktion 298 um rund Fr. 210'000 unter dem Budget 2007.

4. Ergebnisse auf einen Blick

A Ergebnis der Laufenden Rechnung

Bei einem Aufwand von Fr. 115'295'100 (ohne interne Verrechnungen von Fr 11'427'200) und einem Ertrag von Fr. 118'572'300 wird ein **Mehr-Ertrag von Fr. 3'277'200** ausgewiesen. Das Resultat liegt um rund 677'200 Franken über dem Finanzplanwert.

B Ergebnis der Investitions-Rechnung

Bei Brutto-Ausgaben von rund 23.3 Millionen Franken und Investitionseinnahmen von 2,9 Millionen Franken betragen die Netto-Investitionen 20,4 Millionen Franken. Der Investitionsanteil misst den Anteil der Bruttoinvestitionen an den konsolidierten Ausgaben und beträgt 19,2 %. Diese Zahl deutet auf eine grosse Investitionstätigkeit hin.

C Gestufter Erfolgsausweis (in Tausend Franken)

Gestuffer Erfolgsausweis	Budget	Finanzplan	Abweichung
3 Betrieblicher Aufwand vor Abschreib.	102'422	104'400	-1'978
30 Personalaufwand	49'827	49'900	-73
31 Sachaufwand	17'441	17'500	-59
35 Entschädigungen Gemeinwesen	4'309	4'200	109
36 Beiträge	29'675	30'900	-1'225
38 Einlagen in Spezialfinanzierungen	1'170	1'900	-730
4 Betrieblicher Ertrag vor Steuern	38'613	39'550	-937
41 Regalien und Konzessionen	147	150	-3
43 Entgelte	20'726	20'700	26
45 Rückerstattungen	6'084	6'900	-816
46 Beiträge für eigene Rechnungen	11'646	11'600	46
48 Entnahmen aus Spezialfinanzierungen	10	200	-190

Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit vor Abschreibungen und Steuern	-63'809	-64'850	1'041
Ergebnis aus Finanzierung	-8'726	-8'350	-376
32 Passivzinsen (Finanzaufwand)	-3'459	-3'300	-159
33 Abschreibungen (Finanzaufwand)	-9'413	-9'300	-113
42 Vermögenserträge (Finanzertrag)	4'146	4'250	-104
Operatives Ergebnis vor Steuern	-72'535	-73'200	665
40 Steuerertrag	75'812	75'800	12
Operatives Ergebnis nach Steuern	3'277	2'600	677

Begründung der relevanten Abweichungen

Änderungen der Finanzflüsse und zusätzl. Abschreibungen anstatt Einlagen

Spez.finanz.

D Inhalt des Voranschlages

Das städtische Budget umfasst 115 Dienststellen (Funktionen) für 6 Direktionen und 1'244 Aufwand- und Ertragskonti sowie 101 Konti in der Investitionsrechnung.

5. Abstimmung mit Zielsetzungen

Mit den Budgetrichtlinien wurden folgende Ziele gesetzt:

- Die Laufende Rechnung ist ausgeglichen zu gestalten.
- Der Selbstfinanzierungsgrad aller Investitionen muss mindestens 80 % betragen.
- Die ordentlichen Abschreibungen für das Verwaltungsvermögen sind mit mindestens 12 % zu budgetieren.
- Der Steuersatz für Natürliche Personen ist auf 104 Steuerpunkte, derjenige für Juristische Personen auf 103 Steuerpunkte festzusetzen. Die Auswirkungen einer allfälligen Steuergesetzrevision bleiben vorbehalten.
- Das Wachstum im beeinflussbaren Finanzaufwand hat sich grundsätzlich im Rahmen der Jahreststeuerung zu bewegen. Davon ausgenommen sind die reglementarischen und bewilligten Folgekosten von Beschlüssen des Gemeindeparlamentes oder des Stadtrates. Grössere Abweichungen sind transparent zu begründen und zu belegen.

Das Ziel eines Selbstfinanzierungsgrades von 80 % wurde mit dem Finanzplan aufgrund des erhöhten Investitionsbedarfs auf 62 % reduziert. Der Zielwert von 80 % darf aber in der Planperiode nicht unterschritten werden. Dies entspricht dem Finanzleitbild.

Dank der guten finanziellen Ausgangslage und dem geschätzten hohen Steueraufkommen aus Gewinn- und Kapitalsteuern sind die Ziele im vorliegenden Budget erreicht worden. Dies ist aber auch eine Wirkung der klaren Budgetvorgaben, die eingehalten werden mussten.

6. Investitionsprogramm und -bedarf

Das Gemeindeparlament hat am 27. September 2007 vom Investitionsplan für das Jahr 2008 Kenntnis genommen. Die Ausgaben für diverse Objekte sind überdurchschnittlich hoch ausgefallen. Die Notwendigkeit der Investition bzw. der Kreditbedarf ist im Anhang zur Investitionsrechnung pro Objekt begründet.

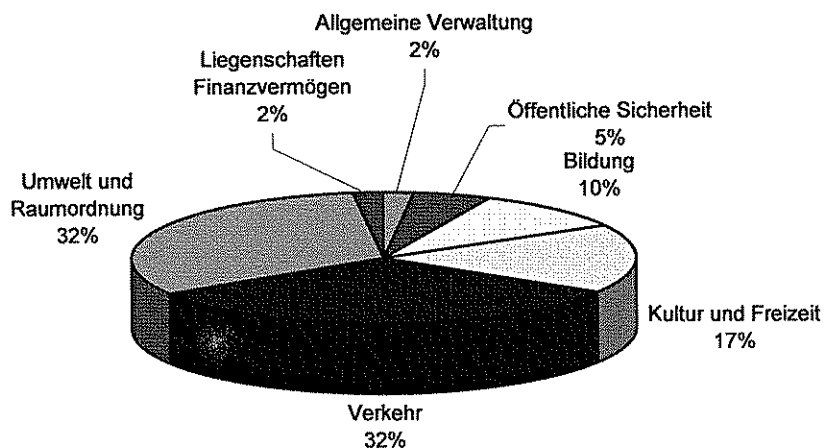
Nebst dem Bedarf für den stetigen Werterhalt im Hoch- und Tiefbau und den priorisierten Projekten

- Neubau Werkhof
- Verkehrsprojekt Entlastung Region Olten (ERO) inkl. flankierende Massnahmen (Strassenanpassungen und Kanalisationen)
- Standortbeitrag für den Neubau der Fachhochschule in Olten (folgt ab 2010)
- Sportstättenplanung

sind unter anderem folgende grössere Projekte im Voranschlag enthalten:

- Umgestaltung Bahnhofplatz Ost
- Verkehrskonzept Innenstadt
- Attraktivierung Aareraum
- Neugestaltung Munzingerplatz und Neubau Museen
- Erschliessung Gebiet Kleinholz für Ein- und Mehrfamilienhäuser

Die Bruttoinvestitionen teilen sich auf folgende Aufgabenbereiche auf:



oder kann folgenden Kriterien zugeordnet werden:

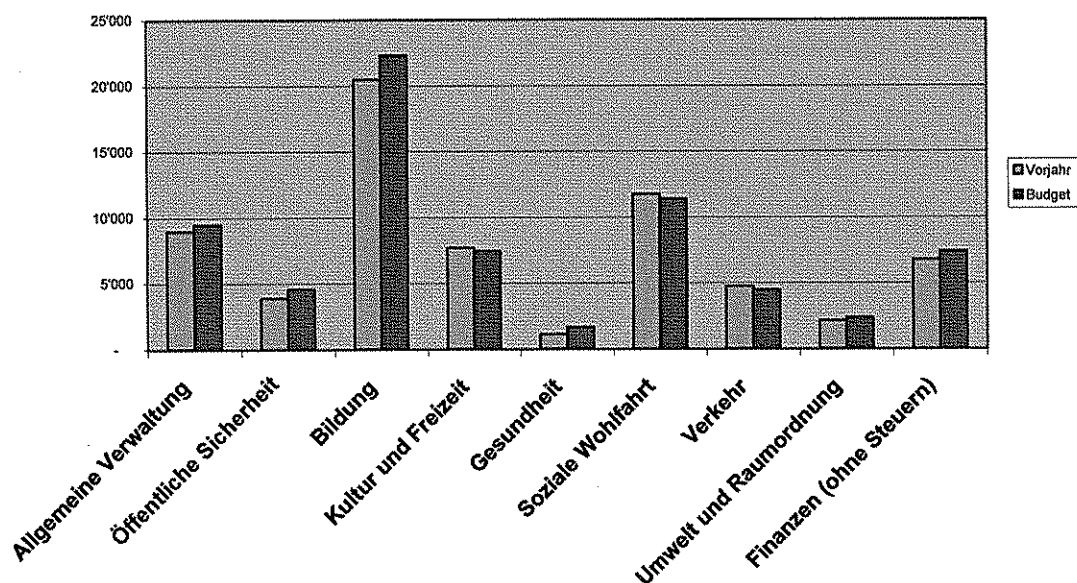
Werterhalt und ausserordentliche Investitionen	52 %
Entwicklungsinvestitionen	32 %
Investitionsbeiträge an den Kanton	16 %
Desinvestitionen (Landverkäufe)	- 10 %
Investitionen mit Spezialfinanzierungen	10 %

Rund 4 Millionen Franken oder ein Fünftel der Gesamtsumme fallen auf das ERO-Projekt (Entlastung Region Olten) an. Eingeschlossen sind die Kosten für die flankierenden Massnahmen.

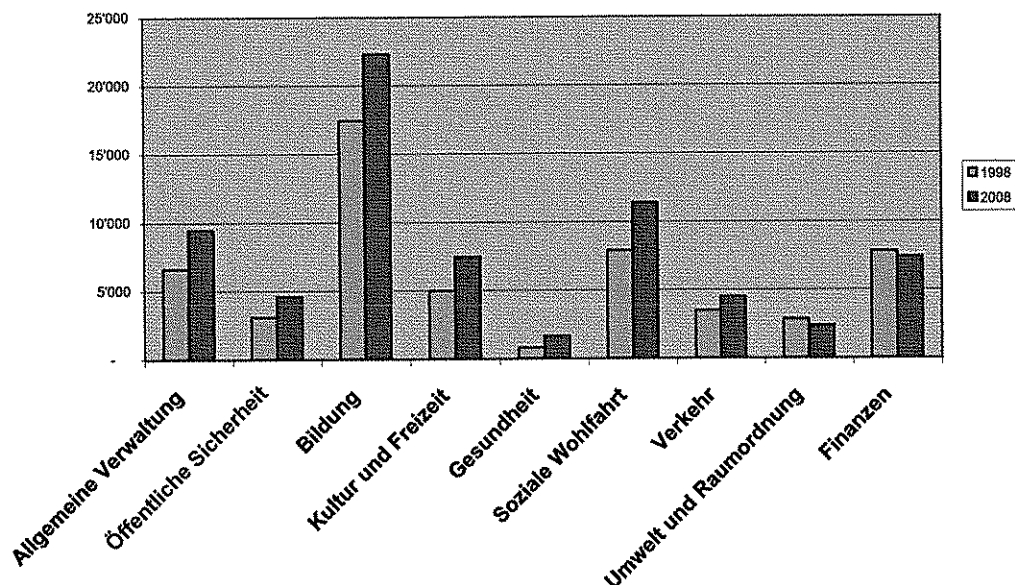
Die Investitionen für den sog. Werterhalt können vollständig aus eigenen Mitteln aus der Laufenden Rechnung finanziert werden und die restlichen Projekte weitgehend durch vorhandenes Eigenkapital gedeckt werden. Das Nettovermögen sinkt dadurch auf rund 140 Franken pro Kopf (Rechnung 2006 = 580).

7. Begründungen zu den Funktionen

Die Nettobelastungen der Hauptfunktionen haben sich gegenüber dem Vorjahresbudget bzw. im 10 Jahresvergleich wie folgt entwickelt:



Der Zuwachs der Allg. Verwaltung ist weitgehend auf die höheren Refinanzierungskosten für die Überbrückungsrenten an die Lehrkräfte und auf die höheren Unterhaltsarbeiten Stadthaus zurückzuführen. Die Öffentliche Sicherheit weist höhere Aufwendungen in den Bereichen Stadtpolizei und Feuerwehr auf. Im Bildungsbereich wirkt sich einerseits der Wegfall bzw. die Reduktion des Betriebsbeitrages für die Funktion Sprachheilklassen aus und andererseits wird der Aufwand der Jugendmusik neu unter Bildung verbucht. Die entsprechende Entlastung ist in der Funktion „Kultur“ sichtbar. Die Veränderungen der Mittelflüsse NFA bewirken auch Verschiebungen zwischen den Funktionen Gesundheit und Soziale Wohlfahrt. Der höhere Finanzausgleichsbeitrag von rund 260'000 Franken lässt den Finanzaufwand ansteigen. Der Minderaufwand für den Kapitaleidienst wird mit dem höheren Abschreibungsbedarf kompensiert.



Die starke Zunahme im Bildungsbereich ist unter anderem auf die ICT-Bildungsoffensive, Schulleitungsreform, Schulgelder gemäss revidiertem Mittelschulgesetz und auf die stark erhöhten Schulkostenbeiträge für die Sonderschulung zurückzuführen. Die Zunahme im Sozialbereich sind die Folgen von höheren Fallzahlen und stets wachsenden Kosten in den übrigen Sozialbereichen (Ergänzungsleistungen etc.).

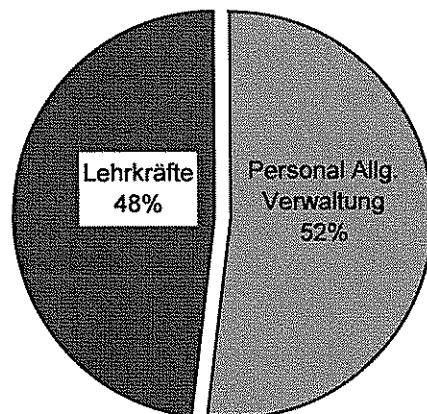
8. Begründungen zu den einzelnen Sacharten

Personalaufwand (Sachart 30)

Auch der gesamte Personalaufwand liegt um rund 73'000 Franken unter dem Planwert und steigt gegenüber dem Vorjahresbudget um 2,4 % an. Für das Verwaltungs- und Betriebspersonal hat das Gemeindeparlament einer Vorlage zur Besoldungsrevision am 27. September 2007 zugestimmt. Die Volksabstimmung folgt im Monat November 2007. Die Mehraufwendungen für die Neuregelung ab 1. Juli 2008 sind eingerechnet.

Die Besoldungsregelung für die Lehrkräfte richtet sich nach dem kantonalen Gesamtarbeitsvertrag. Der Regierungsrat hat mit den Personalverbänden eine generelle Lohnanpassung von 2,0 % ausgehandelt. Zusätzlich zu budgetieren sind die Lohnanstiege für den Erfahrungszuschlag (altersabhängige Stufenanstiege). Der Regierungsbeschluss ist für die Gemeinden verbindlich und die Ausgaben hierfür deshalb gebunden.

Der Besoldungsaufwand (ohne Sozialleistungen) teilt sich in folgende zwei Kategorien auf:



Für rund die Hälfte des städtischen Personals erfolgt die jährliche Lohnanpassung durch den Regierungsrat aufgrund des Gesamtarbeitsvertrages. Danach werden die Lohnverhandlungen jährlich zwischen den Vertragspartnern ausgehandelt.

Sachaufwand (Sachart 31)

Der Sachaufwand verändert sich gegenüber dem Vorjahresbudget um rund 1,16 Millionen Franken. Im Wesentlichen handelt es sich um Mehraufwendungen für baulichen und übrigen Unterhalt, Dienstleistungen Dritter sowie um höhere Energiekosten.

Passivzinsen (Sachart 32)

Obschon der Selbstfinanzierungsgrad nur bei 62,5 % liegt, kann ausgehend vom aktuellen Finanzstatus davon ausgegangen werden, dass der Investitionsbedarf ganz oder weitgehend aus vorhandenen Mitteln finanziert werden kann. Entgegen den Voraussagen ist das Zinsniveau für Refinanzierungen zudem immer noch günstig. Aufgrund der guten Rechnungsergebnisse konnten die Schulden rascher abgebaut werden. Dies wirkt sich positiv auf das Budget 2008 aus.

Abschreibungen (Sachart 33)

Auch die Rechnungslegung der öffentlichen Hand befindet sich im Umbruch. Das von der Konferenz der Kantonalen Finanzdirektoren erarbeitete Handbuch HRM2 (Harmonisiertes Rechnungswesen 2) ist in der Vernehmlassung und ist zusammen mit der Reform des Rechnungsmodells des Bundes abgestimmt. Das Ziel der Reform ist ein neuer Rechnungsaufbau in Anlehnung an die Privatwirtschaft mit Erfolgsrechnung, Bilanz, Geldflussrechnung und Anhang. Die Rechnung der Stadt Olten erfüllt bereits jetzt schon die meisten Vorgaben. Im neuen Modell ist unter anderem auch die Abschreibungsmethode neu definiert. Die Abschreibungssätze sollen auf die Nutzungsdauer abgestimmt werden, die sich an die Sätze der Eidg. Steuerverwaltung anlehnen.

Mit dieser neuen Abschreibungsart wird der Bedarf erhöht und übertrifft so die heute noch gültigen gesetzlichen Minimalabschreibungen von 8 % des Verwaltungsvermögens deutlich. In der Sachart 33 sind ebenso die Steuerabschreibungen und die Wertberichtigungen des Finanzvermögens enthalten.

Entschädigungen (Sacharten 35 und 36)

Grössere Beträge in diesen Sacharten sind nachfolgend aufgeführt (in Tausend Franken):

Entschädigungen an Gemeinwesen (Sachart 35) 4'309

Betriebskostenanteil Kläranlage und .Abwasserfonds	1'658
Schulgelder für die Sonderschule inkl. HPS	1'202
Beitrag an Steueramt SO für Steuerveranlagung	950
Standortbeitrag für die Fachhochschule	313
Beitrag Kanton für Verwaltung Ergänzungsleistungen	136

Eigene Beiträge (Sachart 36) 29'676

- davon an Kanton, unter anderem	9'073
Gemeindebeitrag an die Ergänzungsleistungen	3'230
Gemeindebeitrag an den öffentlichen Verkehr	1'710
Finanzausgleich	1'420
Schulgelder an Kanton (Mittelschulgesetz)	1'261
Alimentenbevorschussung	400
Beitrag gemäss Suchthilfegesetz	272
Bezugsprovisionen Quellensteuern	146
Beiträge an Sozialwerkstätten	140
Beitrag für Beschäftigungsprogramme für Arbeitslose	105
- davon an Gemeinden, unter anderem	358
Familienfürsorge, Mütter-/Väterberatung	175
Beitrag Suchthilfe Olten (Alkoholikertreff)	100
- davon an gemeinwirtschaftliche Unternehmen, u.a.	1'473
Stadttheater Olten AG, netto	600
Sportpark Olten AG für Eissportbetrieb (wie Vorjahr)	390
Beiträge für Kinder in Heimen	306
- davon an private Institutionen, unter anderem	14'670
Spitex-Verein Olten	970
Beitrag an obligat. Heilkostenversicherung	800
Kinderkrippen	700
Verein offene Kinderarbeit (Robi-Spielplatz)	207
Public-Anlass "EURO 08"	200
JugendKulturHaus Färbi, Betriebsbeitrag	165
Verein Olten Tourismus	120
Dispositionskredit SR, ordentlich	145

Einlagen in Spezialfinanzierungen (Sachart 38)

Vorfinanzierung Beitrag an das Verkehrsprojekt	1'000
Zweckbindung von 10 % der Parkuhrengelbühren	141

Interne Verrechnungen (Sacharten 39 und 49)

Interne Verrechnungen sind Belastungen und Gutschriften zwischen verschiedenen Aufgabenbereichen (Funktionen). Dabei werden insbesondere Personal- und Sachaufwendungen, Zinsen wie auch Erträge zwischen den einzelnen Funktionen verrechnet mit dem Ziel, die betriebswirtschaftliche Aufgabenerfüllung je Aufgabenbereich beurteilen zu können.

Steuerertrag (Sachart 40),

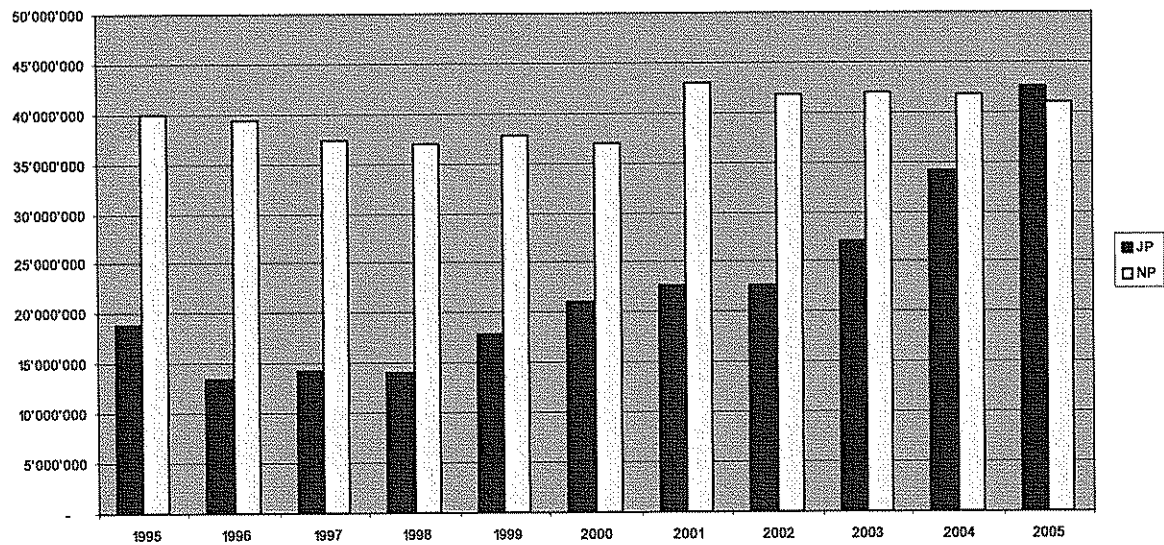
Für die Budgetierung wird einerseits das Steuerjahr 2005 mit einem recht hohen Veranlagungsstand als Basis angenommen und andererseits auf die Angaben der kantonalen Steuerverwaltung sowie auf die Prognosen zum Wirtschaftswachstum abgestützt. Bei den natürlichen Personen ist eine leichte Zuwanderung der Einwohnerzahl festzustellen.

Im Vergleich zum Vorjahresbudget wird das Steueraufkommen aus Gewinn- und Kapitalsteuern der Juristischen Personen aufgrund der aktuellen Veranlagungsdaten, den Wirtschaftsaussichten und den Rückfragen höher veranschlagt.

Die möglichen Auswirkungen aus der bevorstehenden Steuergesetzrevision von total 3,7 Millionen Franken sowie die beantragten Steuerfussreduktionen auf 103 % für die Natürlichen und Juristischen Personen im Betrage von total rund 3 Millionen Franken sind im Budget berücksichtigt.

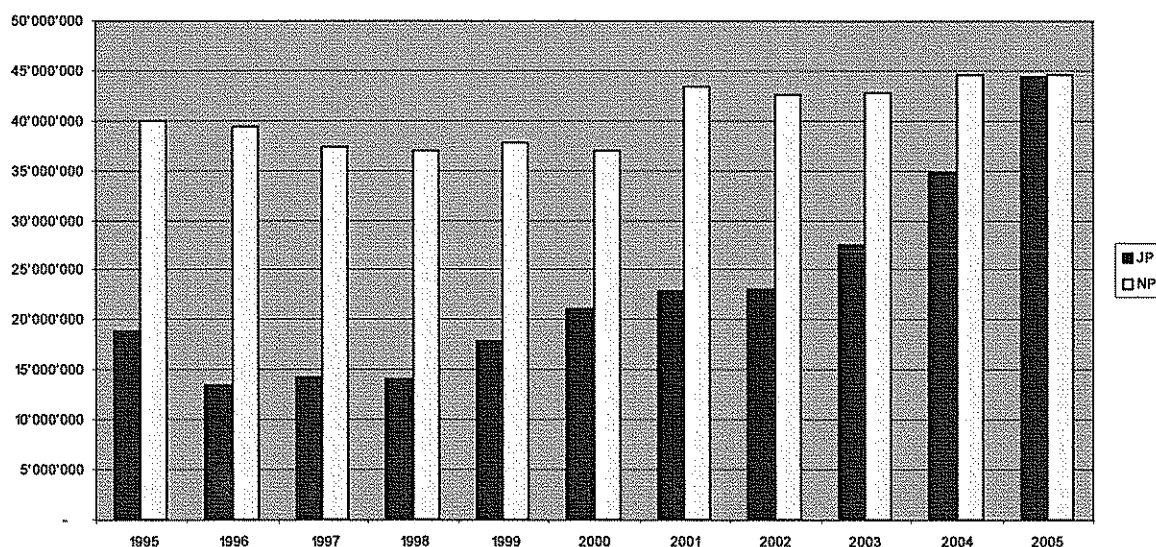
Im nachfolgenden Diagramm sind die Steuersenkungen nicht enthalten.

Entwicklung des kumulierten Steuerertrages



ohne Steuersatzänderungen hätte sich der Ertrag wie folgt entwickelt:

Entwicklung des kumulierten Steuerertrages



Dank der markanten Steigerung der Steuern von Juristischen Personen liegen die Steuerfüsse im unteren Bereich der Spanne für Steuersätze. Das kantonale Mittel (einfaches Mittel) für NP liegt im Jahr 2007 bei 116,3 % und für JP 113,3 %.

Festlegung der Steuerfüsse

§ 144 Gemeindegesetz besagt folgendes:

¹ Im Voranschlag ist der Steuerfuss für das nächste Jahr festzusetzen.

² Der Steuerfuss ist so zu bemessen, dass der voraussichtliche Steuerertrag mit dem übrigen Ertrag **mittelfristig** den Aufwand der laufenden Rechnung einschliesslich der notwendigen Abschreibungen finanziert.

Aufgrund der Budgetzahlen und Prognosen für die Entwicklung des Steueraufkommens ist auch im nächsten Jahr - auch unter Berücksichtigung der Mindererträge aus der bevorstehenden Steuergesetzrevision – eine Steuersenkung möglich. Sollten sich die Planzahlen wider Erwarten wesentlich verändern, müssten die Steuerfüsse wieder überprüft werden. Die Festlegung der Steuerfüsse ist abhängig von den **mittelfristigen** Planergebnissen und nicht vom Resultat eines Budgetjahres.

Um die finanziellen Auswirkungen der Steuerentlastungen abzufedern, hat die vom Kantonsrat beschlossene Steuergesetzrevision eine zeitliche Staffelung für die Jahre 2008 bzw. 2012 vorgesehen. Gemäss Angaben des Steueramtes SO sind folgende Mindererträge zu erwarten:

3,7 Mio. Franken ab dem Jahr 2008 bzw.

5,7 Mio. Franken ab dem Jahr 2012

Diese Beträge entsprechen einem Wert von 5 bis 8 Steuerpunkten.

Vermögenserträge (Sachart 42)

Mit dem weiteren Abbau der Kontokorrentschuld der Städtischen Betriebe (sbo) reduziert sich auch der Vermögensertrag entsprechend.

Entgelte (Sachart 43)

Der Mehrertrag gegenüber dem Vorjahreswert ist hauptsächlich mit den höheren Rückerstattungen für die Prämienverbilligung der Krankenversicherungen begründet. Um diesen Betrag von Fr. 100'000 sind auch die entsprechenden Aufwendungen in der Funktion 520 angestiegen.

Rückerstattungen von Gemeinwesen (Sachart 45)

Die Budgetzahlen vom Vorjahr für Schulgeldbeiträge Sonderschule HPS waren zu hoch bemessen. Mit den übrigen Schulgeldbeiträgen der Gemeinden reduziert sich dieser Einnahmeposten um rund 750'000. Diesem Betrag stehen auch Minderaufwendungen gegenüber.

Beiträge für eigene Rechnung (Sachart 46)

In dieser Sachart wirkt sich der Rückzug der Beiträge der Invalidenversicherung (IV) zufolge der Neuausrichtung NFA aus. Die bisher geleisteten Beiträge der IV werden grundsätzlich vom Kanton übernommen, weil der Kanton vom NFA Mehreinnahmen erwarten darf.

Entnahmen aus Vor- und Spezialfinanzierungen (Sachart 48)

Entnahme aus der Spezialfinanzierung zur Deckung der Mehraufwendungen Kantine Gheid.

9. Ergebnisse der Rechnungen mit Spezialfinanzierungen**141 Feuerwehr**

Die Betriebsrechnung der Feuerwehr veranschlagt einen Mehraufwand von Fr. 443'100, der durch allgemeine Steuern abgedeckt werden muss. Der Betrag liegt um Fr. 132'500 über dem Vorjahreswert und wird unter anderem mit höheren Kosten für Uniformen, baulicher Unterhalt und übriger Unterhalt begründet.

161 Zivilschutz-Ausbildungszentrum Gheid und Kantine

Der Regierungsrat SO hat entschieden, dass die Ausbildung ab 2009 nach Balsthal-Klus verlegt wird. Aus diesem Grunde hat der Stadtrat nach einer neuen Nutzungsmöglichkeit Ausschau gehalten. Konkrete Gespräche mit der Securitas AG deuten darauf hin, dass eine Vermietung an diese Firma möglich wird. Da das Domizil der Regionaldirektion Olten von der Linienführung der Entlastung Region Olten (ERO) betroffen ist, muss sich die Securitas in Olten oder der Region neu ausrichten. Die Securitas hat ihr Interesse am Standort Gheid angemeldet und wäre bereit, einen längerfristigen Mietvertrag abzuschliessen. Zudem würde sie die notwendigen Investitionen selber finanzieren und das ohne Einschränkung, d.h. ohne Heimfallentschädigung bei Vertragsablauf. Ebenso würde sie die Heiz- und Nebenkosten direkt begleichen.

201 und 228 Sonderschulbereich (Sprachheilklassen und Heilpädagog. Sonderschule)

Wie unter Ziffer 3 bereits erwähnt, werden die IV-Beiträge mit der NFA-Inkraftsetzung grundsätzlich vom Kanton übernommen. Der Ausgleich der Betriebsrechnungen erfolgt also mit einem Staatsbeitrag gemäss Volksschulgesetz.

711 Abwasserentsorgung

Im Bereich Abwasserentsorgung ist bei voller Selbstfinanzierung eine weitere zusätzliche Abschreibung von Fr. 234'000 vorgesehen. Dies ist hauptsächlich auf den Minderaufwand von Fr. 213'300 für den Beitrag an die Kläranlage und den Abwasserfonds zurückzuführen.

Die Wiederbeschaffungswerte für die gemeindeeigenen Kanalisationen und Spezialbauwerke wurden vom Amt für Umwelt Kanton Solothurn auf 86,1 Millionen Franken berechnet. Der abzuschreibende Buchwert beträgt demgegenüber nur noch rund 6 Millionen Franken.

721 Abfallbeseitigung

Nach der Reduktion der Grundgebühren rechnet der Voranschlag mit einem Betriebsüberschuss und einer Einlage in die Spezialfinanzierung von Fr. 24'900. Während die Gebühren für den Kehricht und das Sperrgut die Kosten voll abdecken, sind die Gebühren für Grüngut, Häckseldienst und Kompostierung nicht kostendeckend.

783 Konfiskatsammelstelle

Für die regionale Sammelstelle musste ein neuer Standort gesucht werden, nachdem die Liegenschaft des ehemaligen Schlachthofes an ein hiesiges Unternehmen verkauft wurde. Ein provisorischer Standort konnte auf dem Gelände der Altola gefunden werden. Der Mehraufwand ist durch die Neuregelung mit höheren Personalkosten und der Miete von Container begründet. Die Kosten werden auf die beteiligten Gemeinden aufgeteilt.

10. Interpretation und Anmerkungen zu relevanten Kennzahlen

Selbstfinanzierungsgrad

allgemein

unter 70 %

grosse Neuverschuldung

70 – 100 %

verantwortbare Neuverschuldung

Richtwerke nach Konjunkturlage

Hochkonjunktur

über 100 Prozent

Normalfall

80 – 100 Prozent

Krise

50 – 80 Prozent

Der Selbstfinanzierungsgrad eines Jahres ist nur bedingt aussagefähig, da er vom Investitionsvolumen stark abhängig ist und deshalb von Jahr zu Jahr grossen Schwankungen unterworfen sein kann. Die Beurteilung über eine längere Planperiode hat die grössere Aussagekraft. Zudem muss die Nutzungsdauer einer grösseren Investition in die Finanzüberlegungen miteinbezogen werden.

Nettoschuld pro Einwohner

bis 1'000 Fr.

geringe Verschuldung

1'000 – 3'000 Fr.

mittlere Verschuldung

Diese Kennzahl ist zwar eine vergleichbare Grösse. Die Aussagekraft ist dennoch beschränkt, da es eher auf die Finanzkraft der Einwohner ankommt. Zudem ist die vorhandene Infrastruktur nicht ohne weiteres vergleichbar, da das Verwaltungsvermögen in den öffentlichen Haushalten zufolge unterschiedlichen Abschreibungen nicht einheitlich bewertet ist. Nach dem schweizerischen Finanzrecht kann Verwaltungsvermögen nicht realisiert werden, solange es für die öffentliche Aufgabenerfüllung benötigt wird. Deshalb kann bei solchen stillen Reserven nicht zurückgegriffen werden. Mit der nachhaltigen Abschreibungspolitik der letzten Jahre hat die Stadt Olten doch namhafte „stille Reserven“ im Verwaltungsvermögen. Diese sind im Liegenschaftenverzeichnis und im Anhang zur Jahresrechnung ersichtlich.

Die gute Ausgangslage ist auch im letzten Risiko-Check-Up von neutraler Seite - Fedafin AG, eine von der Eidgenössischen Bankenkommission EBK anerkannte Ratingagentur – so festgestellt worden. Das Zitat dazu "Dank einer strikt an der langfristigen Nachhaltigkeit orientierten Finanzpolitik präsentiert sich die Stadt gegenüber dem Städtemedian in einem stabil positiven Trend. Die finanzielle Ausgangslage für die zukünftige Bereitstellung öffentlicher Güter und Dienstleistungen ist im Vergleich zu einer repräsentativen Schweizer Stadt inzwischen überdurchschnittlich." Diese Aussage basierte auf der Jahresrechnung 2005. Nach dem Rekordüberschuss im Jahre 2006 hat sich die Situation noch wesentlich verbessert.

11. Zusammenfassung

Getreu dem Finanzleitbild und den Budgetvorgaben wurde auf die Zielerreichung hin gearbeitet. Ein öffentliches Gemeinwesen muss auch bei guter Finanzlage haushälterisch mit den fremden Mitteln umgehen können. Auch wenn der Grossteil des Aufwandes fremdbestimmt ist und/oder durch Gesetze, Reglemente oder Beschlüsse weitgehend gebunden ist, muss der Entwicklung dieser Seite grosse Aufmerksamkeit geschenkt werden. Nicht alle Budgeteingaben können und sollen einfach übernommen werden. Bemühungen für einen effizienten Finanzhaushalt sind auch in guten Jahren nötig. Dies ist eine Voraussetzung für eine nachhaltige Finanzpolitik.

Mit einer weitergehenden Steuerentlastung ist zuzuwarten, da die Auswirkungen der bevorstehenden Steuergesetzrevision noch zu ungenau sind und das hohe Investitionsvolumen gemäss Finanzplan nicht zu unterschätzende Folgekosten auslösen wird. Im Weiteren sind viele Reformen noch bevorstehend und deren Auswirkungen auf die Gemeindefinanzen noch unbekannt, so zum Beispiel die möglichen Zusatzaufwendungen im Bildungs-, Sicherheits- und Sozialhilfebereich. Bei der Festlegung der Steuerfüsse sind die Planzahlen und Aussichten für die nächsten Jahre massgebend.

Beschlussesantrag:

I.

1. Der Voranschlag 2008 der **Laufenden Rechnung** mit einem **Mehrertrag** von **Fr. 3'277'200** wird genehmigt.
2. Die **Investitionsrechnung** der Allgemeinen Verwaltung und der Spezialfinanzierung mit Nettoinvestitionen von **Fr. 20'388'000** wird genehmigt.
3. Die **Feuerwehersatzabgabe** wird **unverändert auf 9 %** der einfachen Staatssteuer festgelegt (Minimum Fr. 20.--, Maximum Fr. 400.--).
4. Der Stadtrat wird ermächtigt, zur Deckung des gesamten neuen Fremdkapitalbedarfs (ohne Refinanzierungen, inkl. Kapitalvermittlungen sbo, Pensionskasse) maximal 5 Millionen Franken aufzunehmen.
5. Der **Steuerfuss** für die **natürlichen Personen** wird **um 3 Steuerpunkte gesenkt und auf neu 103 %** der einfachen Staatssteuertarife festgelegt.
6. Der **Steuerfuss** für die **juristischen Personen** wird **um 5 Steuerpunkte gesenkt und auf neu 103 %** der einfachen Staatssteuertarife festgelegt.

II.

Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit dem Abänderungsantrag der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

EINTRETEN

Roland Rudolf von Rohr: Die GPK hat das Budget am Freitag, 2. November behandelt und dabei auf die tatkräftige Unterstützung des zuständigen Stadtrats, aber auch des gesamten Stadtrates, von Chefbeamten und zahlreichen Mitarbeitern der Stadt zählen können. Vorgängig haben wir eine zweistündige Fragezeit gehabt. Bereits dort haben zahlreiche Unklarheiten beseitigt werden können. Was dann nicht hat beantwortet werden können, ist an der folgenden Sitzung gemacht worden. Im gewohnt sicheren Stil hat Peter Kohler anhand von Folien sehr informativ das Gesamtbild der Oltnen Finanzlage gezeigt. Entsprechend ist dann die Eintretensdebatte, auch die Detailberatung und die Investitionsrechnung relativ ruhig und ordentlich rasch verlaufen. Ich verzichte hier darauf, auf Details einzugehen, denn es ist ja üblich, dass die Fraktionen jetzt das GPK-Protokoll jeweils erhalten und die entsprechenden Informationen daraus haben lesen können. Zu den Spezialvorlagen, die gleich im Anschluss behandelt werden, gibt es dann noch einzelne kurze Statements von speziellen Sprechern. Etwas hitziger ist es dann beim Beschlussesantrag zu und her gegangen. Aus Kreisen der CVP ist ein Antrag gestellt worden, dass bei Punkt 5 und 6 die Steuerpunkte um jeweils 3 Punkte mehr auf 100 gesenkt werden sollten. Von grüner Seite ist ein Antrag eingegangen, der den Vorschlag gemacht hat, die Steuersätze auf 104 zu setzen. Der Stadtrat und vor allem auch der Finanzverwalter hat sich in der Folge stark für den stadträtlichen Antrag eingesetzt. Nach ausgiebiger Diskussion und Austausch von Argumenten ist es dann zur Abstimmung gekommen, und der Antrag von 103 % hat zweimal ganz knapp mit 5 : 4 Stimmen obsiegt. Es liegt somit der GPK-Antrag vor, den Ihr auf dem gelben Blatt erhalten habt. Die GPK bedankt sich bei allen Beteiligten für die grosse Mitarbeit und wiederum sehr informativen, tadellosen Unterlagen, die jedem in dieser Stadt ein umfassendes Bild dieser jetzt sehr guten städtischen Finanzsituation gibt. Herzlichen Dank. Wir sind für Eintreten und Zustimmung zu unserem Antrag.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Wenn wir früh im Jahr, sprich im April, mit dem Budgetprozess beginnen, ordnen wir an, dass man sich an einige Parameter halten muss. Ich betone: halten muss. Was sind die wichtigsten Parameter? Ich möchte dies einfach wieder einmal mit einem speziellen Kommentar dazu sagen. Wir haben ein immer noch gültiges Regierungsprogramm für die Amtsperiode bis 2009. Ziel 3 dieses Programmes heisst: „Sicherung des finanziellen Spielraumes“ und das Zitat daraus ist: „Der Finanzhaushalt gilt dann als gesund, wenn auf die Dauer die Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen werden können, das heisst, wenn die Investitionen durch selbst erarbeitete Mittel gedeckt sind“. Untertitel Finanzen „Ausgleich der laufenden Rechnung in der Planperiode“: Abschreibungen von mindestens 10 % und ein Selbstfinanzierungsgrad von 80 % für die Planperiode darf nicht unterschritten werden, für die gesamte Periode. Untertitel Steuern: Steuersatz juristische und natürliche Personen schrittweise anpassen, gleich stellen. Natürlich steht auch möglichst tief halten. Dann haben wir ein Finanzleitbild, das für eine Planperiode gilt. Das wird auch im Zusammenhang mit den Budgettrichtlinien erlassen. In diesem Leitbild sind unter anderem auch Investitionen ein Thema. Das wissen Sie alle. Sie kennen es alle. Unter anderem auch die Priorisierung von Projekten, Grossprojekten in der Realisierung und somit auch Finanzierung. Dann gibt es die Budgettrichtlinien, die ganz konkreten Richtlinien für das Budget 2008 mit einer Terminplanung und Zielvorgaben, unter anderem auch Anmerkungen des Stadtrates zur Behandlung der Sacharten, Verfahren von Nachtragskreditgenehmigung und und und.... Dann haben wir einen Finanz- und Investitionsplan 2008 – 2014 in diesem Saal behandelt und kommentiert und auch einen Ausblick auf das Budget gemacht. So zum Thema Investitionsvolumen in dieser Finanzplanperiode oder die Zuordnung der Investitionen, wohin, Prozentzahlen, welche Investitionen müsste man erhöhen oder eventuell zurück nehmen? Im Finanz- und Investitionsplan sind Aussagen über den Steuerertrag gemacht worden, die Steuergesetzrevision. Der Finanzplan hat die Ziele des Leitbildes umgesetzt. Das ist klar die Feststellung in diesem Saal gewesen. Meine Aussage dazu ist gewesen: Der Finanzplan mit den Eckpunkten im Aufwandbereich mit einem Bruttoüberschuss, Selbstfinanzierungsgrad und dem Ergebnis aus laufender Rechnung sind eine klare Vorgabe für das

Budget 2008. Jetzt darf ich eine kleine Einschaltsehung zum Kanton machen, Klammerbemerkung: Im Kanton gibt es das Instrument des IAFP, das ist der integrierte Aufgaben- und Finanzplan. Der Kanton rutscht in die roten Zahlen. Zum Beispiel im Bildungsbereich mit einer Kostensteigerung – wegen des Bildungsbereichs; ich möchte dies bitte richtig verstanden haben – von fast 50 Millionen Franken bis ins Jahr 2011, zum Beispiel mit Beschlüssen des Bundes über eine KVG-Revision, freie Spitalwahl, jährliche Mehrkosten von 60 Millionen Franken, wiederkehrend für den Kanton Solothurn. Es wird anlässlich des kommenden Budgetierungsprozesses – so steht es im IAFP – „grosse Anstrengungen erfordern, den immer noch anhaltenden Sanierungskurs des Kantons unter den gegebenen Bedingungen weiter zu führen und eine Neuverschuldung zu vermeiden. Weder auf der Einnahmen-, noch auf der Ausgabenseite kann sich der Kanton grosse Sprünge erlauben“. Der Kanton macht den Finanzplan nicht nach dynamischen Effekten, wie es Herr Regierungsrat Wanner heute gesagt hat, also nach Annahmen oder irgendwelchen Aussagen, die hier gemacht werden, sondern nach sogenannten gesicherten Kriterien. Der Kanton kann, meine Damen und Herren, aktuell frei über sagenhaft 30 % des Ausgabenvolumens selber bestimmen. Der Rest ist gebunden. Die Stadt Olten als Gemeinde, als Stadt, 15 bis 20 % frei bestimmbar. Der Rest ist gebunden. Die Finanzkommission des Kantonsrates hat heute beschlossen, einen sogenannten „Planungsbeschluss für die nächsten Jahre“ zu definieren, wo man klar sagt: Was wollen wir? Klammer geschlossen. Das nächste für die städtische Budgetierung wichtige Thema ist natürlich der Budgetprozess selber. Wir gehen ganz klar von der Zero-Base-Budgeting-Systematik aus, soweit dies möglich ist. Es gibt unbekannte Grössen im Budget, die Ihr schlichtweg nicht voraussehen könnt. Vielleicht hören wir heute noch, wenn wir gewisse Fragen beantworten, von dieser Situation von mir oder demjenigen, der diese Fragen stellt. Man kann gewisse Sachen schlichtweg nicht voraussehen. Aber der Rest, den man planen kann, wo man auch weiss, was etwa kommen könnte, basiert auf dem sogenannten Zero-Base-Budgeting. Man fängt vorne an und stockt nicht einfach auf das Bisherige auf. Nächster Punkt: Teamwork in allen Gremien. Ich muss hier ganz klar ein Kompliment an meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen des Stadtrates machen, an die gesamte Verwaltung. Es ist ein Teamwork, das in diesem Budgetprozess abläuft. Es fängt zum Beispiel mit einer Einführung der Finanzdirektion an die Budgetverantwortlichen jeder Direktion an. Man muss sie nicht belehren. Man muss ihnen einfach sagen, wie die Situation aktuell ist und worauf es jetzt ankommt. Es wird sehr geschätzt. Man fängt dann sehr schnell, sofort an, richtig zu arbeiten. Es gibt eine Aussage eines Fussballtrainers, die sogar auf den Budgetprozess der Stadt Olten passt. Othmar Hitzfeld ist ja eine bekannte Grösse, nicht ganz unbestritten im Moment. Vielleicht wird er ja noch Schweizer Nationaltrainer. Er sagt, folgende vier Punkte, die man eigentlich fast immer anwenden kann, sind der Schlüssel zum Erfolg. Im Budgetprozess haben wir festgestellt, dass dies stimmt: Leidenschaft. Man muss akribisch hinter dieser Sache stehen. Solidarität: Man muss auch sagen können: Nein, jetzt kommt dies zuerst und dann kommt jenes, oder wir machen es gemeinsam. Respekt voreinander. Ich muss sagen, er hat eine Meinung, die müssen wir teilen oder nicht teilen, aber man hat immer noch Respekt vor den Leuten und – logisch – Disziplin. Die Vorgaben sind einzuhalten. Nächster Punkt: Das Zusammentragen von Vorgaben durch Bund und Kanton ist im Vorfeld der Budgetphase und während der ganzen Phase enorm wichtig. 80 bis 85 % der Ausgaben sind gebunden. Die Finanzdirektion erfragt akribisch die Bundes- und Kantonsvorgaben, wenn sie diese nicht automatisch erhält. Mittlerweile hat der Kanton ein Verfahren, dass er diese Sachen relativ zügig mitteilt. Manchmal korrigiert man es auch wieder zwischendurch. Aber wir sind auf diese Vorgaben angewiesen. Es gibt auch Gespräche mit der Gegenseite der Medaille, nämlich mit der sogenannten goldenen Seite, sprich der Einnahmenseite, mit den entsprechenden Exponenten der Einnahmenseite, vorab natürlich der juristischen Personen. Diese Gespräche finden das ganze Jahr statt. Wir sind relativ sehr online mit den für uns so wichtigen Exponenten der goldenen Seite der Medaille. Meine Damen und Herren, das sind die wichtigsten Parameter beim Beginn und während der Arbeit für die Budgetphase und das erste Budget, auch für 2008, ist wie jedes Jahr nicht gut gewesen. Dann wird es bereinigt, und dies kann durchaus auf allen Seiten schmerzen. Fazit 1 ist aber, dass es gelungen ist, von mir ein gutes Budget vorzulegen, und Fazit 2 ist, dass es mir

wieder einmal darum gegangen ist zu erläutern, was der Budgetprozess eigentlich beinhaltet. Man hört ja dann gelegentlich im Besonderen, wenn die Rechnung kommt, wenn es dann einen Überschuss gibt, wo man zwar wahnsinnig Freude hat, aber dann heisst es plötzlich: Die haben wieder einmal schlecht budgetiert. Was soll das? Dem ist nicht so. Das Budgetverfahren läuft nicht so ab, dass man auf die Rechnung schaut und dann das Budget macht, sondern man beginnt vorne. „Lieber so als zu klotzen und tief zu fallen“ habe ich einmal gesagt. Wir fangen also vorne an. Die Unbekannten werden immer grösser, und das mahnt zur Vorsicht. Das sind die wichtigsten paar Punkte aus dem Budget 2008. Ganz kurz: Das Budget 2008 hat die Zielsetzungen gemäss den Richtlinien erreicht. Das ist die Grundaussage. Der Selbstfinanzierungsgrad aufgrund des erhöhten Investitionsvolumens ist auf 62 % reduziert, aber der klare Zielwert ist 80 % in der Planperiode und muss ganz klar erreicht werden. Die Steuergesetzrevision 2008, Volksabstimmung, Mindereinnahmen 2008 3,7 Millionen Franken ist berücksichtigt. Darf ich bei dieser Gelegenheit festhalten, dass 1 % juristische Personen Steuereinnahmen Fr. 385'000.— sind, 1 % natürlich Fr. 330'000.—, total 1 % für alle Steuern Fr. 715'000.—. Es ist auch schon etwas umgekehrt gewesen. Neuer Finanzausgleich und Sozialgesetz: Wir haben auf Seite 2 des Berichts und Antrag eine Tabelle eingeschaltet, um bewusst die Änderungen der Finanzströme zu zeigen, die Teilkompensation der IV-Beiträge, die Leistungen für die Spitex, Heimfinanzierung, Pflegekostenbeiträge über EL usw. Ich möchte einfach darauf verweisen, dass man, wie ich annehme, sich die Tabelle auch verinnerlicht hat. Der Beitrag der Stadt Olten an den Finanzausgleich plus Fr. 260'000.—: Wir bezahlen mittlerweile 1,42 Millionen Franken, das sind fast 20 % des Gesamtbetrages aller zahlenden Gemeinden. Gesetz über den öffentlichen Verkehr: Der neue Kostenteiler zwischen Kanton und Gemeinden ist jetzt je 50 %. Man hat auch den Schwellenwert geändert, und die Stadt Olten zahlt dadurch Fr. 390'000.— weniger. Das ist auch gerade die Kompensation für die Aufwendungen betreffend Mittelschulgesetzgebung, die der Einwohnergemeindeverband – Peter Kohler und ich dürfen Mitglied des Vorstands sein – der Regierung abgerungen hat, damit diese Kompensation wirklich auch kommt. Thema Investitionen: Brutto 23,3 Millionen, netto 20,4 Millionen Franken. 19,2 oder rund 20 % ist der Anteil der Bruttoinvestitionen an den konsolidierten Ausgaben. Im Vorjahr sind es 12,3 % gewesen. 20 % - das ist grundlegend die Aussage im Finanzbereich: eine grosse Investitionstätigkeit. Wir sind ja in diesem Moment sehr nahe dabei. Pro Kopf gibt die Stadt Olten im Investitionsbereich aufgrund dessen Fr. 1'600.— aus. Der kantonale Schnitt liegt bei Fr. 500.— bis 600.— pro Kopf. Im Investitionsbereich gelten klare Richtlinien wie in den letzten Jahren in Bezug auf die Priorisierung der Projekte. Ich möchte auf die Diskussion im Finanzplan hinweisen. Es sind aber auch jetzt hier die nächsten grösseren Projekte nicht zuletzt auch auf Wunsch aus den Behörden heraus im Voranschlag enthalten und aufgelistet. Der Stadtrat, wir alle wollen uns im Investitionsbereich eine gewisse Flexibilität erhalten – ich sage dies ganz bewusst – um auf besondere Investitionen, Notwendigkeiten reagieren zu können. Ich bin gerne bereit, unter vier, sechs oder acht Augen zu sagen, was ich genau meine. Es ist im Moment nicht unbedingt sinnvoll, dies hier breit zu schlagen. Auf Seite 5 des Berichts und Antrags sieht man die Zuordnungen der Investitionen. Wichtig ist, dass die Investitionen für den Werterhalt vollständig aus eigenen Mitteln aus der laufenden Rechnung finanziert und die restlichen Projekte durch das Eigenkapital abgedeckt werden. Das Nettovermögen sinkt von Fr. 580.— auf Fr. 140.— pro Kopf. Personalaufwand: 48 % des Personalaufwandes sind die Lehrkräfte der Stadt. Die Stadt zahlt bei den Lehrerlöhnen über 90 %, das sind 85 % der Löhne grundsätzlich, plus sämtliche Sozialkosten. Das sind sogenannte gebundene Ausgaben, meine Damen und Herren. Somit ist auch die Lohnanpassung, die der Kanton, die Regierung gemäss GAV von 2008 beschlossen hat, die 2 %, eine gebundene Ausgabe für die Stadt. Die Rechnungslegung der Stadt Olten: Wir kommen immer näher an das HRM2 – das ist das Rechnungsmodell 2 des Bundes in Anlehnung an die Privatwirtschaft – mit Erfolgsrechnung, Bilanz und Geldflussrechnung. Wir können etwas voller Stolz sagen: Olten erfüllt bereits jetzt schon die meisten der Vorgaben, die auf uns zukommen werden. Es ist ein Kapitel im Bericht und Antrag enthalten. Es gibt auch ein Kapitel, das § 144 des Gemeindegesetzes zitiert, das eine Aussage zum Steuerfuss macht. Sie sehen ihn auf Seite 10, Mitte. Der Kanton hat weitere Grundsätze zum Finanzhaushalt erlassen.

Einer davon ist unter anderem: „Steuerreduktionen sollten auf der Grundlage des Finanzplanes ergriffen werden“. Das ist eine Grundsatzerklärung des Kantons zu Handen der Kommunen und für den eigenen Finanzhaushalt, quasi als Richtlinie. Das kantonale Mittel der Steuerfüsse im Jahr 2007 ist nicht ganz unwichtig zu wissen. Wir dürfen auch ein bisschen stolz sein, wenn wir die Oltnen Verhältnisse nehmen. Bei den natürlichen Personen 116,3, bei den juristischen 113,3. Die Stadt Olten hat seit dem Jahr 2000 die Steuerfüsse der natürlichen Personen um 11 % und der juristischen um 21 % gesenkt, und zwar eben Schritt für Schritt. Ich sage es jetzt etwas geblufft. Nehmen Sie es zur Kenntnis. Hier sind Sie nämlich auch beteiligt. Dieser Bluff gilt auch für Sie. Durchdacht gesenkt, natürlich eben mit Hilfe aller beteiligten Behörden, Gemeinderat und Stadtrat. Letzter Punkt: Risiko-Checkup. Für etwas haben wir ja dies. Das darf man auch immer wieder sagen. Die Aussage im Risiko-Checkup 2007 heisst: „Die finanzielle Ausgangslage für zukünftige Bereitstellung öffentlicher Gelder und Dienstleistungen“ - der Stadt Olten - „ist im Vergleich zu einer repräsentativen Schweizer Stadt überdurchschnittlich“. Ich komme zum Schluss. Peter Kohler pflegt in seinen Erläuterungen bei der GPK jeweils das berühmte japanische Spiel Sudoku anzuwenden - ohne Zahlen, aber mit folgenden Feldern respektive mit folgenden Begriffen: Finanzplanung, Investitionsanteil, Selbstfinanzierung, Nachhaltigkeit, Zinsbelastung, grundsätzliche Entwicklung, Steuerfüsse, Budgetergebnis und Politik. Wenn ein Feld verändert wird, hat dies Folgen für die anderen, genau wie im wirklichen Sudoku. In diesem Sinne, meine geschätzten Damen und Herren des Gemeindeparlamentes, möchte ich Sie bitten, als Politiker, die Politik, auf das Budgetergebnis einzutreten und den beantragten Beschlüssen des Stadtrates zuzustimmen.

Christian Wüthrich: Ich werde es so angenehm als möglich machen. Wir möchten uns im Namen der Fraktion bei der Finanzdirektion für die Unterlagen bedanken. Wir möchten auch verzichten, die im Bericht und Antrag erwähnten Ausführungen zu wiederholen und die Zeit nützen, gewisse Überlegungen zur Investition darzulegen. Wenn sich der Stadtrat im Vorfeld mit einem Budget 2008 rühmt, ist ihm dies sicherlich zu gönnen. Es ist auch vertretbar, in einem guten und soliden wirtschaftlichen Umfeld positive und investitionsfreudige Signale zu setzen. Die Ausgangslage für eine problemlose Budgetdiskussion im Parlament - ich verweise auch auf den hervorragenden Rechnungsabschluss 2006 - sind gegeben. Der Finanzhaushalt der Stadt Olten steht so solid wie noch nie da. Das habe ich abklären lassen. Aber gerade der geschickte Umgang mit zur Verfügung stehenden Ressourcen ist für uns eigentlich die zentrale Herausforderung, vor allem für die nähere Zukunft. Ich weiss - hier gebt Ihr mir sicher recht - dass, wenn Ihr das Budget durchlest, es recht schwierig ist, aus diesem grossen Wunschkatalog das Notwendige, das Richtige und das Wichtige heraus zu nehmen, vor allem heraus zu lesen. Investitionen, haben wir uns in der Fraktion gesagt, sind gut. Aber welche und wofür? Die Frage des antizyklischen Verhaltens ist auch wieder aufgekomen. Muss man nicht gerade jetzt die öffentliche Hand zurück stecken, damit in anderen Zeiten etwas investiert werden könnte? Sind alle Investitionen, die hier aufgeführt sind, auch wirklich notwendig und machen sie Sinn? Ich verweise auf das Leitbild der Stadt Olten. Sie haben ein Ziel, ein Regierungsprogramm. Machen die aufgeführten Investitionen wirklich Sinn, unterstützen sie dieses Programm oder ist es einfach - das unterstelle ich niemandem - ein Ruhigstellen und Verteilen, damit keiner zu kurz kommt? Mittel sind ja vorhanden. Man kann dies ja problemlos. Wir haben uns auch gefragt, ob es gut ist, heute mit einer Riesenstreichliste ins Parlament zu kommen und unpopuläre Streichungsanträge einfach so aus dem Bauch heraus zu machen. Wir haben uns auch gefragt, bei welcher Direktion wir mit dem Streichen anfangen. Unsere Erfahrungen von früher sind, dass man bei Streichungsanträgen relativ schnell hat hören können, es ist unseriös. Die zuständige Direktion hat sich aufs Intensivste damit befasst. Man hat kein Vertrauen und überhaupt. Eine Tatsache ist, dass die Nettoinvestitionen gegenüber dem Voranschlag 2007 um 58 % und gegenüber der Rechnung 2006 sogar um 82 % steigen. Mit diesen vier vom Stadtrat priorisierten Projekten sind wir einverstanden und freuen uns, wenn beim Projekt Bahnhof vom Stadtrat endlich Druck auf die SBB gemacht wird. Unser Bahnhof ist weder ein moderner noch ein schöner Umsteige-, geschweige denn ein attraktiver und intelligenter Pendlerbahnhof. Schliesslich

bewerben wir uns für teures Geld und schon länger als ideale Wohnregion. Zur Förderung unserer Stadt brauchen wir eine gute und attraktive Basisinfrastruktur. Bis diese nicht erarbeitet worden ist, verzichten wir auf jeglichen Firlefanz. Zur Erreichung eines Selbstfinanzierungsgrades von 80 % müsste die Stadt die Investitionen auf zirka 16 Millionen Franken beschränken. Das wäre aber immer noch 25 % höher als im Voranschlag 2007. Der Aufwand für Dienstleistungen, Honorare Konto 318 steigt im Vergleich mit dem Voranschlag um 14 % und im Vergleich mit der Rechnung um 8,1 % auf 4,323 Millionen Franken. Ein Grund: Die Stadt gibt sehr viele Planungsarbeiten extern. Die Stadt hat offensichtlich ein Ausgaben- und nicht ein Einnahmenproblem. Die Einnahmen sprudeln trotz Steuersenkungen reichlich. Leider steigen die Ausgaben viel schneller. Selbst ohne jede Steuersenkung würde der Selbstfinanzierungsgrad mit diesem Budget nur wenig über 70 % liegen. Eigentlich müsste die Stadt anders budgetieren. Kein Ausgabenziel, sondern ein Einnahmenziel. Hier vielleicht ein (nicht ganz ernst zunehmender) Vorschlag: Zuerst wird der erwünschte Steuerfuss festgelegt. Dann ergibt sich eine erwartete Einnahme, und die Ausgaben haben sich nach den Einnahmen zu richten, wie dies übrigens in jedem Unternehmen, das im Markt tätig ist, gemacht wird. Es kann auch nicht die Aufgabe des Parlaments sein, Sparvorschläge zu machen. Das müssten der Stadtrat und die Verwaltung machen. Wir geben den Steuerfuss, idealerweise 100/100, vor, und der Stadtrat und die Verwaltung machen nachher entsprechend das Budget und setzen Prioritäten. Die FdP-Fraktion ist für Eintreten und wird dem Beschlussertrag, dem von der CVP in der GPK eingebrachten Antrag 100/100 folgen. Selbstverständlich haben wir noch einige Fragen oder Feststellungen. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

Dr. Markus Ammann: Eine Bemerkung voraus: Ich sehe, hier gibt es ein ganz neues Staatsverständnis der FdP, wenn man zuerst einmal festlegt, was man einnimmt und dann überlegt, was man mit diesem Geld machen kann. Eine etwas seltsame Art. Aber trotzdem. Ich möchte ein fast geflügeltes Wort von Caroline Wernli aufnehmen. Ich glaube, sie hat es die letzten zwei, drei Male immer wieder gesagt, und man könnte es eigentlich auch diesmal wieder sagen: Das Budget ist auf den ersten Blick eine wahre Freude. Wir werden deshalb auch in diesem Jahr einstimmig auf das Budget eintreten. Dass wir so gut abschneiden, auch im kommenden Jahr, ist natürlich nicht eine besondere Leistung dieses Parlaments. Das wäre meiner Meinung nach zu vermessen. Es sind auch nicht die gesunkenen Steuersätze, aber auch nicht der wahnsinnig verbesserte übrige Rahmen, den wir von der Stadt Olten her bieten. Wir denken, schon eher könnte man die schweizweite hervorragende Konjunktur dafür verantwortlich machen, dass es so gut geht. Aber der Dank für die gute Situation sollte unseres Erachtens deshalb in erster Linie an die auf breiter Front guten und florierenden Unternehmen in dieser Stadt gehen. Sie sind einmal mehr der Beweis, dass Olten, zusammen mit der Region, das wirtschaftliche Rückgrat dieses Kantons sind. Der Dank sollte auch an die Einwohnerinnen und Einwohner gehen, die einen ebenso grossen Beitrag zum Wohlergehen, vor allem auch zum finanziellen Wohlergehen dieser Stadt leisten. Der Dank geht auch an den Stadtrat und hier besonders den Mitarbeitenden der Finanzdirektion wie auch der ganzen Verwaltung, denn nur in der Zusammenarbeit und mit einer gewissen Disziplin gibt es ein ausgewogenes und ausgeglichenes Budget. Wir stellen fest, dass wir höhere Abschreibungen als nötig machen. Wir können hohe Rücklagen machen, ein Nettovermögen bilden, Investitionen tätigen, Steuern senken. Was sollen wir eigentlich noch mehr? Wir sollten aber noch zwei, drei Sachen beachten, wenn wir nicht nur ein gutes und ausgeglichenes Budget wollen, sondern die Stadt eben auch langfristig lebens- und liebenswert, wie es so schön heisst, machen. Die Investitionen erreichen im vorliegenden Budget einen ausserordentlich hohen Betrag. Das ist eigentlich gut so. Wenn man aber jetzt genau schaut, sieht man, dass rund ein Fünftel dieser Investitionsausgaben allein für die ERO bestimmt ist. Damit ist der Rest auf einem ähnlichen Niveau, wie wir es im Jahr 2005 oder auch in früheren Jahren gehabt haben. Also doch nicht so wahnsinnig berauschend. Dazu kommen natürlich unsere Bedenken die werterhaltenden Investitionen betreffend, wo wir immer noch das Gefühl haben, sie sind eher knapp. Wir sind noch nicht sicher, ob die Substanz in dieser Stadt wirklich erhalten bleibt. Positiv sollte aber erwähnt werden, dass die asketische

und unselige Selbstbeschränkung auf exakt vier Projekte, wobei wir zwei gar nicht beeinflussen können und sie nicht in unserer Hand liegen, endlich aufgegeben worden ist. Letztendlich sind wir der Meinung, dass es ja auch keine Beschränkung oder Fokussierung gewesen ist, sondern eher eine Art Placebo für gewisse Parlamentarier, die nicht haben zur Kenntnis wollen oder nicht zur Kenntnis nehmen wollen, dass in dieser Stadt Olten an mehr als nur vier Projekten oder vier relevanten Projekten gleichzeitig gearbeitet werden kann. Jetzt sehen wir diese Projekte wieder. Sie sind zum Teil aufgeführt. Bahnhof Ost ist ein wichtiges Projekt, Innenstadt, Verkehr, Museen, Wohngebiete. Das sind Themen und Fragen, welche die Bevölkerung effektiv beschäftigen. Ich bin froh, dass man sie auch wieder in einem Budget sieht. Es wäre ja schade, wenn man im Prinzip nur sieht, dass wir auf die ERO und die Fachhochschule warten. Mit den Abschreibungssätzen, die sich in Zukunft etwas mehr auf die Nutzungsdauer beziehen sollten, können wir an und für sich leben. Das führt dann dazu, dass wir auch nicht mehr so etwas versteckte oder eine Art stille Reserven bilden können. Dann taucht aber natürlich die Frage auf, wie wir überhaupt Vermögen bilden können. Hier denke ich, dass Christian ein Stück weit einen Denkfehler gemacht hat. Antizyklisches Verhalten funktioniert nicht, wenn man einfach die Investitionen zurück fährt, sondern antizyklisches Verhalten würde dann bedeuten, dass man Rücklagen machen und das Sparkässeli füllen muss, damit man letztendlich dann auch das Geld hat, wenn man wieder investieren muss, wenn es der Wirtschaft schlecht geht, damit man das Geld auch hat. Dort stellt sich eben schon die Frage, wie man in einer Stadt Vermögen bildet, wenn man die Prämissen hat, nur so viele Einnahmen zu generieren, wie eben Ausgaben nötig sind. Kurzfristig gedacht würde man jetzt jedes Anlegen von Vermögen damit verhindern, und das ist wahrscheinlich auch der Grund, weshalb man im Finanzplan jetzt sieht, das schwankt dann so um plus minus 0 Franken herum. Das ist so die Zielsetzung, im höchsten Fall eine Verschuldung bis Fr. 1'000.— pro Einwohner, die man akzeptiert. Dieses Konzept erachten wir aber als ungenügend. In guten Zeiten – jetzt befinden wir uns in guten Zeiten – sollte man auch ein gewisses Anwachsen des Vermögens in Kauf nehmen. Nur so sind wir nämlich für die nächste Rezession gewappnet, und man muss kein Hellseher und auch kein Wirtschaftsexperte sein, um zu wissen, dass diese ganz sicher kommen wird. Ich habe gesehen, dass im Kanton Zürich rund zwei Drittel der Gemeinden ein Vermögen haben und zwar ein relativ substanzielles Vermögen. Wie es im Kanton Solothurn ist, weiss ich nicht. Damit sind wir auch wieder bei der Einnahmenseite oder eben den Steuersätzen. Wir erachten es als unsinnig, die Steuersätze in einem Jahr um 14 Punkte zu senken. Der Stadtpräsident hat dies auch schon etwas angetönt. Wir würden damit auf einen Schlag dauerhaft auf Investitionsgelder von rund 5 Millionen Franken verzichten. Wir wehren uns gegen eine solche Hauruck-Steuerpolitik und finden sie unverantwortlich. Vielleicht noch ein paar Gründe dazu: Allein durch die Steuergesetzrevision des Kantons verlieren wir jetzt schon rund dreieinhalb Millionen Franken. Das sind rund 10 Steuerpunkte. Dann sind wir schon bei 24 Steuerpunkten, die wir uns im Jahr 2008 quasi „ans Bein streichen“ müssen. In ein paar Jahren wird eine weitere Tranche fällig. Ich glaube, dann sind es 5,7 Millionen, und das wären nach heutiger Rechnung zirka 16 Steuerpunkte. Was der NFA sonst noch irgendwo versteckt beinhaltet, wollen wir dann noch sehen. Wir sind nicht sicher, ob auch Private und Unternehmen toll finden, wenn wir in einem Jahr 14 Punkte hinunter gehen und dann in ein paar Jahren halt wieder 10 bis 20 Punkte hinauf gehen müssen. Das ist auch nach aussen eher abschreckend. Man müsste doch davon ausgehen, dass Olten nicht fähig ist, in der Steuerpolitik einen kontrollierten und konsolidierten Kurs zu fahren, wie es der Stadtpräsident vorher auch angetönt hat. Vielleicht das Enttäuschendste oder Erstaunlichste oder ich kann auch sagen Lehrreichste in der ganzen Geschichte ist für uns gewesen: Die Bürgerlichen, vor allem die FdP voran, haben ihre eigenen Vorgaben und Vorsätze einfach sausen lassen, weil sie sich scheinbar an einem anderen Ort einen grösseren Profit, wahrscheinlich einen politischen Profit, erhofft haben. Ich erinnere mich, dass regelmässig ein Papier in die Stadtverwaltung flattert, wo die FdP Finanzziele und Budgetrichtlinien postuliert. Scheinbar ist dies aber alles nicht so ernst gemeint. Der Finanzverwalter hat nämlich der GPK klipp und klar dargelegt, dass mit einer weiteren Steuersenkung auf 100 % diese Budgetziele halt einfach nicht mehr so erreicht werden können, insbesondere eben dieser Selbstfinanzierungsgrad von 80 %,

der schon jetzt bei 50 % liegen würde. Hier mutet es auch ein Stück weit seltsam an. Wenn ich mich richtig erinnere, hat der GPK-Sprecher des letzten Jahres, Urs Knapp, noch wie betont, wie man sich an die Budgetrichtlinien halten muss und wie ganz wichtig der Selbstfinanzierungsgrad ist. Wir schlagen dem Stadtrat vor, in Zukunft solche Papiere von der bürgerlichen Seite gleich wegzuwerfen, bevor er sich Mühe macht, die Anliegen aufzunehmen und in einem Budget umzusetzen und dann doch zu merken, dass er mit „abgesägter Hose“ da stehen muss. Wir schwelgen auf der Investitionsseite nicht im Luxus. Es gäbe eigentlich noch viele Baustellen, die man angehen oder schliessen müsste, zum Beispiel die energetische Sanierung dieses Gebäudes, in dem wir hier regelmässig tagen. Sie ist auf Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben, eigentlich eine Schande für eine sogenannte Energiestadt, die ja auch Vorbildfunktion haben müsste. Wir möchten dies aber nicht auf die baulichen Investitionen beschränkt sehen. Es gibt auch im Sozialbereich, im Bildungsbereich genügend Aufgaben, wo man dringend Investitionen tätigen müsste. Bezüglich Investitionen noch ein letzter Hinweis: Mit einer weiteren Steuersenkung sind wir auf dem besten Weg, uns auch Möglichkeiten für wichtige Zukunftsprojekte zu verbauen. Ich denke, bis weit in die bürgerlichen Kreise hinein wird erwartet, dass die Museen qualitativ aufgewertet werden und es in der näheren Zukunft in Olten möglicherweise ein modernes Hallenbad gibt. Beide Themen sind im jetzigen Finanz- und Investitionsplan gar noch nicht abgebildet. Sie sind noch so weit weg, und es wird bei den postulierten Steuersätzen und vielleicht eben bei einer Konjunkturschwäche, die wahrscheinlich auch früher oder später kommen wird, schwierig werden, so etwas zu finanzieren. Aus all diesen Gründen werden wir das Budget als solches unterstützen. Wir werden auch dem Antrag mit diesen Steuersätzen von 103 % zustimmen, werden uns aber vorbehalten, bei einem Beschluss mit einem Steuersatz von 100 % diese Zustimmung nicht zu geben.

Roland Rudolf von Rohr: Die CVP/EVP-Fraktion bedankt sich bei allen Beteiligten recht herzlich, speziell wieder bei Peter Kohler, der sich wie jedes Jahr Zeit genommen hat, zu uns zu kommen, und eine tadellose Information abgeliefert hat. Die finanzielle Situation unserer Stadt ist höchst erfreulich, und tatsächlich scheint ein positiver Trend gar kein Ende zu nehmen. Es wird natürlich nicht immer so bleiben. Dessen sind wir uns alle bewusst. Aber es sind Zeichen da, gerade was die juristischen Personen betrifft, dass dies in nächster Zeit noch anhalten könnte. Dieser Geldsegen, bedingt vor allem durch die hervorragende wirtschaftliche Entwicklung im Land, aber auch in unserer Stadt durch die hohen Steuern der juristischen Personen, ist wirklich etwas Schönes. Auf der anderen Seite, wenn man einen Vergleich mit vor zehn Jahren macht, müsste man sich etwas zu Gemüte führen, und ich als älterer Parlamentarier habe dies auch gemacht. Ich blättere immer etwas zurück und sehe, dass wir im Verhältnis zu vor zehn Jahren bei den Steuereinnahmen einen Index von 150 % haben. Das ist eine interessante Zahl, Ernst. 280 ist allein bei den juristischen Personen und etwa 120 von den natürlichen Personen. Daran mitschuldig ist auch, dass wir unsere Schulden so haben abbauen können, denn vor zehn Jahren haben wir noch 50 Millionen Franken Schulden gehabt. Heute haben wir nichts mehr. Dann müsste man ja sagen, alles kann so bleiben. Aber wenn man den Ausgaben schaut, sieht man, dass die Indexe dort eben auch nicht schlecht aussehen. Wir haben 121 % beim Personal, 138 % beim Sachaufwand, der gegenüber zehn Jahren gestiegen ist. Wir schaffen es also tatsächlich, wenn wir höhere Steuereinnahmen haben, auch höhere Ausgaben zu machen, zum Glück nicht im gleichen Mass. In den vergangenen Jahren ist die CVP/EVP-Fraktion meistens mit der Finanzpolitik des Stadtrates einverstanden gewesen. Beim Budget 2008 ist aber jetzt eine ganz knappe Mehrheit der CVP/EVP-Fraktion der Meinung, dass eine grössere Senkung der Steuern zu verantworten wäre und stimmt dem Antrag der GPK zu. Die Mehrheit glaubt aus folgender Motivation, dass dies zu verantworten ist. Wir wollen nicht weniger investieren. Wir möchten also am Investitionsbudget nichts ändern, sondern wir denken, dass eine Steuerreduktion automatisch auch etwas auf der Ausgabenseite drücken könnte. Wenn man weniger Geld zur Verfügung hat, geht man automatisch auch sorgsamer mit diesem Geld um. Das soll für die Verwaltung und für den Stadtrat gelten, aber insbesondere natürlich auch für den Gemeinderat. Wir denken auch, dass es von den Kennzahlen her zu verantworten ist. Eine Re-

duktion auf je 100 Prozentpunkte würde zirka 2,1 Millionen Franken kosten. Das ergäbe immer noch ein positives Ergebnis von knapp über einer Million. Zwar würde der Eigenfinanzierungsgrad um 10 %, auf 52 hinunter sinken. Das erscheint ganz tief und ist es auch. Ich darf vielleicht vergleichen: In früheren Jahren hat man aufgebaut. Wenn ich hier in die Rechnung hinein schaue, sehe ich 143 % im Jahr 2004, 124 % im Jahr 2005 und denjenigen 2006 mit dem Extrajahr sage ich jetzt lieber gar nicht. Der Grund, dass wir jetzt auf einen 52er-Selbstfinanzierungsgrad hinunter sinken, ist nicht nur die Steuerreduktion, sondern natürlich auch die Investition, mit der wir aber im heutigen Zeitpunkt einverstanden sind. Wir werden auch noch knapp in einer Pro-Kopf-Verschuldung bleiben und zwar nur noch bei knappen 20 Franken, also einem Pro-Kopf-Vermögen von 20 Franken. Vertretbar ist ja bis Fr. 1'000.—, was wir nicht unbedingt erreichen wollen, aber damit man das Verhältnis etwas sieht. Wir denken, dass eine grössere Steuerreduktion zu verantworten ist, wenn man auch auf der Ausgaben-seite zurück schrauben möchte. Dies müssen wir eben auch jetzt können, auch in den guten Zeiten, damit wir dann in den schlechten Zeiten nicht zu hoch oben sind. Das ist die einzige Motivation der CVP/EVP-Fraktion, die dem GPK-Antrag zustimmen wird.

Theo Schöni: Wir können zuerst auch einfach der Finanzverwaltung für die Vorlage, den Voranschlag danken, auch zusammen mit den Mitverantwortlichen, die daran gearbeitet haben. Es ist jedes Mal ein Vergnügen, den Voranschlag durch zu arbeiten. Wer sich die Interpretationshilfen der Finanzverwaltung zuteil werden lässt, braucht nicht einmal mehr die Anwesenheit von Peter Kohler, auch wenn wir vielleicht nicht so viel von Finanzen verstehen. Mit einem Auge schielen wir selbstverständlich immer noch auf die hervorragenden Rechnungsabschlüsse des Jahres 2006 sowie den Finanzplan und stellen dabei fest, dass im Voranschlag 2008 sich insbesondere in der Investitionsrechnung ein erfreulicher Trend abzeichnet. Das ist auch mehrfach genannt worden. Vergessen wir aber nicht: Wir haben 2006 dank unserem besten Steuerzahler ein unerwartetes Geschenk erhalten. Jetzt wollen wir dies einfach so 100 % mit den Investitionen der Stadt verbubeln. Es hat auch Stimmen, selbst von der Atel gegeben, die nachgefragt haben, wie die Stadt überhaupt mit dem Geld umzugehen gedenkt. Die Verlockung ist deshalb gross, dass man zum Beispiel hoch hinaus oder in ein Hochhaus investieren will. Wir fragen uns, ob man bereits jetzt nach den Sternen greifen will oder ob es nicht noch etwas zu früh ist. Vergessen wir auch nicht, dass immer ein guter Teil der Finanzierung und der Investitionen in die ERO abgezweigt wird, so Gott oder Kappel will, dass sie auch kommt. Wir geben unbestritten zu: Auch wir wollen eine schöne Stadt und ihre Attraktivität fördern, aber nach dem unbestrittenen Motto, wie es auch die SP gesagt hat, nach einer lebens- und liebenswerten Stadt. Demgegenüber – es hat mich auch etwas erschreckt, was Stadtpräsident Ernst Zingg gesagt hat – ist auch der Trend in der laufenden Rechnung sichtbar, hervorgerufen durch die Anpassungen aus der Steuergesetzesrevision und vor allem durch Um- und Auslagerungen von diversen Aufgaben. Das wird eine Entwicklung sein, bei der wir erst am Anfang stehen und das Ende noch nicht absehbar ist. Es wird auch an verschiedensten Stellen im Bericht und Antrag darauf hingewiesen. Die vertiefte Analyse zeigt, dass die wichtigste finanzpolitische Vorgabe, nämlich der Selbstfinanzierungsgrad, deutlich reduziert worden ist. Es gibt uns etwas zu denken, dass man an dieser Grösse wackelt, wenn dies auch, wie es gesagt worden ist, jeweils in einem längeren Zeitraum verfolgt werden muss. Zuletzt soll auch der Steuerzahler durch die Reduktion des Steuerfusses von der guten bis überdurchschnittlichen Finanz- und Wirtschaftslage profitieren können. An diesem Faktor können die Gemeinderäte finanzpolitisch am Wirkungsvollsten eingreifen. Wir halten ebenfalls für richtig, dass weiterhin eine moderate Senkung und Angleichung des Steuerfusses für natürliche und juristische Personen angezeigt ist. Die kontinuierliche Senkung des Steuerfusses ist schon fast Programm. Wieviel die Senkung des Steuerfusses zur Attraktivierung unserer Stadt beigetragen hat, lässt sich jedoch noch nicht ganz abschliessend feststellen. Im Vergleich zum kantonalen Mittel liegen wir immer noch deutlich tiefer, wie man hat lesen können. Dies veranlasst uns Grüne und Junge Alternative, die Steuerreduktion etwas zu verlangsamen, den Griff schon etwas an die Handbremse zu legen, und wir beantragen, die beiden Steuerfüsse neu lediglich auf 104 Steuerprozente zu reduzieren.

Rudolf Lutz: Ich versuche, mich kurz zu fassen. Es schon so viele Zahlen genannt worden, dass ich wahrscheinlich darauf verzichten kann, dies noch einmal herunter zu lesen. Zuerst möchten wir auch allen danken, die an diesem Budget gearbeitet haben. Es ist eine Freude, wenn auch einer, der nicht Buchhalter ist oder ein Riesenzahlenverständnis hat, ein solches Budget lesen kann und eigentlich auch versteht. An dieser Stelle möchten wir sicher auch Peter Kohler danken, der sich leider das letzte Mal Zeit genommen hat, den Fraktionen diese Sachen selbstverständlich und ausführlich zu präsentieren und vor allem noch nach dem Feierabend Arbeit leistet, die andere nicht leisten würden. Wie kann man anders, als den Bericht und Antrag des Stadtrates mit Freude zur Kenntnis zu nehmen? Wir sind uns im Klaren, dass der Mehrertrag von 3 Millionen Franken nicht einfach so gekommen ist. Wir wissen, dass es gute Steuerzahler braucht, damit man solche Zahlen ausweisen kann. Deshalb möchten wir es jetzt schon vorweg nehmen: Die SVP-Fraktion wird dem Budget mit Ausnahme der Punkte 5 und 6 zustimmen. Wir sind der Meinung, dass, wenn Olten in Zukunft eine Chance haben will, mehr Industrie und Bevölkerung in die Stadt zu bringen und auch behalten zu können, wir jetzt ein Zeichen setzen müssen. Eine der vielen Möglichkeiten ist sicher die Steueranpassung für alle. Eigentlich wären wir von der SVP für einen Steuerfuss unter 100 % gewesen. Weil wir aber auch ein Zeichen setzen wollen, folgen wir dem Antrag der GPK zu einer Steuerreduktion für natürliche und juristische Personen auf 100 %. Wir sind uns aber bewusst, dass man, wenn man weiterhin positive Erträge ausweisen will, voraus schauen und etwas dafür unternehmen muss und nicht erst lernen muss zu sparen, wenn einem das Wasser buchstäblich bis zum Hals steht. Im Moment geht es uns ja recht gut und es kümmert die meisten wenig, wie und wieviel Geld man ausgibt. Aber wenn wir jetzt nicht die nötigen Schritte unternehmen, um die Geldverschleuderung in den Griff zu bekommen, wann denn sonst? Auch in diesem Budget hat es sicher Punkte, die zu diskutieren geben, so zum Beispiel wieder einmal mehr die Sozialabgaben, die schon fast standardmässig jedes Jahr im Budget zu diskutieren geben. Wer kann zum Beispiel dem Bürger erklären, weshalb die Sozialleistungen trotz weniger Arbeitslosen zugenommen haben? Das ist eigentlich nicht ganz logisch. Aber es gibt auch gefreute Sachen. Zum Beispiel die Grundgebühr der Abfallentsorgung, die reduziert werden kann und die Haushaltungen entlastet. Ich weiss, es ist nur ein kleiner Betrag. Aber auch so kann man Zeichen setzen. Dass das Thema Werterhaltung und Verkehr in unserer Stadt immer wichtiger wird, wissen wir eigentlich schon lange. Es bringt nichts, wenn wir unsere Vorfahren kritisieren, die keine zusätzliche Brücke oder eine Umfahrung gewollt haben. Deshalb ist es toll, aber auch bitternötig, dass wir endlich etwas in neue Projekte investieren können, sei es die ERO, sei es ein Parkhaus, eine Begegnungszone oder einfach neue Garderoben für Sportler im Kleinholz. All dies kann doch helfen, unsere Stadt attraktiver zu machen und soll ja nicht nur der Grund sein, dass Olten ein Knotenpunkt ist, um hier zu wohnen.

Urs Knapp: Markus Ammann hat mich ja zitiert und ich darf vielleicht noch zwei Worte zu den Steuern sagen. Markus hat unseren Brief nicht gelesen, hat ihn gleich weggeworfen. Das hat er ja gesagt und zeigt dies auch mit seinen Worten. Wir haben dort zwar gesagt, die 103/103, als wir den Brief im März geschrieben haben, „unter dem Vorbehalt des Rechnungsabschlusses 2006“ erwähnt worden. Einfach zur Erinnerung: Der Rechnungsabschluss 2006 hat einen Überschuss von 28 Millionen Franken ergeben, der Rechnungsabschluss 2007 ist laut Budget bei 3,2 Millionen. Wenn man anschaut, welche Zwischenergebnisse wichtige Steuerzahler in Olten bekannt gegeben haben, kann man davon ausgehen – das sagt auch die Finanzdirektion – dass der Rechnungsabschluss über dem Budget liegen wird. Wenn es nach der SP gehen würde, hätten wir jetzt immer noch Steuersätze von über 110 %. Ich kann mich auch an ein geflügeltes Wort erinnern. Caroline Wernli, die jetzt den Kopf schüttelt, hat vor drei oder vier Jahren schon gesagt: „Das Ende der Fahnenstange ist erreicht“. Damals sind wir bei gut 110 % gewesen. Man kann auch feststellen, dass, seit Olten Steuern senkt, die Einnahmen, Überschüsse steigen. Natürlich hängt dies nicht allein von den Steuern ab. Es hängt von verschiedenen Faktoren ab. Aber ein Bornblick allein füllt sich nicht mit guten Steuerzahlern, sondern sie schauen natürlich auch, wohin sie ziehen. Da

gibt es auch Alternativen. Das Konkurrenzumfeld bei den Steuern ist nicht das Mittel des Kantons, sondern das Konkurrenzumfeld sind in erster Linie unsere Nachbarstädte, vor allem diejenigen im Osten und Süden, Zofingen und vor allem Aarau. Wenn man schaut, was der Kanton Aargau macht: Er wird in den nächsten wenigen Jahren, zwei oder drei Jahren, über 200 Millionen Franken in die Standortattraktivität investieren. So ist es nämlich in der Abstimmungsvorlage des Regierungsrates des Kantons Aargau gestanden, wo er entsprechende Verminderungen der Steuerbelastung für natürliche und juristische Personen zur Abstimmung gebracht hat. Das Volk hat dem grossmehrheitlich zugestimmt. Das Solothurner Volk hat auch eine Abstimmung über Steuersenkung gemacht, auch damals gegen den Widerstand der SP, am 21. Oktober dieses Jahres. Auch dies hat ein deutliches Resultat ergeben. Von daher denke ich, wir können uns diese Steuersenkung leisten, sicher auf 103 %. Wir können uns auch eine Steuersenkung auf 100 % leisten. Wir reden wie ein Sudoku, wie es Peter Kohler gesagt hat. Sudoku ist aber nicht allein nur Steuern, sondern es gibt auch noch Ausgaben und andere Veränderungen, die man machen kann. Von daher unterstütze ich auch den Antrag der GPK.

Christian Wüthrich: Wenn der Inhalt dieses Finanzbriefes schon nicht so viel wert ist, denke ich, schon allein die Idee ist wahrscheinlich gut gewesen, weil wir dies ja schon seit ein paar Jahren machen, und die SP macht es ja jetzt neuerdings auch. Ich denke einmal, wenigstens die Idee, sich in die Finanzpolitik so einzumischen, ist gar nicht so schlecht. Man muss dies immer alles etwas relativieren. Dass die SP-Fraktion ein anderes Empfinden für Geld ausgehen hat, das wissen wir und das respektiere ich auch. Dafür sind sie bekannt, nicht nur im Kanton, eigentlich immer gewesen. Das respektiere ich. Dann sollen sie auch so gut sein und einen gewissen Respekt gegenüber denjenigen haben, die sagen: Wir möchten gerne konzentriert und dem Sinn und der Art gemäss investieren und halt mit zur Verfügung gestelltem Kapital – das vergessen sie immer; sie schöpfen aus dem Vollen, weil es einfach da ist – sollen sie dementsprechend auch akzeptieren, dass es Leute gibt, die einfach anders mit diesem Geld umgehen. Das ist noch ein Anliegen für mich.

Dr. Markus Ammann: Ich kann es natürlich nicht lassen, hier eine gewisse Replik zu machen. Das erste ist natürlich, dass es ein Satz ist, der immer wieder kommt und schon mehrfach widerlegt worden ist. Die rot-grün regierten Städte schneiden deutlich besser als die bürgerlich regierten Städte ab. Das kann man im Cash nachlesen, nicht eine Zeitung, die wahrscheinlich links unterwandert ist. Ich möchte gleich noch eine zweite neutrale Stelle zuziehen. Es gibt eine Nationalfondsstudie. Ihr habt vielleicht auch schon davon gehört. Peter Kohler hat sie in der GPK auch erwähnt. Sie ist von der Uni St. Gallen gemacht worden. Ich nehme an, auch die Uni St. Gallen ist nicht eine linke Universität im klassischen Sinn. Diese Studie kommt auch zum Schluss – ich nehme ein Pressezitat – „eine höhere Steuerlast hat keinen messbaren Einfluss auf das Wanderungsverhalten“. Das hat man wohlverstanden nicht in der Schweiz gemacht, sondern in Ländern, in denen die Steuern deutlich höher sind, nämlich in nordischen Ländern, in Belgien, Dänemark, Schweden, Finnland etc., wo es um Steuersätze von 50 % und mehr geht. Nicht von alledem, was hier erzählt wird. Ich zitiere noch etwas: „Entscheidender sind Faktoren wie der Arbeitsplatz, die familiäre Situation, gute Bildungsinstitutionen oder eine schöne Gegend“. Zudem: „Besonders der starke Einfluss des Immobilienmarktes war überraschend“. Das heisst sicher nicht Steuersenkung, sondern das kommt dann irgendwann auch einmal. Ich sage nicht, es ist unnötig, über Steuern zu diskutieren. Aber was wir vielmehr brauchen, ist in diesem Moment eben eine professionelle Stadtplanung beispielsweise, eine Stadtentwicklung, die genau diese Attraktivitätsanliegen aufnimmt. Wir sind der Meinung, es braucht hier eben eine Stadtentwicklung und eine Stadtplanung, die Klasse und Power hat, die fähig ist, willens ist, die auch die Ressourcen hat, nicht nur den offenen Feuern hinterher zu rennen, wie man es bei der Hochhausstudie jetzt wieder macht – es ist eigentlich eine Frage, die man schon lange hätte lösen können – sondern mit eigenen Visionen, städtischen Visionen, Konzepten und Ideen, den privaten Investoren und Landbesitzern Dampf macht und nicht nur wartet, bis sie kommen und Ideen entwickeln, sondern die Stadt muss diese Ideen entwickeln, ihnen die Türe einrennen und ihnen

unsere Vorstellungen schmackhaft machen. Das braucht Ressourcen und Leute, fähige Leute. Ich denke, hier müsste man investieren.

Beschluss:

Mit 46 : 0 Stimmen wird einstimmig Eintreten beschlossen.

DETAILBERATUNG

Parlamentspräsidentin Iris Schelbert: Ihr habt auf dem Tisch Fragen und Anträge der Grünen und von Rolf Sommer. Ich nehme an, es wird sonst noch das eine oder andere kommen, das nicht angemeldet ist. Ich werde kapitelweise vorgehen und bei der Laufenden Rechnung dann seitenweise. Ich bitte zu versuchen, Euch zu konzentrieren, damit auch die Wortmeldungen am richtigen Ort kommen.

Seite III – X Allgemeines, Kennzahlen und Grafiken zu den Kennzahlen

Keine Bemerkungen

Seite XIII – XVIII Ergebnisse

Rolf Sommer: Ich habe die Seiten XIV und XV mit einer anderen Gemeinde verglichen. Als Beispiel habe ich mir einfach einmal Wettingen genommen, welche Aufwendungen und Erträge man da so hat. Was mich in Wettingen, das grösser ist als Olten, erstaunt: Es ist genau gleich dargestellt wie hier bei der Stadt Olten, mit den gleichen Positionen. Sie haben Fr. 15'491'460.— Löhne und Besoldungen. Wir haben hier in der Stadt Olten eine Summe, die mehr als 5 Millionen höher ist. Das erstaunt mich schon für eine Stadt, die kleiner als die Stadt Wettingen ist. Noch zu erwähnen ist, dass der Ertrag bei der Stadt Wettingen um fast 27 Millionen Franken Steuerertrag minder als in der Stadt Olten ist. Wenn ich vergleiche, was die Stadt Wettingen zur Zeit in Planung und Projektierung hat und den Willen kundgetan hat für ein Sportzentrum Tägerhard von über 70 Millionen Franken Kosten, bin ich schon erstaunt, dass wir dies hier nicht fertig bringen. Wenn man hier etwas Städte in der Umgebung, die ähnlich sind wie die Stadt Olten, vergleicht, bin ich einfach erstaunt, dass wir so viele Ausgaben haben, hauptsächlich bei den Löhnen. Etwas in den Lohnvergleichen stimmt einfach nicht. Ich habe auch noch mit den Städten und Solothurn verglichen. Hier bin ich auch erstaunt, dass sie proportional von der Grösse fast ähnlich sind wie im Kanton Solothurn. Sie haben auch ein Polizeikorps etc. Es ist billiger als das Polizeikorps in Wettingen, wenn man es vergleicht. Ich bin einfach erstaunt, dass wir so viele Besoldungen mehr haben und habe das Gefühl, wir müssen noch einmal die ganze Verwaltung anschauen und auch eins zu eins vergleichen: Was machen diese, was machen jene, welche Struktur haben sie etc.? Vielleicht kann man dort auch Geld sparen. Das ist auch mein Ziel. Es geht nicht um das Personal der Stadtverwaltung. Aber es geht einmal um die Effizienz. Was kann man mit wem vergleichen etc.? Denn 5 Millionen Franken sind immerhin relativ viel Geld.

Parlamentspräsidentin Iris Schelbert: Ich gehe davon aus, das ist eine Feststellung, die Du gemacht haben möchtest. Merci vielmals.

Laufende Rechnung

Seite 1, 012.365.00 ff: Dispositionskredite Stadtrat

Rolf Sommer: Mich erstaunt Folgendes, nachdem ich auch mit älteren Budgets verglichen habe: 1997 haben wir im Dispositionskredit des Stadtrates Fr. 44'301.— gehabt. Heute sind wir bei Fr. 345'000.—. In der Rechnung 2006 ist es aufgeteilt gewesen. Jetzt hat man es zusammen gefasst. Ich weiss, auf der folgenden Seite 1a spricht man für die Euro 08 Fr. 200'000.—. Diese stören mich aus einem Grund: Ich sehe wirklich nicht ein, dass die Stadt Olten ein Public Viewing machen und die Städte Aarau und Solothurn konkurrenzieren muss. Wir haben zur gleichen Zeit ein Theater, „Karl's kühne Gassenschau“ in Olten Süd-West und die Fr. 200'000.—. Im Polizeibudget sind noch einmal Fr. 90'000.— für Sicherheit Euro 08 enthalten. Mich interessiert, ob dies zusammen hängt oder nicht. Ich stelle den Antrag, die Fr. 200'000.— zu streichen und die anderen Städte nicht noch konkurrenziert.

Parlamentspräsidentin Iris Schelbert: Es hat eine Frage gegeben zu den Konti 012.317.01 und 02, 319.01 und 12.365. Das sind Fragen gewesen. Der Antrag geht zu Konto 012.436.01.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Ich kann hier eigentlich die ganzen Konti, die mich betreffen, innert relativ kürzester Zeit abhandeln, wenn es Dir recht ist, oder so gut, wie ich es innert kürzester Zeit kann. Ich nehme, das Parlament hat dieses Papier. Zum ganzen Thema 012.317 und 319 plus 365: Die Feststellung stimmt natürlich. 1997 ist eine etwas andere Zeit gewesen. Man kann jetzt sagen, seit Zingg Stadtpräsident ist - das hast Du wahrscheinlich hören wollen - sind die Kosten gestiegen. Es ist vielleicht nicht ganz so, sondern die Stadt Olten hat auch gewisse Verpflichtungen und Aufgaben übernommen und macht auch etwas für ihr Image. Das sind zum Beispiel Posten, wie ich in meinen Ausführungen zu erklären versucht haben, wo man nicht grundsätzlich vom Zero-Base-Budgeting ausgehen kann, sondern man muss hier eine Annahme treffen, und hier kann es im Laufe des Jahres Veränderungen geben. Jede Tagung, jede Konferenz, jeder Anlass, die irgend etwas für Olten bringen im Sinne von Imagepflege oder auch Wertschöpfung - nicht ganz unwichtig - kann man nicht voraus planen. Man hat eine gewisse Planung, aber kann nicht alles planen. Dann gibt es halt gewisse Aufgaben, wo die Stadt zur Imagepflege beitragen kann. Das ist so etwas die allgemeine Aussage. 317.01 ist Spesen, Repräsentationen. Hier machen wir eine Annahme. Es geht um Spesen des Stadtrates und Besoldungen für Bewirtungen. Wir haben einige Bewirtungen - da hast Du auch schon ab und zu teilgenommen - wo es einen Apéro gibt. Das läppert sich im Laufe des Jahres so etwas zusammen. Es gibt Getränke und Esswaren usw. Wenn man dies etwas zusammen zählt, pauschalisiert, gibt dies bei 317.01 Fr. 75'000.—. Im Übrigen: Was ich jetzt sage, ist das Budget 2008 in der Rechnung 2006, Rolf. Ich habe das ganze Büchlein mitgenommen. Du kannst alles nachlesen. Ich habe sogar die Details dieser 012.317er Posten ausgedruckt. Das sind 30 Seiten. Du kannst jeden einzelnen Posten bei mir anschauen kommen. Aber ich glaube, für das übrige Parlament ist es nicht sehr interessant, irgendwo Fr. 15.95 und Fr. 275.85 zu lesen. Ich möchte dies nicht despektierlich verstanden haben. Aber das sind alles Sachen, die in der Rechnung von mir schon mehrmals in der GPK gesagt worden sind, von mir selber, wenn es eine Erhöhung dieses Kredits oder eine Überschreitung gegeben hat oder es ist sogar im Parlament gefragt worden. Kommen wir zu 317.02 Ehrengaben und Veranstaltungen. Hier geht es zum Beispiel um den Neujahrsapéro, an dem Du jedes Jahr auch teilnimmst, der auch ein bisschen etwas kostet, es geht um Sportlerehrungen, die wir ja jedes Jahr durchführen, es geht um Wein, den wir einkaufen, den wir aber nachher den anderen Sachen verrechnen, es geht um Jubiläen, Veranstaltungen diverser Natur, das Jahreskonzert der Stadtmusik, und sogar die Sankt-Sebastians-Feier ist hier eingerechnet. Das gibt halt die Fr. 150'000.— pauschal 2008. 2006: Alle Unterlagen liegen bei mir vor. Ich habe sogar 2007 bis 31. Oktober ausgedruckt. Ich kann Dir zur Beruhigung sagen: Wir können dort, so Gott will und im letzten

Vierteljahr nicht alles überbordnet ist – Du kannst mir glauben, dass nicht alles in meiner Hand ist – unter dem Budget abschliessen. Wir sind nämlich sehr heftig auf diesen Posten, dass diese nicht überschritten werden. 012.319.01: Hier sage ich gar nichts. Das kannst Du alles nachlesen, Beilage zum Budget, Seite 11. Jeder einzelne Betrag von Fr. 39'100.— ist dort deklariert. 012.365.00 ist der Dispositionskredit des Stadtrates, der sich in insgesamt drei Teile teilt, in einen kulturellen, sportlichen und andere Beiträge. Dass er so viel höher ist als in den Vorjahren – auch 2007 ist er relativ hoch gewesen, wie Du ja gesehen hast – hängt unter anderem mit der Tour de Suisse zusammen, als wir Etappenort gewesen sind. In diesem Jahr haben wir die Euro 08. Ich diskutiere jetzt nicht über den Antrag, wo wir klar transparent Fr. 200'000.— als Beitrag der Stadt Olten für diesen Anlass ausgewiesen haben. Diesen Anlass führt nicht die Stadt Olten durch. Das ist unser Beitrag, der auch nur dann abgeholt wird, wenn alles Übrige im Zusammenhang mit diesem Migros-Public-Viewing-Event stimmt. Nicht Public Viewing wie Solothurn und Aarau, wo es um 6'000 Leute pro Abend geht, wo eine Grossbank das Sponsoring macht, wo sich diese Städte aber dumm und dämmlich zahlen, nebenbei gesagt. Es kommt nämlich jetzt alles hervor, was man sonst noch zahlen muss. Wir möchten eigentlich gerne den familiären, individuellen, intimeren Kreis pflegen, damit auch Du mit Deinen Kindern den Anlass in einer gewissen Sicherheit und Angenehmheit mit vielleicht 800 Zuschauern im Rahmen dieser Euro 08 besuchen kannst. Das ist nämlich auch der Sinn der Migros. Es wird ja hier im Moment etwas Polemik gemacht, wer hier wen konkurrenziert. Deshalb habe ich das Wort Migros-Public-Viewing gebraucht. Im Dispositionskredit Stadtrat 365 sind kulturelle Anlässe – das gibt es im Laufe des Jahres immer wieder – von Fr. 40'000.—, sportliche Anlässe von Fr. 20'000.—, andere Beiträge von Fr. 55'000.—, die kommen könnten, enthalten. Im Januar 2008 haben wir – nicht im Dezember 2007, deshalb sparen wir dieses Geld schon – den Coop-City-Langlauf-Spring, der mit Fr. 30'000.— veranschlagt wird und im Übrigen jedes Jahr auf den Punkt hat eingehalten werden können. Alles ist immer bezahlt worden, ohne jegliche Überschreitung und eben die Euro 08 mit Fr. 200'000.—. Ich hoffe, ich sei ausführlich genug gewesen, Rolf. Alle anderen Details zu einzelnen Posten kannst Du bei mir abholen.

Christian Wüthrich: Ich möchte etwas für das Protokoll hinterlegen. Wir haben in der GPK eine Fragestunde, wir haben eine ganztägige GPK. Ich stelle auch fest, dass die Unterlagen frühzeitig bei uns angekommen sind. Wir haben Fraktionssitzungen, einige zwei Abende. Wir haben vorfraktionelle Sitzungen, wo sich die Leute engagieren. Dass Rolf Sommer zu keiner Fraktion mehr gehört, dafür können wir nichts. Aber ich denke, das System, das wir jetzt fahren, mit diesem Aufwand, ist für alle anderen 45, wenn ich richtig gezählt habe, relativ mühsam. Ich darf und ich will niemandem das Wort verbieten, aber ich möchte dies einfach zu Protokoll geben. Hier fahren wir in eine Art hinein, die unschön ist.

Parlamentspräsidentin Iris Schelbert: Rolf Sommer, Du hast zu Konto 012 einen Antrag. Möchtest Du diesen stellen?

Rolf Sommer: Ich habe einen Antrag zu 012.436.01. Welchen meinst Du?

Parlamentspräsidentin Iris Schelbert: Der erste Antrag, den Du betreffend Entschädigung für Nebenmandate hast, ist nicht antragswürdig. Da müsstest Du einen Vorstoss machen.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Hier muss ich schon etwas sagen, lieber Rolf Sommer. Ich muss Dir einmal ein Angebot unter vier Augen machen. All diese Sachen, die hier immer im Raum stehen, die dann nachher als Männerfeindschaft in den Medien abgehandelt werden, könnte man – ich lade Dich gerne ein – in einem halben Tag klären. Dann würde ich Dir nämlich noch die Augen öffnen. Das sogenannte Verwaltungsratsmandat sbo des Stadtpräsidenten ist seit 2006 mit Fr. 12'000.— als Rückerstattung im Budget enthalten. Das steht auch heute wieder darin. 2006 haben wir es schon erhalten, 2007 und 2008 erhalten wir es auch wieder. Einfach, damit wir uns verstehen. Es ist schlicht nicht wahr, was hier steht. Der Antrag ist in diesem Sinne obsolet. Zum Reglement, das auch ein Thema ist: Wir haben eine

Mitteilung: Wir haben das allererste Mal seit vielen Jahren 2008 wieder den Vollbestand in der Feuerwehr. Das bedingt natürlich auch Anschaffungen von zusätzlichen Kleidern.

Rolf Sommer: Doris, ich danke Dir für diese Informationen. Aber das könnte man ja auf der rechten Seite hinschreiben. Man hat ja genügend Platz gehabt für solche Sachen. Wenn Fr. 44'000.— nur die Helme von den Sicherheitsanforderungen kosten, könnten man dies daneben hinschreiben, nicht nur Dienstkleider Fr. 84'000.—. Es ist mir als etwas viel erschienen. Ich ziehe den Antrag zurück.

Seite 8, 161: AZ Gheid, Zivilschutz (Spezialfinanzierung)/162: Kantine AZ Gheid (Spezialfinanzierung)

Rolf Sommer: Zum AZ Gheid hätte ich einige Fragen. Man hat hier eine Summe von Fr. 260'000.—. Soviel mir bekannt ist, möchte die Securitas auf ungefähr anfangs Herbst dort einziehen. Ist das abgeklärt? Ist es ein Jahresbetrag oder nur drei Viertel Jahre? Was läuft hier eigentlich genau?

Stadträtin Doris Rauber: Du hast ja die Frage gestellt: „Wann erfolgt die Übergabe an die Securitas AG?“ Ob überhaupt und wann kann ich im Moment nicht sagen. Das Budget basiert auf der Voraussetzung, weil ja der Vertrag des Kantons auf Ende 2008 gekündigt worden ist. Also ist dies ein Budget, das über das ganze Jahr 2008 gerechnet ist. Selbstverständlich, wenn dies eine kürzere Zeit wäre, wird sich dies entsprechend verändern. Die Ausbildung des Zivilschutzes wird ja dann ab 2009 in Balsthal sein. Die Securitas hat grosses Interesse am AZ Gheid, und der Stadtrat möchte die Securitas ja auch gerne in Olten behalten und im AZ Gheid ansiedeln. Wir wissen auch, dass die Securitas das Haus wegen der ERO verlassen muss. Das ist bekannt. Hier laufen jetzt auf Hochtouren Verhandlungen mit dem Kanton, dem Amt für Militär und Bevölkerungsschutz und der Stadtverwaltung, wie man hier mit dem Einzug der Securitas eine Lösung finden.

Seite 13, 295.317.01: Beiträge an Veranstaltungen

Theo Schöni: Ich habe eine kleine Anfrage zu den Fr. 7'500.— im Gegensatz zu den übrigen Veranstaltungen. Offenbar hat das Präventionsprojekt doch ein gewisses Gewicht.

Parlamentspräsidentin Iris Schelbert: Wir haben es auf dem Fragekatalog erhalten. Auf der rechten Seite ist die Erklärung bei 295.317.01, wie sich dieser Betrag zusammen setzt. Ich glaube, die Frage ist zu diesen Fr. 7'500.—.

Stadtrat Dr. Martin Wey: Theo hat richtig festgestellt, dass es Fr. 7'500.— sind. Euch erscheint dies relativ bescheiden. Es ist so, dass bei diesen Fr. 7'500.— die bisherigen Präventionsprojekte Aids und Aufklärung sind, dass wir aber unter der Position übrige Veranstaltungen diejenigen Projekte, die erst in der Planung sind und wo wir nicht wissen, wieviel sie kosten, ob sie konkretisiert werden können, nachher über diesen Posten finanzieren. Die Erfahrung zeigt auch in vergangenen Jahren, dass wir eigentlich immer über die Fr. 7'500.— gewesen sind. Sie sind einfach jetzt im Moment, Stand heute, konkretisiert und ausweisbar.

Seite 18, 313: Stadttheater/Kultur

Rolf Sommer: Bei der Stadttheater AG ist die Stadt Olten der Hauptaktionär. Wir haben ja die sbo im Vergleich. Dort erhalten wir jedes Jahr die Rechnung zur Kenntnisnahme. Ist dies hier auch möglich? Es geht um die Sportpark AG und die Stadttheater AG, dass wir die Rechnungen zur Kenntnisnahme erhalten, denn die Stadt Olten ist Hauptaktionär. Bei der sbo ist dies ähnlich, vermutlich rechtlich nicht ganz gleich, aber ähnlich. Könnten wir diese Rechnungen auch einsehen?

Stadträtin Doris Rauber: Beim Verkehrsdienst der Euro geht es ja um die Drittleistungen von Securitas. Das betrifft nicht das Public Viewing - was innerhalb der Arena ist, ist nämlich im Betrag, von dem wir vorher gesprochen haben, von diesen Fr. 200'000.— - sondern hier geht es um den Verkehrsdienst ausserhalb der Arena auf dem öffentlichen Grund, wo ja dann eben die Polizei zuständig ist. Wenn Ihr Euch an die Weltmeisterschaft 2006 erinnert, haben wir ja dort gewisse Sicherheitsmängel gehabt, für die einen Mängel, für die anderen nicht, zum Beispiel mit diesen Autocorsos, die zum Teil fraglich gewesen sind. Deshalb ist es klar, dass das Sicherheitskonzept und das Verkehrskonzept auch zusammen mit der Polizei Kanton Solothurn ausgearbeitet wird. Im Sicherheitsverkehrskonzept ist zum Teil auch der Zivilschutz involviert. Die Kosten dieser Fr. 90'000.— sind eher tief gehalten. Es ist klar: Wenn man es nicht braucht, gibt man es nicht aus. Aber es ist also eher tief gehalten. Bei einer normalen Sicherheitslage sollte das Budget dann reichen. Nach Kompetenzvereinbarung mit dem Kanton gilt ja, dass bei unfriedlichen Anlässen dann die Polizei Kanton Solothurn zuständig ist. In dieser Arbeitsgruppe Euro 08 ist ganz klar selbstverständlich sowohl die Stadtpolizei wie auch die Polizei Kanton Solothurn vertreten. Beim Mehraufwand für Abgeltungen von Überstunden kann man natürlich im Moment überhaupt noch nicht abschätzen, in welcher Grössenordnung dies ist. Das ist ganz abhängig je nach Verlauf der Euro 08. Diese Stunden sind dann nicht in diesem Sinne Überstunden, sondern müssen nachher dann wieder kompensiert werden. Mehr kann man im Moment noch nicht sagen. Hier hat es noch viele Fragezeichen im Moment. Wir hoffen natürlich alle auf eine friedliche Euro 08. Ich sage gleich noch etwas zu Rolf Sommer. Er beantragt ja die Streichung dieses Betrags, dieser Fr. 90'000.— Verkehrsdienst. Ich bitte Euch im Namen des Stadtrates, den Antrag abzulehnen. Ich weiss nämlich nicht, wie wir die Euro im Sinne des Verkehrsdienstes und der Sicherheit ohne dieses Geld durchführen wollen.

Rolf Sommer: Das Parlament hat ja vorher die Fr. 200'000.— beschlossen. Irgend eine Sicherheit muss jetzt vorhanden sein. Die Fr. 90'000.— sind für mich im Zusammenhang gewesen, weil es ja geheissen hat zur Euro 08. Vorher hat es auch Euro 08 geheissen. Der direkte Zusammenhang ist für mich durch das Wort Euro 08 gegangen. Wenn das Parlament beschlossen hat, dies für Fr. 200'000.— durchzuführen, muss man auch die Sicherheit garantieren können. Ich weiss, dass wir im Kantonsparlament eine halbe Million abgeschrieben haben. Ich ziehe meinen Antrag zurück.

Parlamentspräsidentin Iris Schelbert: Du stellst aber auf der gleichen Seite noch einen Antrag. Möchtest Du diesen auch gleich vertreten?

Seite 6, 141.306.01: Uniformen

Rolf Sommer: Das ist nicht gegen die Feuerwehr. Wenn ich die vorhergehenden Zahlen anschau, sind wir dort bei Fr. 32'000.—. Wenn ich die Feuerwehr anschau, hat sie in den letzten Jahren sehr viele und sehr schöne Kleider erhalten. Jedes Jahr Fr. 30'000.— könnte ich noch befürworten. Das sind Ersatz-Feuerwehrkleider. Aber hier scheint es mir einfach, wir haben wieder eine neue Uniform. Ich habe das Gefühl, wir kaufen alle paar Jahre wieder eine neue Uniform, denn wir haben vor fünf oder sechs Jahren Uniformen gekauft. Wenn mich nicht alles täuscht, hat man neue Einkleidungen gemacht. Fr. 84'000.— für neue Uniformen erscheint mir wahnsinnig viel. Kann man mir Auskunft geben? Sonst stelle ich einen Antrag auf Streichung.

Stadträtin Doris Rauber: Rolf, ich gebe Dir diese Auskunft gerne. Es geht nicht um eine neue Uniform. Einerseits ist es Ersatz von Kleidern, der alljährlich nötig ist, wie Du dies vorher selber gesagt hast, und bei den Fr. 84'000.— sind zirka Fr. 44'000.— neue Helme für den Einsatz der Feuerwehr. Das geht um den neuesten Sicherheitsstandard, und über diesen Betrag lasse ich auch nicht diskutieren. Dieser Betrag hat natürlich dann auch Subventionen der Solothurnischen Gebäudeversicherung zur Folge. Dann geht es auch noch um den Ersatz von 15 Brandschutzjacken, die ungefähr Fr. 13'000.— kosten und eine erfreuliche

Reglementierung, wo in Artikel 14 eines entsprechenden Papiers klar geregelt ist, wie das Nebenbeschäftigungsverbot für den Stadtpräsidenten oder die Stadtpräsidentin, nicht Zingg oder Meier, Müller, sondern, die es je einmal machen werden, geregelt ist. Aber wir können gerne noch einmal darüber sprechen. Das ist alles schon geregelt. Die Rückerstattung von Fr. 12'000.—, 012.436.01, ist jetzt enthalten. Das ist das sbo-Verwaltungsratsmandat. Ich kann es nicht ändern.

Rolf Sommer: Ich werde dies überprüfen.

Parlamentspräsidentin Iris Schelbert: Wir bleiben weiter bei 012. Rolf Sommer stellt dort unter 012.365.00 einen Antrag, dass man die Fr. 200'000.— für die Euro 08 vom Kredit abziehen würde. Erhältst Du den Antrag aufrecht?

Mario Clematide: Beim aktuellen Formstand der Schweizer Nationalmannschaft sollte man diesen Antrag ablehnen. Aber es ist natürlich ein Witz. Es ist klar, dass man darauf hofft, dass die Nationalmannschaft besser wird. Dann wird dies im nächsten Jahr zu einem Event.

Beschluss

Mit 43 : 1 Stimme bei 3 Enthaltungen wird der Antrag von Rolf Sommer auf Streichung der Fr. 200'000.— bei 012.365.00 abgelehnt.

Seite 2, 023.318.01: Post- und Bankgebühren

Theo Schöni: Wie ich festgestellt habe, sind unsere Fragen auch alle verteilt worden. Ich möchte deshalb bitten, kurz eine Erklärung abzugeben. Die Gebührenerhöhung bei Einzahlungen am Postschalter, wie muss man dies verstehen? Geht hier jemand mit seinem Geldsäckchen zur Post und macht seine Einzahlungen? Die Steigerung von Fr. 76'000.— in der Rechnung 2006 auf Fr. 130'000.—, wie begründet man dies?

Stadtpräsident Ernst Zingg: Erstens geht es ja hier um eine Belastung der Stadt. Die Postgebühren, also die Einzahlungen, aber auch die Bankgebühren, es sind ja Post- und Bankgebühren, sind am 1. Januar 2007 stark gestiegen. Das ist eine Tatsache. Das Bareinzahlungsgeschäft, so interpretiere ich dies jetzt, ist grundsätzlich defizitär. Im Budget 2007 hat man diese Anpassung, die per 1. Januar 2007 in Kraft getreten ist, die erst im letzten Moment Ende Jahr 2006 beschlossen worden ist, nicht mehr berücksichtigen können. Deshalb gibt es jetzt auch eine relativ grosse Differenz. Aufgrund der bisherigen Belastungen für 2007 – jetzt haben wir eine Rechnung gemacht – ist einfach mit einer markanten Erhöhung zu rechnen. Aufgrund der aktuellen Schätzungen dürfte der Betrag aber etwa Fr. 10'000.— tiefer liegen. Das ist jetzt auch in den letzten zwei, drei Tagen eine Schätzung gewesen. Wesentlich beeinflusst wird der Betrag von den Einzahlungen am Postschalter und der Betragsstufen, die hier stattfinden. Das ist einfach die formelle Erklärung. Wenn Du dies jetzt tiefer wissen möchtest, müsste Peter Kohler noch etwas über den Mechanismus sagen.

Seite 6, 110.318.02: Dienstleistungen Dritte

Theo Schöni: Es geht noch einmal um die Euro 08 und zwar diesmal um den Verkehrsdienst, der bei der Stadtpolizei ausgewiesen worden ist. Dort hätten wir einfach die vier Fragen, die im Raum stehen. Wer leistet den Verkehrsdienst? Dritte? Die Gewährleistung der Sicherheit ist bei uns eine wichtige Frage. Dann die Fragen 3 und 4: Was passiert, wenn die Kantonspolizei, möglicherweise auch nach Bern, Zürich oder weiss ich wo abkommandiert wird? Hat man hier noch eine Unterstützung der Stadtpolizei oder läuft man hier irgendwo in einen grossen Tumult hinein? Wenn es Mehrstunden gibt bei der Polizei, wie wird dies vergütet?

Stadtpräsident Ernst Zingg: Es ist tatsächlich ähnlich, aber eben nicht gleich. Wesentlich ist, dass die sbo eine öffentlich-rechtliche Unternehmung der Einwohnergemeinde Olten sind, dies nach Gemeindeordnung Artikel 75. Hier ist ganz klar das Parlament die budget- bzw. rechnungsgenehmigende Behörde und der Stadtrat die Exekutive. Das ist auch 100 % Stadt Olten. Wir sind die Mutter der Tochter. Bei den Aktiengesellschaften ist es etwas anders. Das sind privatrechtliche Gebilde mit öffentlich-rechtlicher Beteiligung der Einwohnergemeinde. Beim Sportpark sind wir dann nur Teilaktionär. Es sind noch 14 Gemeinden dabei. Bei der Stadttheater Olten AG sind wir im Moment noch alleinige Aktionärin. Aber hier gibt es auch Bestrebungen, andere Gemeinden bzw. auch Private in diese Aktiengesellschaft hinein zu nehmen, wie es eigentlich einmal in der ursprünglichen Begründung dieser Aktiengesellschaft, der beiden, genannt worden ist. Das Parlament ist nicht zuständig für die Genehmigung der Rechnung. Allerdings ist im letzten Jahr auf jedem Pult die Rechnung der Stadttheater Olten AG vorgelegen. Bei der Sportpark AG werden wir dafür sorgen, dass die Publizität ähnlich erfolgt. Aber das Parlament hat nichts dazu zu sagen. Über das Globalbudget, wenn man so will, also über das Budget mit dem Leistungsauftrag, ist die Stadt Olten beteiligt, aber es ist eine völlig selbständige Aktiengesellschaft.

Seite 22, 400: Spitex und Gesundheitsförderung

Christian Wüthrich: Keine Frage, aber vielleicht eine Bitte an den Stadtrat betreffend Rubrik 400. Mit dem neuen Finanzausgleich kommt der Beitrag an den Spitexverein, wo übrigens auf der anderen Seite alles sauber erklärt ist, auf eine Höhe von knapp 1 Million Franken. Ich bitte den Stadtrat zu prüfen, ob mit einer Zahlung von regelmässig 1 Million und mehr Franken das Gebilde Verein, so wie er geführt und gehandelt wird – ich rede nicht von der Qualität, ich rede vom Gebilde – heute noch zeitgemäss ist für eine öffentlich-rechtliche Körperschaft für eine Gemeinde 1 Million oder ob der Stadtrat vielleicht zu gegebener Zeit einmal informieren müsste, dass man dieses Gebilde, zwar den Verein von der operativen Tätigkeit laufen lässt, aber einen anderen Mechanismus hinein nimmt, weil mir der Betrag von 1 Million an einen Verein relativ hoch erscheint, vor allem, wenn hier noch so viele zweckgebundene Mittel laufen.

Stadtrat Peter Schafer: Gute Frage, kurze Antwort. Das ist bereits einmal geprüft worden, allerdings einfach nur auf ganz tiefer Ebene. Aber wir machen uns tatsächlich Gedanken in diese Richtung.

Seite 21, 356: Jugendkulturhaus Färbi

Rudolf Lutz: Ich habe hier eine Frage an den Stadtrat. Wir haben hier wieder einen Aufwand von rund Fr. 200'000.—, haben aber nachher in der Investition die gewissen Abklärungen der Färbi wegen eines neuen Standorts, weil wir ja wissen, dass die Färbi eigentlich deutsch gesagt am Verlottern ist. Meine Frage ist jetzt, ob es die ganzen Aufwendungen hier noch braucht, dass man in diesem Jahr überhaupt noch soviel investieren muss. Die zweite Frage ist, ob es nicht eine Möglichkeit gibt – wir haben im Investitionsantrag nachher auch noch das Problem mit der Trendsportanlage – dass man einmal versucht, die beiden Sachen zusammen zu nehmen und der Stadtrat dies klären würde, ob man nicht einen Standort für beide Sachen finden würde.

Stadtrat Dr. Martin Wey: Vielleicht zwei Sachen: Eines ist der Betriebsbeitrag, der jetzt zum Beispiel bei der Färbi ausfällt. Das ist der grösste Brocken. Diesen wird es auch weiterhin brauchen, ob die Färbi dort durchgeführt wird, wo sie jetzt ist, oder an einem neuen Standort. Das ist der Betrieb als solcher. Das andere: Die Trendsportanlage hat bislang auch einen Betriebskostenbeitrag vom Stadtrat erhalten. Das ist bis jetzt über einen Fonds finanziert worden. Neu wird dies auch über das Budget über die laufende Rechnung gemacht. Das ist der Teil Betriebskosten. Das andere ist der Standort. Hier sind jetzt Abklärungen im Gang, wo die Trendsportanlage sein soll und wo sich die Färbi etablieren soll. Hier gibt es ver-

schiedene Varianten. Wir werden von der Direktion Bildung und Sport dem Stadtrat, was die Trendsportanlage anbelangt, zwei Varianten unterbreiten. Man wird dann noch in diesem Jahr entscheiden, auf welche Variante man geht. Das andere ist bei der Färbi, wo man jetzt tatsächlich drei Gebäude in einer engeren Auswahl hat und im nächsten Jahr die entsprechenden Planungen vorantreiben wird, damit die Hülle erstellt werden kann. Es sind also zwei Bereiche, und der Betriebsbeitrag bei der Färbi selber sind die Fr. 165'000.—. Diese wird es so oder so brauchen.

Rudolf Lutz: Der Betriebsaufwand ist mir jetzt klar. Aber ich stelle jetzt gleichwohl einen Antrag, dass die Stadt abklärt, ob man Trendsportanlage und das Kulturzentrum, ob es dann noch Färbi oder wie es auch immer heissen wird, ob man diese zwei Sachen nicht in ein Gebäude hinein bringt, so, dass man sie nachher vielleicht auch mit weniger Kosten vom Aufwand her betreiben kann.

Stadtrat Dr. Martin Wey: Das ist bereits in Abklärung, und auch die Variante wird geprüft, dass es in Zukunft einen gemeinsamen Standort geben könnte.

Rudolf Lutz: Dann bin ich mit der Antwort zufrieden.

Seite 32, 830.365.01: Kommunale Werbung, Tourismus, Betriebsbeitrag/841, Wirtschaftsförderung

Rolf Sommer: Dies ist auch wieder ähnlich, gehört fast zusammen. Ich möchte einmal etwas Effizienz sehen, was dies überhaupt gebracht hat und was es bringt, einen Rechenschaftsbericht dieser zwei Institutionen. Wir stellen hier Beiträge aus und auch noch erkleckliche Summen. Was ist die Effizienz davon für die Wirtschaftsförderung? Welche neuen Unternehmen haben wir ansiedeln können oder was auch immer? Es interessiert mich, was dies überhaupt bringt, die Effizienz des Ganzen.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Du möchtest einfach Berichterstattung. Das hat jetzt nichts mit dem Budget zu tun. Zwei Sachen: Ich muss es einfach trotzdem loswerden. Es gibt für beide Gebilde einen Leistungsauftrag. Region Olten Tourismus. Der ehemalige Präsident, der den Leistungsauftrag mit der Stadt unterzeichnet hat, sitzt hier. Es ist Rolf Schmid. Er hat sogar den Bericht – es ist sehr wesentlich, dass man dies sagt – in der Verwaltungsrechnung 2006 über Region Olten Tourismus selber gemacht. Das verlangen wir auch. Das gilt genau gleich für die Wirtschaftsförderung, wo auch ein Leistungsauftrag besteht. Ebenso ist eine Berichterstattung in der Verwaltungsrechnung. Wenn dies nicht reicht, kann man problemlos die gesamte Abrechnung zahlenmässig, wie aber auch den gesamten Bericht von beiden Institutionen einsehen. Das ist ein solches Gebilde allein für die Wirtschaftsförderung, auch welche Projekte sie sonst noch macht im Laufe des Jahres. Die Schwierigkeit ist, die Wirtschaftsförderung zu erklären. Wir haben gestern Abend Vorstandssitzung bei der Wirtschaftsförderung gehabt. Der Kanton ist am Tisch, die Trägerschaft ist: Regionalverein, Region Olten Tourismus, Industrie- und Handelsverein und die Stadt. Wir haben zur Kenntnis genommen, dass auf dem Platz Olten im letzten Monat zwei Unternehmungen, die wir sehr schätzen und die sehr wichtige Arbeitsplätze zur Verfügung stellen und wo wir auch Steuersubstrate generieren können, in gewissen Schwierigkeiten gewesen sind, wo man ihnen im Bankbereich geholfen hat, aber auch im fiskalischen Bereich. Diese Namen können wir nicht nennen. Das ist eine Desavouierung und eine Kreditschädigung. Hier gibt es eine Art Amtsgeheimnis. Wir haben dies zur Kenntnis nehmen müssen. Silvia Forster ist von der Stadt her auch im Vorstand, ganz bewusst, weil ich der Präsident der Wirtschaftsförderung bin, damit die Stadt vertreten ist. Wir erleben immer wieder in den Reportings – wir haben ja fünf bis sechs Sitzungen pro Jahr – dass unglaublich viel passiert, das wir einfach nicht sagen dürfen. Nimm es zur Kenntnis. Man darf problemlos zu Urs Blaser und Therese Vögeli, dies anschauen gehen, was hier im Laufe des Jahres in der Stadt, aber auch in der gesamten Region, weil die Region ja auch bezahlt, passiert ist. Der Kanton hat seinerseits auch einen Leistungsauf-

trag mit der Wirtschaftsförderung über Arbeiten, die im Namen des Kantons gemacht werden. Bei Region Olten Tourismus ist jetzt das Präsidium von Rolf Schmid an Thomas Heilmann übergegangen. Hier wird im Moment eine neue Strategie für die nächsten Jahre ausgearbeitet, die auch auf den gesamten Tourismusbereich im Mittelland passt. Der Kanton Solothurn hat sich ja ein wenig vom Tourismus verabschiedet. Auch hier kann man problemlos Auskunft erhalten. Aber es würde jetzt einfach zu weit führen, wenn ich Dir dies vorlesen müsste. Die Berichterstattung, die das Parlament erhält, ist immer in der Verwaltungsrechnung, relativ ausführlich, rund vier Seiten, allein dies.

Christian Wüthrich: Ich stelle den Antrag, das Traktandum „Budget 08“ fertig zu beraten.

Beschluss

Mit 39 : 7 Stimmen bei 1 Enthaltung wird dem Ordnungsantrag von Christian Wüthrich zugestimmt.

Investitionsrechnung

Seite 40, 293.503.22: Hübeli: Renovation Pavillon

Thomas Marbet: Ich finde es eigentlich eine sehr gute Sache, dass man den Pavillon herichtet. Es ist auch eine prominente Lage vis-à-vis des Stadthauses. Ich frage mich allerdings, ob man dies vielleicht noch ein bisschen ausdehnen müsste. Wenn ich mich richtig erinnere, war dies einmal als Provisorium für eine Landesausstellung gedacht. Ich glaube, es nicht die letzte gewesen, die Expo, sondern noch in die Sechziger Jahre zurück gehend. Ich möchte nur mit auf den Weg geben – ich stelle keinen Antrag – dass man sich überlegt, ob man aus diesem Pavillon vielleicht doch noch etwas mehr machen könnte. Er ist im Moment einstöckig, und es ist dort für die Klassen des Hübelschulhauses zum Werken relativ beengt. Ich möchte anregen, dass man sich dies in der Verwaltung, im Stadtrat, überlegt, dies vielleicht mit geringem Mehraufwand auch ausweiten, allenfalls doppelstöckig machen kann. Vielleicht kann auch ein gedeckter Raum für Nassarbeiten, die es im Werken manchmal auch gibt, die man nicht so gut im Innenteil, im Holzbereich erledigen kann, geschaffen werden. Möglicherweise lässt sich die prominente Lage auch für Kombinationen, zum Beispiel mit einem Abstimmungslokal, nützen, das sich ja heute im Hübelschulhaus im Werkraum befindet, weil es ebenerdig ist. Es ist für die Werkklassen, Kinder, aber auch für die Lehrerinnen und Lehrer sehr mühsam, wenn sie die ganzen Werkarbeiten immer wegräumen und nachher wieder hervor räumen müssen. Dies als Anregung, einmal zum Überlegen, ob man dies dort vielleicht sinnvoller investieren kann, vielleicht etwas mehr investieren, aber dafür einen Bau machen, der für die Stadt selber auch interessant ist.

Seite 40, 293.503.50: Musikschule: Fassadenrenovation

Urs Knapp: Wir möchten den Antrag stellen, dies in diesem Jahr aus dem Budget zu streichen. Es geht nicht gegen die Musikschule. Es hat einen Hintergrund. Die Musikschule ist zur Disposition. Wir haben eine Schulraumplanung, wo immer auch wieder diskutiert wird, dass die Musikschule nicht mehr an diesem Ort ist. Gleichzeitig haben wir eine Parkhausplanung, wo eine mögliche Variante, die jetzt auch die Spezialkommission diskutiert hat, dass es eine Einfahrt quer oder fast quer durch den Garten der Musikschule gibt. Es ist möglich, dass die Stadt dieses Gebäude verkauft. Mit den vielen Unsicherheiten, die man jetzt hat, sind die Fr. 500'000.— einfach zum Fenster hinaus geworfenes Geld. Die Musikschule ist nicht auffällig. Wenn man sie jetzt noch zehn Jahre halten müsste, wäre es sicher sinnvoll zu renovieren, denn dann kann man den Unterhalt minimieren. Aber wir haben den Eindruck, dass wir in einem Jahr viel mehr wissen werden, ob wir die Musikschule in der Stadt wirklich noch brauchen wollen oder nicht. Wenn die Stadt das Gebäude nicht mehr braucht und ei-

nem Investor abgeben würde – das Gebäude ist nicht denkmalgeschützt – dann wird das Gebäude nach allen Auskünften, die wir erhalten haben, abgerissen. Dann gibt es dort irgend einen Neubau gemäss Zonenplan. Das heisst mit anderen Worten: Wenn dies passiert, kann man die Fassadenrenovation und auch die Investitionen ins Dach nicht kapitalisieren. Es kann passieren, dass wir im nächsten Jahr im Rahmen der Schulhausraumplanung zum Schluss kommen, dass wir die Musikschule an diesem Ort nicht mehr brauchen. Wir werden dies dann in zwei, in drei Jahren verkaufen. Dann können wir die Fr. 500'000.— einfach abschreiben. Wir werden sie nie mehr erhalten. Wir hoffen daher, dass man sagt, die Renovation ist schon ein paar Mal verschoben worden, das ist uns bekannt, aber das ist Vergangenheit. In einem Jahr wissen wir sicher mehr. Das gibt auch etwas Druck auf die Schulraumplanung. Dann wissen wir, ob wir das Gebäude noch brauchen. Dann wissen wir, ob die Musikschule dort bleiben wird. Dann kann man auch sagen: Okay, dann kann man dort auch sauber renovieren. Von daher unser Antrag, dies in diesem Jahr aus dem Budget zu streichen und je nachdem, wie es dann aussieht, im nächsten Jahr wieder aufzunehmen.

Stadtrat Dr. Martin Wey: Die Diskussion um die Schulraumplanung wird uns im nächsten Jahr fordern. Das ist richtig. Hier sind verschiedene Überlegungen miteinzubeziehen. Wie entwickeln sich die Schülerzahlen? Wohin wandern sie? Sind sie plötzlich im Kleinholz, was wir annehmen, was auch den Druck erhöht, dass man dort oben ein Schulhaus baut? Natürlich auch klar ist, dass, selbst wenn wir und wir hoffen, dass wir im nächsten Jahr zu einer Erkenntnis kommen, dies noch lange nicht heisst, dass wir das Schulhaus gebaut haben. Wir gehen auch von der Planung mittelfristig davon aus, dass wir in diesem Gebiet, das heisst in diesem Schulhaus, Musikschulunterricht führen werden. Die Frage ist einfach: Will man jetzt sagen zehn Jahre lang: Dann macht man es, fünf Jahre lang: Dann macht man es nicht. Ich kann Euch sagen: Wir werden sicher nicht in fünf Jahren schon irgend ein neues Schulhaus gebaut haben, wo man nachher Auslagerungen machen kann, wie hier im Zusammenhang mit dem Hübelischulhaus auch schon diskutiert worden ist. Das sind alles Optionen. Eine Option ist auch, dass man dies zum Beispiel auf dem Gebiet der Musikschule noch verdichtet und eine Zentralisierung macht, allenfalls von Gebäuden, die jetzt bei der ERO und beim Knoten bei der Rötz matt im Wege sind. Ich möchte einfach sagen, das Schulhaus bzw. die Musikschule wird mittelfristig dort sicher noch gebraucht. Wenn Du sagst, fünf Jahre sind zuwenig, die Aussage, die ich mache, ist dies eine Meinung, die man haben kann. Aber sicher werden wir dort nicht schon in zwei oder drei Jahren weggehen und ein neues Schulhaus oder einen Musikschulraum beziehen. Das kann man sicher sagen.

Urs Knapp: Eine Bemerkung. Ich danke Martin für die Klärung. Es ist einfach klar: Wenn wir jetzt die Fr. 500'000.— sprechen, ist dies auch ein Präjudiz für die Schulraumplanung. Man muss sich auch bewusst sein, dass, wenn wir jetzt hier Geld investieren, wir ein gewisses Präjudiz für die Schulraumplanung machen. Wenn wir dies wollen – wir brauchen eine Musikschule, das ist klar – aber wenn wir wirklich die Freiheit in der Schulraumplanung haben wollen, dürfen wir diese halbe Million jetzt nicht investieren.

Roland Rudolf von Rohr: Diese Frage ist ja schon in der GPK gestellt worden, und ich habe sehr viele Sympathien dafür. Das spricht ja eigentlich alles dafür, dies nicht zu machen. Aber eine wesentliche Begründung ist ja dort von Adrian Balz gekommen, der gesagt hat, wenn wir es jetzt nicht machen, wird es teuer und gibt Schäden, wo insgesamt alles teurer kommt. Wenn dies so ist, müssen wir es gleichwohl jetzt machen, weil wir diese Sache noch fünf Jahre brauchen werden. Die Parkhauszufahrt dort ist schon ziemlich in den Hintergrund gerückt. Es wäre höchstens wegen der Schulplanung. Seine Argumente stimmen zum grossen Teil. Aber ich möchte von der Stadträtin oder von Adrian hören, wie weit es zu verantworten ist, dies noch ein Jahr hinaus zu schieben.

Stadträtin Silvia Forster: Wir haben es in das Budget aufgenommen, weil wir der Meinung sind, jetzt ist der Zeitpunkt, diesen Werterhalt zu machen, auch wenn man die Liegenschaft verkauft. Dieser Verkauf muss ja auch noch vom Parlament beschlossen werden. Das ist

auch nicht über die Bühne. Wir sind von der Voraussetzung ausgegangen, dass dort noch mindestens fünf Jahre Musikschule ist, und unter dieser Voraussetzung sind wir klar fachlich und politisch der Meinung, dass dieser Werterhalt jetzt gemacht werden soll. Selbstverständlich respektieren wir die Haltung des Parlaments. Wenn man der Meinung ist, dies soll nicht gemacht werden, muss man halt dann vielleicht einfach in ein paar Jahren, wenn man nicht verkauft, wenn man die Liegenschaft erhält, diese Mehrkosten in Kauf nehmen.

Dr. Arnold Uebelhart: Ich fahre ja dort auch viermal pro Tag vorbei. Ich finde, dass man beim Eingang hinten etwas machen muss, ist sicher. Teilweise fällt es herunter, und es wäre wirklich ein Bijou. Wenn Du etwas verkaufst, kannst Du es doch unter Umständen teurer verkaufen, wenn Du etwas in den Werterhalt investierst, als wenn es vergammelt. Ich bin nicht Wirtschaftsexperte. Aber das ist eigentlich logisch.

Mario Clematide: Jetzt forderst Du mich natürlich heraus. Ich weiss nicht, wie lange Du im Parlament bist. Ich habe es hier in dieser Stadt erlebt, dass man an bestimmten Strassen Häuser saniert hat und nach Auskunft des Finanzchefs per Unterwert verkauft hat. Das kann es ja auch nicht sein. Du hast noch etwas wegen des Verkaufs der Musikschule gesagt, dass dies vor das Parlament muss. Ist das richtig? Warum?

Stadträtin Silvia Forster: Es gibt gewisse Finanzkompetenzen, wenn man ein Haus verkaufen will.

Mario Clematide: Wenn ich Dich richtig verstanden habe, heisst dies, der Verkauf der Musikschule kommt vor das Parlament, und wir entscheiden darüber, ob und zu welchem Preis diese Musikschule verkauft wird.

Stadträtin Silvia Forster: Wenn es darum geht, dass man diese Liegenschaft tatsächlich verkaufen muss, müssen wir eine Schätzung machen. Ich gehe davon aus – ich sage dies jetzt einmal – in der heutigen Zusammensetzung wird der Stadtrat dieses Geschäft schon aus politischen Überlegungen vor das Parlament bringen.

Urs Knapp: Ich ziehe meinen Antrag zurück. Wir können dann diskutieren, wenn es zum Verkauf steht.

Seite 40, 293.503.22: Hübeli: Renovation Pavillon

Rudolf Lutz: Ich möchte noch einmal auf den Pavillon zurück kommen. Wir haben von Urs gehört, dass es gewisse Abklärungen wegen der Einfahrt des Parkhauses gibt. Dieser Pavillon steht jetzt genau auch an einem solchen Punkt, an dem diese Einfahrt eventuell einmal sein könnte. Ich würde hier gerne einen Antrag stellen. Es ist sicher nicht so tragisch, wenn man dies ein Jahr zurückstellt, bis man weiss und wirklich abgeklärt hat, ob die Einfahrt dort hin kommt oder nicht. Ich glaube nicht, dass dies nachher ein Gebäude ist, das man teuer verkaufen kann. Ich nehme an, wenn die Einfahrt dort hin kommt, wird es sowieso abgerissen.

Stadträtin Silvia Forster: Ich bitte jetzt einfach, dies nicht zu streichen. Es gibt folgendes Gegenargument: Es ist tatsächlich so, dass diese Kommission an der Arbeit ist. Es ist aber auch Fakt, dass das Geschäft des Parkhauses in einem Jahr vor dem Parlament behandelt werden muss. Also der Entscheid, ob die Einfahrt von diesem Pavillon tangiert ist oder eben umgekehrt der Pavillon die Einfahrt tangiert, weiss man im Frühling. Wir fangen ja nicht morgen und übermorgen dort zu bauen an. Wir müssen auch Rücksicht auf Schulzeiten nehmen. Ich bitte einfach, diesen Betrag zu belassen. Ich verspreche Euch aber, dass wir dies nicht anfassen werden, bevor wir ganz sicher sind, dass der Pavillon nicht vom Entscheid Zufahrt oder Wegfahrt Parkhaus tangiert ist.

Rudolf Lutz: Unter diesen Umständen und auf dieses Versprechen hin ziehe ich meinen Antrag zurück.

Seite 41, 314.503.06: Teilsanierung Gebäudehülle, diverse innere Sanierungen

Rolf Sommer: Ich habe Summen von über 3 Millionen Franken für die innere Sanierung und die Gebäudehülle gehört, die sehr verlässlich sind. Ich möchte hier gerne einmal wissen und dass man dies zurückstellt, wieviel die ganze Sanierung schätzungsweise kostet. Sind die 3 Millionen, die ich ganz sicher gehört habe, wahr und oder nicht? Denn immer nur ein bisschen sanieren, gegen die Salami-Prinzip-Sanierung. Es gibt gewisse Sachen, wo auch das Volk tangiert werden könnte etc. Es sind verschiedene Äusserungen gefallen.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Du überrascht mich wieder einmal. Ich weiss nichts davon und bin eigentlich Präsident der Aktiengesellschaft. Die Stadt Olten ist Eigentümerin der Liegenschaft. Aber es ist eine absolute Fantasiezahl. 3 Millionen im Stadttheater, das wir für 4 Millionen saniert haben. Meine Damen und Herren, das ist Seldwyla, Unsinn, absoluter Unsinn. Darf ich Adrian Balz bitten, etwas zu diesem Posten zu sagen.

Adrian Balz: Von den Fr. 500'000.— ist ein grosser Anteil an der Liftsanierung im Konzertsaal. Dieser Lift ist das Herzstück des ganzen Theater- und Konzertbetriebs. Wenn er nicht mehr hinauf und hinunter fährt, müssen wir den Theaterbetrieb schliessen. Das ist ein hydraulischer Lift. Dort gehen sämtliche Bänke und Tische hinauf und hinunter. Wenn dies nicht funktioniert, funktioniert der Betrieb des Stadttheaters nicht mehr. Ein zweiter Teil sind Fenstersanierungen auf der Rückseite. Ich bitte Euch, einmal in den Hinterhof hinunter zu gehen, wo jetzt das Gericht isoliert wird, und die Rückseite des Theaters und die Fenster anzuschauen. Dann sagt Ihr vermutlich: Wir erhöhen den Betrag noch um etwa Fr. 25'000.—, damit dann wirklich alles saniert ist.

Seite 42, 621.501.05: Reithalle: Abbruch, neue Parkplätze

Rolf Sommer: Fr. 450'000.— um eine Reithalle abzureissen und einen Parkplatz zu machen. Ich habe Fachleute vom Bau gefragt, und sie haben gesagt, das machen sie billiger. Mich überrascht eigentlich noch, dass man jetzt irgend etwas macht. Die Reithalle abbrechen und dort einmal eine Planie machen, dagegen habe ich nichts. Aber das kostet nicht Fr. 450'000.—, soviel ich vom Bauen noch weiss. Vielleicht sollten wir jetzt dann einmal in ein Gesamtkonzept kommen mit dem Parkplatz Munzinger oder was dann dort oben passiert. Es hat schon verschiedene Projekte gegeben dort unten und einmal ist auch ein Parkhaus vorgesehen gewesen. Es haben Entwürfe bestanden. Ich möchte das Ganze einmal zurückstellen, dass man die Reithalle nur abreisst und einen Parkplatz macht ohne Schnickschnack, nur ganz einfach und billig. Aber das kostet nie Fr. 450'000.—, auf gar keinen Fall. Dieser Kredit ist total überrissen. Entweder will man eine solche Luxusausführung oder ich weiss nicht was.

Stadträtin Silvia Forster: Es ist jeweils lustig, wenn man die Bauleute fragt. Ich habe auch schon Bauleute gehabt, die gesagt haben, es kostet nur so und so viel. Als ich nachher die Offerte erhalten habe, ist es doppelt so viel gewesen, weil man eben das Detail nicht gekannt hat. Wir haben diesen Betrag auf Kostenschätzungen ins Budget aufgenommen. Es ist für uns der Maximalbetrag. Wir machen dort unten keine Luxusvariante, aber wir sind klar der Meinung, es ist ein wichtiger Ort der Stadt Olten. Einfach abreissen und den Schotterplatz belassen, macht sich wahrscheinlich auch nicht so gut. Es gibt allenfalls auch noch die Möglichkeit, dass jemand die Halle selber noch kaufen und übernehmen würde. Dann würde sich dieser Betrag selbstverständlich reduzieren. Aber einfach so gemacht und nichts gedacht, Rolf Sommer, haben auch die Fachleute der Baudirektion nicht. Es ist auch abgestützt auf die Gespräche, die wir mit Bauunternehmern gehabt haben, die Abbruch- und Tiefbauarbeiten machen.

Theo Schöni: Rolf Sommer, Du hast verkannt, dass es an dieser Stelle einen guten Wasser- und einen guten Stromanschluss geben wird. Dann haben wir eine Riesenschilbi dort unten.

Beschluss

Mit 44 : 1 Stimme bei 2 Enthaltungen wird der Antrag von Rolf Sommer um Reduktion auf Fr. 200'000.— abgelehnt.

Seite 44, 790: Orts- und Regionalplanung

Theo Schöni: Ihr habt unseren Antrag auf dem Tisch. Ich habe hier auch bereits eine Antwort des Juristen bzw. des Finanzdepartementes erhalten, dass dieser Antrag so nicht gestellt werden kann, gestützt auf das Rechnungswesen und zwar, weil das Projekt in der Investitionsrechnung nicht vorgesehen ist. Ich habe den Antrag gestützt auf die Aussagen unserer Baudirektion gestellt, die seinerzeit bei der Beantwortung dieses Postulats gesagt hat: Wenn Ihr dort etwas wollt, macht einen Antrag zu Händen der Investitionsrechnung. Offenbar ist dies auch keine richtige Aussage gewesen, sonst wäre dies jetzt dort enthalten, weil die Planungshoheit und die Kompetenz liegen ganz klar beim Stadtrat und können nicht durch irgend eine Motion eingebracht werden. Wie es hier in der Antwort mit einem Vorstoss gemacht werden soll, kann ich dem Stadtrat einzig und allein sagen: Nehmt dieses Anliegen so auf, behandelt es im Sinne, wie es gestellt worden ist, weiter und bringt es im nächsten Jahr, so wie es sich gehört, in die Investitionsrechnung. Danke.

Seite 44, 790.501.18, Wegweisung Fussgänger/innen: Realisierung

Christian Wüthrich: Ich möchte Euch beliebt machen, dass man den Kredit bei diesem Geschäft nicht streicht, aber sperrt und mit einer separaten Vorlage ins Parlament bringen sollte. Für mich gibt es drei wichtige Punkte: Einer ist die sogenannte Stadtmöblierung, die wir vor längerer Zeit in Auftrag gegeben haben. Überparteilich sind wir eigentlich alle der Meinung gewesen, dass es dies braucht. Wir sind auch der Meinung gewesen, dass es ein wichtiger Punkt ist. Zweitens ist in der Beilage zur Investitionsrechnung sehr dünn beschrieben, was es geben sollte. Dadurch dass es wahrscheinlich das erste Geschäft der Stadtmöblierung ist würde ich es gerne mit einer separaten Vorlage im Parlament haben. Der dritte Punkt: Den Kredit nicht streichen, weil wir es als sehr sinnvoll und sehr nützlich erachten, dass dies jetzt endlich kommt.

Stadträtin Silvia Forster: Ich muss einfach ganz klar sagen, dass es Zuständigkeiten und Kompetenzen gibt, wenn es eine separate Vorlage braucht. Von daher sind wir der Meinung, es braucht dies nicht. Wenn es der Wunsch des Parlaments ist, bitte ich abzustimmen, und wir werden uns der Mehrheit fügen.

Beschluss

Mit 24 : 7 Stimmen bei 15 Enthaltungen wird dem Antrag von Christian Wüthrich, wonach 790.501.18 nicht gestrichen, aber dem Parlament in einer separaten Vorlage vorgestellt wird, zugestimmt.

Marcel Buck: Wenn man hier mit einer separaten Vorlage kommt, möchte ich beliebt machen, einen anderen Namen zu nehmen, statt Wegweisung „Wegweisung“. Das ist jetzt ein paar Mal diskutiert worden. Dies einfach als Anregung.

Stefan Nünlist: Ich möchte einen Antrag stellen: Fr. 100'000.—. Auf Seite 71 der Ausführungen habe ich mit Interesse gelesen, wofür dies ist. Zwar weil es offensichtlich einen Hochhaus-Boom gibt in diesem Lande, möchte auch die Stadt eine Gesamtplanung Hochhäuser in der Stadt machen. Wir haben jetzt eine Projektidee an einem Ort. Wir sind im Moment am Ende einer Ortsplanungsrevision. Ich finde, wenn es wirklich einen Hochhaus-Boom gibt, hätte man sich erstens in der Ortsplanungsrevision auf ordentlichem Wege damit auseinander setzen müssen. Zweitens haben wir drei Leute in der Stadtplanung, drei gemäss Stellenplan. Das finde ich relativ reichlich dotiert. Drittens haben wir vorher auf Seite 31 Fr. 161'000.— für Dienstleistungen, Honorare Stadtentwicklung bewilligt und Fr. 50'000.— für Dritaufträge bei Orts- und Regionalplanung. Ich finde, wir haben erstens genügend eigene Mittel. Wir haben drei vollamtliche Stadtplaner in der Stadtplanung, die dort arbeiten, zweitens über Fr. 200 Auftragsvolumen, wo man dies machen kann und drittens haben wir die Ortsplanungsrevision gemacht. Von daher finde ich es nicht in Ordnung, dass wir hier zusätzlich noch Fr. 100'000.— bewilligen, insbesondere weil der Stadtrat in diesem Jahr bereits Fr. 50'000.— für die Hochhausgeschichte bewilligt hat.

Stadträtin Silvia Forster: Dass man ja das Gefühl hat, die Leute in der Stadtverwaltung seien grundsätzlich etwas faul sind, das ist uns bekannt. Das muss nicht mehr dauernd wiederholt werden. Das wissen wir jetzt zur Genüge. Vielleicht noch zum Personal. Es ist begründet, weshalb wir der Meinung sind, dass wir hier externe Fachleute zuziehen wollen. Das ist nicht nur Idee der Stadtverwaltung gewesen, sondern es ist auch eng abgesprochen mit der Kommission für Stadtentwicklung und der Baukommission, weil es sich nach unseren Erfahrungen in der Vergangenheit gezeigt hat, dass, wenn man solche Bauvorhaben mit Gestaltungsplanung und Baubewilligungsverfahren durchziehen will, es nicht gut heraus kommt, dass es sehr viele Einsprachen, sehr viel Sand ins Getriebe gibt und man sich nachher von den Leuten, die jetzt Streichungsanträge stellen, in der Regel ab und zu sagen lassen muss, wir seien Verhinderer und würden nicht vorwärts machen. Von daher sind wir klar der Meinung gewesen, wir wollten dies offen legen und diesen Budgetposten aufnehmen. Man kann selbstverständlich sagen, wir sollen dies über den ordentlichen Kredit bezahlen. Wir sind für Transparenz gewesen. Wenn wir dies über den ordentlichen Kredit zahlen, läuft dann einfach gar nichts anderes mehr. Dann muss niemand mehr kommen im nächsten Jahr oder im Verlaufe des Jahres 2008, wir sollten noch etwas machen. Dann erhalten wir eine Rüge, dass wir wieder Nachtragskredite sprechen. Das ist etwa die Ausgangslage, die wir haben. Deshalb sind wir der Meinung gewesen, wir wollten offen und transparent sein und Fr. 100'000.— aufnehmen. Wir gehen davon aus, dass wir nicht das Ganze brauchen. Aber es ist halt jeweils relativ schwierig abzuschätzen, was es genau braucht, weil die Kommissionen ja manchmal auch noch Wünsche äussern. Von daher ist es schwierig, dies genau detailliert auf den Franken anzugeben. Ich bitte Sie, diesen Budgetposten nicht heraus zu streichen.

Rolf Schmid: Ich weiss nicht, ob diese Beantwortung jetzt nicht etwas über das Ziel hinaus geschossen hat. Ich glaube, es geht nicht darum, dass man dies nicht machen soll, sondern die Frage ist ja, weshalb man es nicht mit eigenen Ressourcen macht.

Stadträtin Silvia Forster: Wir haben mit den eigenen Ressourcen, mit den eigenen Leute, ohne Personalbestand zu machen, die ganze ERO abgewickelt, die uns der Kanton aufoktroiert hat, dass wir mindestens zwei Leute anstellen müssten. Wir haben niemanden angestellt. Wir haben auch nicht vermehrt Dritaufträge heraus gegeben. Wenn Sie sehen, welche Berichte und Anträge gemacht werden müssen. Rolf Schmid, Du bist einer gewesen, der gedrängt hat, dass man mit dem Parkhaus vorwärts macht. Das ist nicht einfach eine Arbeit, die man so mit links macht. Sonst frage bitte schön den Präsidenten dieser Kommission, der gleich hinter Dir sitzt. Ich finde es einfach etwas bemühend, und jetzt werde ich wütend und bin wütend, wenn man immer das Gefühl hat, wir hätten Personalressourcen bis zum Geht-

nicht-mehr in der Stadtverwaltung. Geht einmal in andere Städte schauen, welches Personal dort vorhanden ist. In der Stadtverwaltung Olten haben wir eine relativ kleine Personaldeckung gemessen am Output, den wir haben. Wir können es intern nicht machen. Erstens haben wir die Personalressourcen nicht und zweitens, wenn man es intern macht, sagt sicher ein Teil des Parlaments wieder: Das glauben wir nicht. Man hätte einen Externen fragen müssen. Man hat es mit den Kommissionen abgesprochen, und auch sie haben es richtig gefunden, dass man für diese Frage externe Beratung zuzieht.

Dr. Markus Ammann: Es bestätigt eigentlich mein früheres Votum an diesem Abend. Wir haben halt einfach schon ein Problem in der Stadt und zwar in der Stadtplanung und der Stadtentwicklung. Das ist weniger, dass diese Leute nichts arbeiten, sondern dass die Forderungen halt gross sind, auch in einer Kleinstadt mit 17'000 oder 17'500 Einwohnern. Wir merken halt einfach immer wieder, dass gewisse Sachen nicht gemacht worden sind, die im einer Ortsplanung hätten gemacht werden können. Das ist genau, was ich gesagt habe. Eigentlich, wenn man die Ressourcen und Mittel gehabt hätte, hätte man dies möglicherweise voraus sehen und im Rahmen der Ortsplanung auch erledigen können. Man hat es jetzt nicht gemacht. Jetzt hat man mit diesem Projekt einen Aufhänger gehabt. Jetzt finde ich es richtig, dass man dies aber flächendeckend für die Stadt abklärt, weil vielleicht dieser Standort, der jetzt gerade dort ist, nicht unbedingt der Richtige sein könnte. Von daher kann ich Silvia nur unterstützen. Ich erlebe es leider in meinem Berufsleben auch etwas so. Es kommen ständig Aufträge, Aufträge, Aufträge, und wenn man einmal den Finger erhebt und sagt: Moment, wir wissen nicht mehr genau, wer es machen soll, heisst es: Ihr müsst selber Prioritäten setzen. Das ist eine etwas seltsame Art von Führung. Leider nimmt sie in letzter Zeit etwas Überhand und scheinbar auch in der Stadt Olten.

Roland Rudolf von Rohr: Ich versuche, etwas sachliche Argumente hinein zu bringen, weil meiner Meinung nach die Reaktion von Frau Forster etwas hart gewesen ist. Aber ich bin gleichwohl überrascht, dass von Euch ein solcher Antrag kommt, denn ich denke, die Hochhausplanung ist doch etwas Wichtiges und die vorhandene Idee hat ja weit über die Grenzen Aufmerksamkeit für Olten gebracht. Wenn wir schon Investoren haben, die Interesse haben, sollte die Stadt doch auch in diese Richtung gehen. Ich glaube, Silvia hat Angst, dass nach dem Spruch „der Prophet im eigenen Lande gilt nichts“, gehandelt wird, hier müssen schon irgendwie grosse Koriphäen beigezogen werden, welche dies beurteilen, sonst glaubt es eben niemand. Ich glaube, dieses Geld ist hier für die Zukunft von Olten nicht schlecht investiert.

Andreas Schibli: Ich habe noch eine sachliche Frage. Zahlt der Initiant auch etwas an die Abklärung dieses Hochhauses?

Stadträtin Silvia Forster: Das hat man in der Stadtentwicklungskommission ebenfalls diskutiert. Sie ist in der Mehrheit und zusammen mit dem Stadtrat klar der Auffassung, dass wir dort nicht eine Beteiligung von jemandem, der direkt ein Interesse hat, wollen, um das Resultat eben nicht zu beeinflussen.

Rolf Sommer: Hier muss ich jetzt Silvia einmal recht geben, denn das ist ein sehr komplexes Thema, das mit dem Turm von 110 Metern, der hier geplant wird, angeschnitten wird. Ich befürworte diesen Kredit, denn man baut nicht jeden Tag ein 110 Meter hohes Haus in der Stadt Olten. Ich glaube, auch im Kanton Solothurn ist keines so hoch. Die Komplexität dieses Baus mit der Erschliessung, Energie usw. und allem, was damit zusammenhängt, muss abgeklärt werden. Welchen Gestaltungsplan brauchen wir? Müssen wir noch Rechte anpassen etc.? Das braucht einige Zeit und Fachleute, die schon so etwas gebaut und auch eine Ahnung davon haben. Deshalb unterstütze ich den Kredit von Fr. 100'000.—.

Stefan Nünlist: Zur Präzisierung: Silvia, ich habe nicht gesagt, es sind faule Leute in der Stadt. Ich weiss nicht, weshalb Ihr uns dies immer unterschiebt. Das ist eine Interpretation,

die gemacht wird. Ich habe einfach gesagt: Es hat nach meiner Ansicht genügend Ressourcen mit drei Stellen. Voilà, das habe ich gesagt. Alles andere ist nachher Interpretation. Zweitens haben wir im Moment ein Projekt, und ich finde es richtig, dass die Stadt dieses Projekt prüft. Aber hier steht nicht, dass man dieses Projekt prüfen soll. Hier steht: „Diese soll aufgrund einer eingehenden Stadtanalyse aufzeigen, welche Gebiete für die Realisierung von Hochhäusern in Frage kommen“. Man will also eine Gesamtplanung über das ganze Stadtgebiet machen um zu schauen, wenn nicht dort, wo kann man Hochhäuser bauen“? Das ist etwas, das man in der Ortsplanungsrevision hätte machen müssen, die jetzt zu Ende geht. Das hat man schlichtweg verlauert. Ich weiss auch nicht weshalb. Ehrlich gesagt habe ich hier einfach ein Problem damit.

Stadträtin Silvia Forster: Stefan Nünlist, es stimmt nicht, dass wir ein Projekt haben. Wir haben das Papier, das Euch allen auch bekannt ist. Wir haben kein Gesuch für einen Gestaltungsplan. Wir haben eine Anfrage gehabt. Es ist uns eine Idee unterbreitet worden. Wir haben zusammen mit Herrn Jung, um den Namen zu nennen, abgesprochen, wie man das weitere Vorgehen wählen möchte. Man hat gesagt, man möchte diese Frage einmal losgelöst von seinem Projekt, diskutieren. Das ist die Ausgangslage, und es nicht so, dass wir ein konkretes Projekt, eine Eingabe haben, sondern das Vorgehen ist abgesprochen, weil man ja vielleicht eben der Meinung ist, ein Hochhaus könnte auch noch an einem andern Ort sinnvoll sein. Um auf die Frage betreffend Ortsplanung zurück zu kommen: Als wir mit der Ortsplanrevision begonnen haben, die aus verschiedenen Gründen eine schleppende Geschichte ist – das gestehe ich zu – das aber nicht nur im Verschulden der Stadt Olten ist, hat niemand daran gedacht, dass in Olten einmal jemand ein 110 Meter hohes Haus bauen möchte. Man ist auch davon ausgegangen, dass Hochhäuser in der Stadt Olten, und aufgrund der Erfahrung von denjenigen Hochhäusern, die wir haben, kein Thema sein wird. Dass man dies heute anders anschauen kann, gestehe ich auch zu.

Heinz Eng: Eine Frage an Silvia Forster: Der Stadtrat hat am 10. September einen Kredit von Fr. 65'000.— für eine Hochhausstudie, auch in Zusammenarbeit mit der Kommission für Stadtentwicklung, gesprochen. Wie ist dies dann in diesem Zusammenhang? Kannst Du mir dies rasch klären?

Stadträtin Silvia Forster: Das kann ich sehr wohl erklären. Wir haben diese Anfrage erhalten bzw. die Papiere sind eingegangen, die Veranstaltungen haben stattgefunden. Dann wir im Stadtrat vor der Situation gestanden: Wollen wir jetzt einen Nachtragskredit sprechen und ermöglichen, dass man diese Arbeiten in Angriff nehmen kann oder wollen wir es ins Budget hinaus schieben? Wir haben gefunden, wir wollten im Sinne der Stadtentwicklung und eben auch im Sinne des Vorwärtsmachens den ersten Nachtragskredit sprechen und den Rest korrekt ins Budget aufnehmen.

Beschluss

Mit 34 : 6 Stimmen bei 7 Enthaltungen wird der Antrag von Stefan Nünlist, den Kredit von Fr. 100'000.— für die Entscheidungsgrundlagen Hochhaus zu streichen, abgelehnt.

Seite 46, 942.501.02, Kehrrechtdeponie Kleinholz: Altlastensanierung

Felix Wettstein: Vor anderthalb Monaten hat man noch nicht sagen können, wie der Kostenverteiler aussieht, das heisst, ob die Fr. 150'000.— tatsächlich für die Stadt anfallen. Es ist relativ viel. Ich verstehe, dass dies unter Investition läuft, obwohl natürlich bei Altlastensanierung das Wort Investition etwas am „Nacken zu kratzen“ gibt. Weiss man etwas Neues über die Fr. 150'000.—? Vor allem heisst der Kommentar in der Beilage „...erneut eine sanierungsbedürftige Altlast“. Kommt hier laufend noch mehr?

Stadträtin Silvia Forster: Jetzt nicht mehr. Aber es ist tatsächlich so gewesen, dass eine Deponie zum Vorschein gekommen ist, die unbekannt gewesen ist. Man hat aufgrund dessen jetzt das ganze Gebiet untersucht, auch in enger Zusammenarbeit mit dem Kanton. Ob der Betrag von Fr. 150'000.— reichen wird, können wir im Moment nicht sagen. Diese Verhandlungen sind nicht viel weiter. Es harzt.

Beilage zu... (Budget 08)

Keine Bemerkungen.

Beschlussesantrag

Nico Zila: Ist über Ziffer I. nicht erst mit der genauen Zahl, mit dem Ergebnis der laufenden Rechnung, wenn die Steuerfüsse bekannt sind, abzustimmen.

Parlamentspräsidentin Iris Schelbert: Ja, das ist wahr. Merci.

I./ 5. und I./6.

Parlamentspräsidentin Iris Schelbert: Wir haben einen Änderungsantrag der Geschäftsprüfungskommission, die den Steuerfuss für natürliche Personen um 6 Steuerpunkte auf 100 % der einfachen Staatssteuertarife und den Steuerfuss für juristische Personen um 8 Steuerpunkte auch auf 100 % der einfachen Staatssteuertarife senken möchte. Dann haben wir einen Antrag der Grünen/Jungalternativen Fraktion, die beide Steuerfüsse bei 104 % sehen möchte.

Zur Begründung:

Roland Rudolf von Rohr: Ich glaube, der grösste Teil ist gesagt worden. Die Begründung der GPK ist soweit klar gewesen. Es hat dort auch Opposition gegeben, wie es in diesem Rat auch geben wird. Ich glaube, die Karten sind jetzt auf dem Tisch. Ich habe auch beim Referat der CVP/EVP-Fraktion erwähnt, welche finanzpolitischen Auswirkungen dies auf den Eigenfinanzierungsgrad, die Pro-Kopf-Schulden oder sogar immer noch Pro-Kopf-Vermögen, das noch bei 20 Franken bleibt, hat. Ich glaube, die Karten sind auf dem Tisch. Wenn es noch Fragen dazu gibt, kann man diskutieren.

Felix Wettstein: Wir beantragen, bei den beiden Punkten 5 und 6 je 104 % und zwar mit folgender Begründung: Wir haben vor rund zwei Monaten den Investitions- und Finanzplan zur Kenntnis genommen. Dort ist der Satz für natürliche Personen bei 104 % und bei 103 % für juristische Personen angesetzt gewesen. Wir haben damals zur Kenntnis genommen, dass gemäss diesen Vorstellungen die juristischen Personen, die bis jetzt etwas höher liegen, quasi die natürlichen überholen und untertrumpfen würden. Das steht im Widerspruch zu den angekündigten Erklärungen, man wolle die beiden Sätze mittelfristig auf das gleiche Niveau bringen. Inzwischen sieht man, dass die Botschaft Gleichstand – das ist jetzt neu in der Vorlage, das haben wir gewollt – aber natürlich nicht auf dem tieferen, sondern moderater gesenkten Ansatz, eben auf 104 %. Wir sind der festen Überzeugung, dass, wenn man noch tiefer hinunter geht – der längerfristige Finanz- und Investitionsplan hat ja gezeigt, dass wir dort keine Spatzung haben und auf null hinaus gehen - wir uns in Abenteuer stürzen würden, wenn wir noch tiefer hinunter gehen würden, und zwar ganz besonders mit Blick auf den Eigenfinanzierungsgrad. Wir können uns damit einverstanden erklären, dass wir dieses längerfristige Ziel von 80 % kurzzeitig unterbieten, weil wir im nächsten Jahr Einmalinvestitionen in einer grossen Höhe haben. Jetzt kommt nicht nur der Vorschlag, sogar auf 103/103 hinunter zu gehen, sondern noch der Zusatzantrag auf 100/100, der in der Geschäftsprüfungskommission eine knappe Mehrheit gefunden hat. Das ist eine sehr abenteuerliche Politik. Wenn wir den Bogen etwas aufschlagen und uns ein wenig umsehen, erleben wir mo-

mentan eine weltweite Kreditkrise, die durch die Pokerspieler in den obersten Etagen der Schweizer Grossbanken und Versicherungen mit ausgelöst ist. Das wird mit Sicherheit auf die Steuererträge durchschlagen. Wir im Kanton Solothurn müssen nach der Volksabstimmung auch auf Gemeindeebene einen Rückgang der Steuereinnahmen um etwa 5 bis 6 % verkraften. Jetzt kommt dieser Zusatzantrag, der offensichtlich von der Magie der Zahl 100 geblendet ist. Er findet – so ist es wirklich gewesen – aus dem Bauch heraus in der Geschäftsprüfungskommission eine 5 : 4-Mehrheit, entgegen allen Sachargumenten der anwesenden städtischen Finanzfachleute. Wir finden dies schlicht verantwortungslos.

Dr. Markus Ammann: Ich möchte gleichwohl noch eine Bemerkung zur beantragten Steuerfusssenkung machen. Wir haben vor kurzem über einen Finanz- und Investitionsplan diskutiert, haben dies alles zur Kenntnis genommen und gesagt: Jawohl, das ist der Weg, den wir gehen können, mit den entsprechenden Zahlen dazu. Alle haben eigentlich genickt dazu. Es ist kein wesentlicher Änderungsantrag oder Vorschlag gekommen, was man ändern müsste. Es ist ja nur eine Kenntnisnahme gewesen. Wir haben jetzt ein Budget durchdiskutiert. Wir haben eigentlich keine wesentliche Änderungen an diesem Budget gemacht. Das deutet eigentlich auch darauf hin, dass es wahrscheinlich richtig gewesen ist und die Stadt gut gearbeitet hat. Roland Rudolf von Rohr hat für mich noch nie so klar kann man sagen, man könnte auch sagen unverfroren gesagt, was eigentlich gedacht wird. Wir senken jetzt die Steuern und wollen schauen, wie viel noch aus dieser Stadt bzw. der Stadtverwaltung heraus zu pressen ist. So ziemlich genau, ein bisschen verschärft habe ich es jetzt gesagt. Aber so ziemlich genau hat man dies in der GPK formuliert. Es geht nicht darum, was eine Stadt können muss, was wir an Leistungen von dieser Stadt erwarten, sondern man will einfach einmal schauen, wenn man etwas drückt, was passiert. Das Interessante ist, dass man jetzt kreative Vorschläge hätte machen können, nicht machen müssen, auf was man in dieser Stadt verzichten oder verschieben könnte. Ich glaube, von der CVP ist kein Antrag gekommen, irgend etwas zu streichen. Das erscheint mir irgendwo halt gleichwohl ein Widerspruch. Man ist einfach nicht konsequent. Ich finde es fast eine Art spielen. Wir haben vorher über das Thema Hochhausstudie diskutiert. Ich bin ganz klar der Meinung, man hat dies verpasst. Hier bin ich völlig einverstanden mit Dir. Das hätte man eigentlich früher sehen können. Aber vermutlich hat man auch unter dem Druck der mangelnden Ressourcen gar nicht mehr Zeit und die Möglichkeiten, sich die notwendigen Gedanken zu machen, die über ein Jahr oder zwei oder drei Jahre hinaus denken, sondern eben langfristig nötig sind. In diesem Sinne verstehe ich es immer noch nicht, dass man auf 100 % hinunter gehen will, und wir werden dort ganz klar nicht zustimmen.

Urs Knapp: Da zwei GPK-Mitglieder gesprochen und aus dem Innenleben dieser Kommission geredet haben, möchte ich dies auch noch tun, so dass es der Dritte macht. Einfach zur Versicherung der Anwesenden: Felix, wir haben nicht unverantwortlich entschieden. Wir haben sehr genau entschieden. Wir haben zum Beispiel festgestellt, dass die Stadt nach einer solchen Steuersenkung immer noch ein Nettovermögen hat. Wir haben festgestellt: Man kann es sich jetzt leisten. Wir haben auch festgestellt, dass, wenn man jetzt auf 104 % gehen würde, dies den Selbstfinanzierungsgrad, den Du so in den Vordergrund rückst, praktisch nicht verändert. Wenn wir den Selbstfinanzierungsgrad wirklich ändern müssen, müssen wir bei den Investitionen ansetzen. Wir haben auch im Eintretensreferat von Kollega Wüthrich gesagt, das ist dann die Aufgabe des Stadtrates. Wir geben vom Gemeinderat aus die strategische Linie vor: 100/100. Der Stadtrat kann nachher entsprechend handeln. Markus, wir haben nie zu einem Finanzplan ja gesagt. Wenn Du das Protokoll vom 27. September nachliest, wirst Du auch dort sehen, dass mindestens unsere Fraktion und ich glaube, es sind auch andere Fraktionen gewesen, klar gesagt haben, der Antrag oder die Idee des Stadtrates, dass bis zum Jahr 2012 der Steuersatz auf 104 und 103 % sein soll, kann es nicht sein.

Roland Rudolf von Rohr: Ich möchte zwei Sachen sagen. Bei der Rede, die ich für die CVP/EVP-Fraktion gehalten habe, habe ich etwas vergessen zu sagen. Ich habe es auf dem

Spick gehabt und erst nachher gesehen, dass ich es nicht gesagt habe. Wir hatten in der Fraktion auch besprochen, ob es verantwortlich ist und wir hinunter gehen können, ja oder nein. Wir haben dann auch gesagt, dass der Sparreiz das Ziel sein muss. Das ist auch die Motivation. Wenn man es nicht hören will, hört man es offenbar gar nicht. Es geht mir nicht um das Auspressen dieser Stadt. Dann haben wir noch etwas gesagt. Das ist jetzt die Aussage, die ich nachholen möchte, auch zu Händen des Protokolls. Wenn andere Zahlen eintreffen, wenn das Schiff wieder umkehrt, sind wir auch bereit, diesen Steuersatz wieder anzuheben. Aber die heutige Situation lässt dies zu. Felix Wettstein, das ist nicht ein Entscheid aus dem hohlen Bauch gewesen. Ich habe dies sorgsam vorbereitet und Selbstfinanzierungsgrad und Vermögen vor der GPK ausgerechnet. Peter Kohler ist auf die gleichen Zahlen gekommen. Ich verwahre mich gegen diesen Vorwurf. Von mir aus gesehen ist es immer verantwortbar, mit der Motivation einer Bremswirkung auf die Zunahme der Ausgaben in den letzten Jahren.

Parlamentspräsidentin Iris Schelbert: Ich lasse Ziffern 5 und 6 gemeinsam abstimmen und zwar einfach über die Steuerprozente. Ich stelle den GPK-Antrag auf 100 % für juristische und natürliche Personen und den Antrag der Grünen/Jungalternativen auf 104 % für juristische und natürliche Personen gegenüber.

Beschluss

Mit 27 : 19 Stimmen bei 1 Enthaltung obsiegt der Antrag der GPK.

Parlamentspräsidentin Iris Schelbert: Ich stelle den GPK-Antrag von 100 % für natürliche und juristische Personen dem Antrag des Stadtrates auf 103 % für juristische und natürliche Personen gegenüber.

Beschluss

Mit 24 : 23 Stimmen obsiegt der Antrag der GPK.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Unter Ziffer I./1 ist der neue Mehrertrag statt Fr. 3'277'200.— abzüglich 3 x Fr. 715'000.— Fr. 1'132'200.—.

Beschluss

Mit 25 : 10 Enthaltungen bei 10 Enthaltungen fasst das Parlament folgenden Beschluss:

1. Der Voranschlag 2008 der **Laufenden Rechnung** mit einem **Mehrertrag** von **Fr. 1'132'200** wird genehmigt.
2. Die **Investitionsrechnung** der Allgemeinen Verwaltung und der Spezialfinanzierung mit Nettoinvestitionen von **Fr. 20'388'000** wird genehmigt.
3. Die **Feuerwehersatzabgabe** wird **unverändert auf 9 %** der einfachen Staatssteuer festgelegt (Minimum Fr. 20.—, Maximum Fr. 400.—).
4. Der Stadtrat wird ermächtigt, zur Deckung des gesamten neuen Fremdkapitalbedarfs (ohne Refinanzierungen, inkl. Kapitalvermittlungen sbo, Pensionskasse) maximal 5 Millionen Franken aufzunehmen.
5. Der **Steuerfuss** für die **natürlichen Personen** wird **um 6 Steuerpunkte gesenkt und auf neu 100 %** der einfachen Staatssteuertarife festgelegt.
6. Der **Steuerfuss** für die **juristischen Personen** wird **um 8 Steuerpunkte gesenkt und auf neu 100 %** der einfachen Staatssteuertarife festgelegt.

II.

Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

Mitteilung an:
Mitglieder des Stadtrates (5)
Direktion Finanzen und Informatik/Herrn Peter Kohler
Finanzkontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 21. November 2007

Akten-Nr. 13/12

Prot.-Nr. 31

Ordnungsantrag Rolf Sommer zum Budget

Rolf Sommer: Ich stelle einen Ordnungsantrag. Ich greife auf das Kantonsparlament zurück. Wir haben Eintreten auf das Budget beschlossen. Ich möchte, dass wir dies morgen weiter behandeln und jetzt noch die einzelnen Vorstösse behandeln. Das Budget könnte relativ lange dauern. Ich glaube, das ist etwas eine Anforderung an alle. Wir haben jetzt schon 21.30 Uhr. Das könnte bis 23 Uhr oder 24 Uhr dauern. Das ist unzumutbar. Ich muss morgen auch noch arbeiten.

Parlamentspräsidentin Iris Schelbert: Man muss das Budget nicht an einem Abend fertig beraten. Wer dem Ordnungsantrag von Rolf Sommer zustimmen kann, dass wir jetzt noch bis 22 Uhr bei den Vorstössen weiter machen würden und das Budget morgen behandeln werden, soll dies mit Handerheben zeigen.

Beschluss

Mit 42 : 2 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird der Ordnungsantrag abgelehnt.

Mitteilung an:
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 21. November 2007

Akten-Nr. 19/6

Prot.-Nr. 32

Personalwesen, Lohnanpassung/Festlegung Budgetgrundlage

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen folgenden Bericht und Antrag:

1. Ausgangslage

Gestützt auf Art. 22 Personalreglement legt das Gemeindeparlament auf der Summe der Gehälter und Zulagen des Gemeindepersonals allfällige Lohnanpassungen fest. In den letzten drei Jahren wurden Lohnanpassungen für das städtische Personal wie folgt gewährt:

2005 1,5%

2006 1,0%

Zusätzlich wurde im Budget 2006 für die Umsetzung der Besoldungsrevision eine einmalige Rückstellung in Höhe von 0,5 % der gesamten Lohnsumme des städtischen Personals vorgenommen.

2007 1,1%

An der Sitzung vom 27. September 2007 hat sich das Parlament im Rahmen der Beratung der geplanten Teilrevision des Personalreglements dafür ausgesprochen, dass es weiterhin jährlich über die Kaufkrafterhaltung beschliesst und dabei der aktuelle Landesindex der Konsumentenpreise nicht im Vordergrund steht.

Die Prognosen der wichtigsten Ökonomen unseres Landes (UBS, CS, Seco, KOF, BAK, Créa) sagen zurzeit eine durchschnittliche Jahresteuierung 2008 von über 1% voraus. In den Budgetzahlen 2008 ist 1% eingerechnet.

Die Besoldungsordnung für die Lehrkräfte richtet sich nach den kantonalen Vorschriften bzw. dem am 1.1.2005 in Kraft getretenen Gesamtarbeitsvertrag. Der Regierungsrat hat mit den Personalverbänden über die Lohnrunde 2008 partnerschaftlich verhandelt. Die Parteien einigten sich darauf, dass dem Staatspersonal auf 1.1.2008 eine Lohnerhöhung um 2 Prozent (0,7% Teuerungsausgleich und 1,3% Reallohnerhöhung) zugestanden wird.

2. Antrag des Stadtrates

Der Stadtrat beantragt dem Gemeindeparlament in Kombination mit der Besoldungsrevision auf Grund der prognostizierten Jahresteuierung eine Lohnanpassung für das Jahr 2008 von 1%.

Beschlussesantrag:

1. Dem städtischen Personal wird für das Jahr 2008 auf Grund der prognostizierten Jahresteuern eine Lohnanpassung von 1% gewährt.
2. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit dem Abänderungsantrag der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

Urs Knapp: Die GPK hat den Antrag des Stadtrates diskutiert und einen Abänderungsantrag gemacht. Sie ist einhellig dieser Meinung gewesen. Dies nicht an der Zahl von 1 %, sondern an der Referenz, die der Stadtrat in seinem Bericht und Antrag gemacht hat. Der Stadtrat hat die 1 % „aufgrund der prognostizierten Jahresteuern“ im nächsten Jahr festlegen wollen. Die GPK hat gefunden, dies ist ein bisschen „Kaffeesatz lesen“ und eine schwierige Referenz. Von daher sind wir einhellig zum Schluss gekommen, dass unser Antrag wie folgt lautet: „Dem städtischen Personal wird für das Jahr 2008 eine Lohnanpassung von 1 % gewährt“. Wir möchten Ihnen sehr beliebt machen, diesem Antrag zuzustimmen.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Es ist ja nicht ein wahnsinnig grosses Papier. Aber ich möchte zwei, drei Bemerkungen dazu machen. Das Papier kennt Ihr ja alle aus den Vorjahren. Erste Aussage: Der Sprecher der GPK hat es erwähnt. Einstimmiger Beschluss beim Beschlussesantrag, der Teil: „aufgrund der prognostizierten Jahresteuern eine Lohnanpassung gewährt“ wegzulassen. Der Stadtrat kann damit leben. Er wehrt sich nicht gegen einen solchen Beschluss, wenn das Parlament es so will. Ich möchte bei dieser Gelegenheit wieder etwas aus dem absolut Neuesten zitieren. Wir haben auch heute wieder – es ist halt manchmal so in dieser Zeit des Jahres – in der Finanzkommission genau das gleiche Thema gehabt. Wie Ihr ja wisst, gibt es beim Kanton die 2 % gemäss Gesamtarbeitsvertrag. Es ist gefragt worden: Wieviel Teuerung habt Ihr jetzt eingerechnet, 0,7, 1,3? Das ist so etwas Lohnanpassung und Teuerung. Dabei ist doch die Teuerung 1,43 oder 1,34 Ende Jahr. Diese Frage ist gekommen und es ist dann auch gesagt worden: Man muss beim Kanton von der Aussage Teuerung wegkommen. Aber der gleiche Kanton – jetzt kommt auch wieder die Stadt – hält sich natürlich an gewisse Parameter. Das ist klar. Die ganze schweizerische Wirtschaft nimmt auch zur Kenntnis, wenn die Teuerung steigt. Wir haben diese Woche auch ein Gespräch mit den Entscheidungsträgern – das ist die goldene Seite der Medaille, die ich vorher erwähnt habe – in gewissen Bereichen, im Energiebereich sinnigerweise. Sie schauen auch zuerst einmal, wie sich die Teuerung entwickelt und sprechen dann von Lohnanpassung. In diesem Sinne einfach als Erklärung: Wir können ohne diesen Nebenteil leben. Ich möchte aber noch andere Bemerkung zum Papier selber machen, um einfach wieder etwas den Vergleich zu bringen. Ich möchte einfach die anwesenden Damen und Herren, die im Schulbereich tätig sind, um Entschuldigung bitten, dass man immer sie oder die kantonalen Angestellten in den Mund nimmt. Aber es liegt natürlich auf der Hand. Die Entwicklung in dieser ganzen Geschichte der Lohnanpassung in den letzten Jahren. Im Jahre 2005 hat zum Beispiel der Kanton keine Lohnanpassung gehabt, die Stadt Olten 1,5 %. Das ist etwas ganz Spezielles gewesen. Aber nachher hat es gewaltig zu drehen begonnen. Man hat dann im Jahre 2006 beim Staat aufgrund des Gesamtarbeitsvertrag 1,5 % gehabt, bei der Stadt 1 %, im Jahre 2007 beim Staat 2,1 %, bei der Stadt 1,1 % und im Jahre 2008 2,0 % beim Staat und 1 % bei der Stadt. Das ist der Antrag des Stadtrates an das Parlament. Ehrlicherweise müsste man noch sagen – das sage ich auch sehr gerne – man muss die Besoldungsrevision berücksichtigen. Diese Diskussion müssen wir jetzt hier nicht führen. Wir gehen ja selbstverständlich in den Ausstand. Aber das ist ja alles eingerechnet, was die Besoldungsrevision

ausmacht. Das ist auch im Bericht und Antrag deklariert. Wenn ich jetzt einfach die nackten Prozentzahlen zusammen setze, ist in den letzten drei Jahren die Schere zwischen Staat und Stadt folgendermassen: Staat 5,6 und Stadt 3,1. Die Schere ist also auseinander gegangen. Deshalb mit Verlaub, meine geschätzten Damen und Herren: Der Stadtrat möchte Sie bitten, der Lohnanpassung von 1 % zu Gunsten des städtischen Personals zuzustimmen.

Der Stadtrat und das städtische Personal begeben sich in den Ausstand.

Felix Wettstein: Die Fraktion der Grünen und Jungen Alternative beantragt eine Lohnanpassung von 1,5 %. Begründung: Am 2. November hat das Bundesamt für Statistik die aktuellen Daten zum Landesindex veröffentlicht. Die Jahreststeuerung hat im Oktober 1,3 % betragen und ist damit auf dem Höchststand seit August 2006, Tendenz weiter steigend. Das BfS prognostiziert in der gleichen Medienmitteilung für das nächste Jahr eine Teuerung von 1,5 %. Der vorliegende Antrag des Stadtrates ist Mitte Oktober formuliert worden, als man diese Zahlen noch nicht gekannt hat. Wenn wir diesem Antrag zustimmen, erleidet das städtische Personal im nächsten Jahr einen Reallohnverlust. Das kann man jetzt schon mit Sicherheit sagen. Wenn Ernst Zingg vorher ausgeführt hat, dass man mehr und mehr dazu übergeht, von der Teuerung als Massstab wegzukommen, muss man einfach klar sehen, was dies heisst. Wenn dann die faktische Teuerung sich dann eben doch als höher erweist als die gewährte Lohnanpassung, heisst dies im Klartext Reallohnverlust. Da muss man gar nicht um den Brei herum reden. Wir sehen, dass rund herum in diversen Branchen jetzt angekündigt wird, wie die Erhöhungen aussehen. Der tiefste Wert, den ich gehört habe, ist 1,6 %. An ein paar Orten wird 2,0 % angekündigt, eben auch beim Kanton. Wir liegen mit unserem Antrag noch darunter. Wir bitten Sie, dem Beschlussesantrag 1, einer Lohnanpassung von 1,5 %, zuzustimmen.

Marcel Buck: Die Fraktion SVP ist der Meinung, dass, falls die Besoldungsrevision vom Volk angenommen würde, das städtische Personal fürstlich und unserer Meinung nach überdurchschnittlich entlöhnt würde. Es ist aus unserer Sicht auch fast ein Test für den Geduldsfaden vor der Abstimmung, ohne zu unterscheiden, ob die Vorlage angenommen wird oder eben nicht, eine zusätzliche Lohnanpassung zu fordern. Wir sind allerdings auch der Meinung, entgegengesetzt dem missglückten stadträtlichen Versuch, die SVP-Fraktion mit fraglichen Aussagen ins Abseits zu drängen, dass das Personal, das 2006 eine einmalige Rückstellung von 0,5 % der gesamten Lohnsumme zurück gestellt hat, auf dieses Prozent Lohnerhöhung hoffen darf. Die Fraktion wird deshalb als Wertschätzungszeichen dem Beschlussesantrag mehrheitlich zustimmen.

Daniel Joss: In den letzten Tagen ist der Umgang mit dem Personal nicht gerade höflich gewesen. Unter anderem ist erwähnt worden, sie sind in einer geschützten Werkstätte usw. Man kann über etwas geteilter bzw. unterschiedlicher Meinung sein und dies auch publik machen. Dafür leben wir ja in einer direkten Demokratie mit Meinungsfreiheit. Doch sollte dabei immer noch Anstand zum guten Ton gehören. Wir von der CVP/EVP-Fraktion schätzen die Arbeit, die das städtische Personal tagtäglich für die Bevölkerung erbringt und möchten uns dafür auch bedanken. Wir unterstützen somit den stadträtlichen Vorschlag, dem Personal eine Lohnanpassung von 1 % zu gewähren.

Urs Knapp: Wir unterstützen den Antrag des Stadtrates auch, möchten aber noch darauf hinweisen, dass, wenn man Seite 7 des Berichts anschaut, die Personalkosten nicht um 1 %, sondern um 2,4 % steigen. Ich glaube, von daher kann man auch sagen, das städtische Personal erhält im nächsten Jahr deutlich mehr. Vielleicht auch der Vergleich. Es wären dann 2,9, wenn der Antrag der Grünen durchkäme. Die UBS als grosse Bank, die trotz allem noch viel Geld verdient, gibt 2,5 % mehr Lohn im nächsten Jahr mit einem wichtigen Hinweis: Die 2,5 % werden ausschliesslich leistungsorientiert bezahlt. Es gibt keine einzige garantierte Lohnerhöhung. Wenn man hier vergleicht, wieviel es bei der Stadt mehr gibt, die 2,4 % für

alle, muss man sagen, dass es ein guter Betrag ist, der die Leistung des Personals auch entsprechend honoriert. Wir werden für den Antrag stimmen.

Dr. Markus Ammann: In schöner Regelmässigkeit diskutieren wir in diesem Saal verschiedene Geschäfte immer wieder, über die Rechnung, den Verwaltungsbericht meistens im Juni, über den Finanz- und Investitionsplan im September, das Budget im November. Im Juni wird das städtische Personal angesichts dieses dicken Berichts – ich glaube letztes Mal sind es 150 Seiten gewesen, interessante Seiten – überschwänglich gelobt, und im November sind diese Leistungen meistens vergessen, denn jetzt geht es ja darum, Leistungen, die man das Jahr hindurch gemacht hat, plötzlich mit Geld zu honorieren und aufzumessen. Dann fallen die lobenden Worte bedeutend schwerer. Man muss es dann eben begründen, warum man den Mitarbeitenden einmal mehr einen Reallohnverlust zumutet. Die SP-Fraktion setzt sich konsequent für mindestens die Erhaltung des Reallohns ein. In guten Zeiten sollten die Angestellten am zweifellos auch in der Verwaltung stattfindenden Produktivitätsfortschritt teilhaben können. Deshalb sind wir übrigens auch bei der Besoldungsrevision für eine automatische Anpassung, mindestens des Reallohns, gewesen. Im kommenden Jahr lautet die Teuerungsprognose auf 1,5 % per Oktober. Es ist interessant, dass die FdP-Wirtschaftsexperten hier im Saal ihren eigenen Wirtschaftsexperten nicht traut. Man zweifelt die Zahlen nämlich dann immer an, wenn es darum geht, dass sie eine Relevanz erhalten. Jetzt wird wiederum eine kleinere Anpassung vorgeschlagen. Wir haben einen Vorschlag, der höher ist, der den Reallohn ausgleichen soll. Die SP-Fraktion wird dies unterstützen. Grundsätzlich könnten wir angesichts der Besoldungsrevision, wo wir immer noch hoffen, sie werde angenommen, auch mit diesem einen Prozent leben. Aber es ist wie gesagt: 1 % plus die Besoldungsrevision, die im Schnitt rund 0,5 % Lohnerhöhung pro Jahr in den nächsten zehn Jahren bringt, würde knapp oder eben immer noch nicht den Reallohn ausgleichen. Das müssen wir uns einfach bewusst sein.

Heidi Ehram: Ich möchte nur noch ganz kurz etwas zu Lohnanpassung und Besoldungsrevision sagen. In der GPK ist vom Stadtrat aus gesagt worden, dass, wenn die Besoldungsrevision nicht angenommen würde, der Stadtrat im Dezember noch einmal mit der Vorlage in Bezug auf Lohnanpassung käme. Ich habe mich damals schon so geäußert und gesagt: Jawohl, dann können wir dies noch einmal anschauen, wenn die Besoldungsrevision nicht ankäme. Deshalb stimme ich jetzt dem stadträtlichen Antrag von 1 % zu.

Dr. Arnold Uebelhart: Ich möchte trotzdem noch Urs Knapp fragen: Wenn Du sagst, die 2,4 %. Es ist wirklich nur eine Frage, wo ich jetzt ausrechne. Das ist doch der Gesamtpersonalaufwand und da sind ja dann die Lehrer, die 2 % haben, auch dabei. Dann stimmt dies ja. Dann wären es drei Teile durch zwei. Dann würde 1 % stimmen. Du hast jetzt etwas suggeriert, es gehe 2,4 % hinauf. Aber für die Stadt, was wir entscheiden, ist wirklich nur das eine Prozent. Ich habe Dich so verstanden, dass Du sagen willst, es ist noch mehr als 1 %. Aber es ist nicht richtig. Das ist ja der Lehrerteil, der so hoch hinauf geht.

Urs Knapp: Der Lehrerteil geht 2 % hinauf, aber wir gehen im Durchschnitt um 2,4 %. Da muss man eine Dreisatzrechnung machen und dann werden wir sicher über 1 % sein für diejenigen Personen, die nicht Lehrer sind. Man kann ausrechnen, wo man etwa liegt. Aber die Gesamtpersonalkosten laut Stadtrat 2,4 %, Lehrer, die etwa 45 % der Angestellten sind, 2 %. Die anderen erhalten dann soviel, dass es im Durchschnitt bei 2,4 % ist. Das ist meine Rechnung, wo ich versuche, einen Dreisatz zu machen.

Felix Wettstein: Ich bin gerade froh um diese Präzisierungen, weil sie ganz stark etwas relativieren, das Urs Knapp vorher gesagt hat. Erstens: Das zusätzliche Geld, das wir für die Besoldungsrevision brauchen werden, ist hier schon eingerechnet. Das macht einen wichtigen Teil aus. Zweitens: Der Anstieg aufgrund von Lohnanpassung gilt tatsächlich nur dieser guten Hälfte von Menschen, die Stadtangestellte, aber nicht Lehrer und Lehrerinnen sind. Sie machen zusammen 52 % der Lohnsumme und etwa 55 % der Leute. Es ist wirklich wich-

tig: Wenn unser Antrag durchkommt, kann man ziemlich genau mit der Hälfte rechnen, plus 2,5 % bei dieser Steigerung. Es wäre also gegenüber dem Vorjahresbudget dann statt 2,4 % 2,75 %. Darin sind die Aufwendungen enthalten, die wir mit der Besoldungsrevision wollen. Das ist ganz wichtig.

Roland Rudolf von Rohr: Ich bin vom Antrag der Grünen - und dass er noch so Zustimmung findet - etwas überrascht, weil ich und wahrscheinlich auch die ganze CVP irgendwie die BesArbol noch nicht beerdigt haben. So wie man den Trend draussen spürt, wird sie nicht gerade schlankweg durchgehen. Ich denke, wenn wir jetzt das Fuder überladen und noch einmal ein halbes Prozent darauf geht, ist es dann wahrscheinlich endgültig gefährdet. Ich habe im Gegenteil in der GPK zur Diskussion gestellt, dies zu Gunsten der BesArbol zu streichen. Ich habe diesen Antrag dann zurück gezogen, weil argumentiert worden ist, dass es zu kurzfristig und zu kompliziert ist. Aber das Fuder überladen dürfen wir nicht. Deshalb stimmt man wahrscheinlich besser dem stadträtlichen Antrag zu.

Beschluss

Mit 46 : 0 Stimmen wird Eintreten beschlossen.

Parlamentspräsidentin Iris Schelbert: Zu Ziffer 1 liegt ein Änderungsantrag der GPK auf dem gelben Blatt vor. Sie möchte den Passus „aufgrund der prognostizierten Jahresteuierung“ gestrichen haben. Der Stadtrat schliesst sich diesem Antrag an.

Beschluss

Mit 46 : 0 Stimmen wird dem Änderungsantrag zugestimmt.

Parlamentspräsidentin Iris Schelbert: Zu Ziffer 1 liegt ein Antrag der Grünen/Jungalternativen Fraktion auf Lohnanpassung von 1,5 % vor.

Beschluss

Mit 17 : 29 Stimmen wird dem stadträtlichen Antrag mit 1 % Lohnanpassung zugestimmt.

Beschluss

Mit 44 : 2 Stimmen fasst das Parlament folgenden Beschluss:

1. Dem städtischen Personal wird für das Jahr 2008 auf Grund der prognostizierten Jahresteuierung eine Lohnanpassung von 1% gewährt.
2. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Mitteilung an:

Mitglieder des Stadtrates (5)

Direktion Finanzen und Informatik/Peter Kohler

Finanzkontrolle

Personaldienst/Claudia Grütter

Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 21. November 2007

Akten-Nr. 1/8

Prot.-Nr. 33

Sportanlagen Kleinholz, Neubau Garderoben/Projekt- und Kreditbewilligung

Auf den Sportanlagen Kleinholz westlich des bestehenden Tribünengebäudes soll basierend auf dem «Masterplan Sportstätten Kleinholz» ein Neubau von Sportlergarderoben im Minergiestandard errichtet werden. Mit dem Garderobenneubau kann das Defizit der Garderoben mit entsprechenden Duschen und Toiletten in den Kleinholzanlagen behoben werden.

Das Neubauprojekt überzeugt durch seine äusserst kompakte Bauweise und ist ausgerichtet auf einen wirksamen und langjährigen Substanzerhalt sowie auf eine optimale Funktionalität.

Der Stadtrat beantragt für diesen Neubau einen Kredit von Fr. 2'600'000 (inkl. bereits bewilligte Kredite).

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen folgende Erwägungen und Anträge:

1. Ausgangslage

An seiner Sitzung vom 12. Mai 2005 hat das Gemeindeparlament mit 27 : 11 Stimmen vom Bericht «Sportstättenplanung Olten» und vom Entscheid des Stadtrates für die Beibehaltung des Sportanlagenstandorts Kleinholz Kenntnis genommen. Am 29. September 2005 hat das Gemeindeparlament der Gründung der Sportpark Olten AG per 1. Oktober 2005 zugestimmt, für welche die Einwohnergemeinde Olten ein Aktienkapital von 2 Mio. Franken zeichnete, wodurch weitere Investitionen der Einwohnergemeinde selber wegfallen.

Die erwarteten Kosten für die übrigen im Rahmen der Sportstättenplanung aufgezeigten notwendigen Sanierungen (u. a. Arealerschliessung, Parkierung, Erweiterung Garderoben für Rasensportarten und Leichtathletik, Rasenfelder) wurden in den Investitions- und Finanzplan und die nachfolgenden Budgets aufgenommen. Im Jahr 2006 wurde bereits ein neues Kunstrasenfeld erstellt, dank dem anschliessend die Sanierung der übrigen Rasenfelder angepackt werden kann.

Gemäss den Grundsätzen des Handbuchs Rechnungswesen der solothurnischen Gemeinden (Band 2, Ausgabe 1996) muss für das vorliegende Projekt «Neubau Garderoben» eine separate Vorlage ausgearbeitet und beschlossen werden.

Bereits bei den Vorarbeiten für dieses Kunstrasenfeld durch die Direktion Bildung und Sport und die Baudirektion in Zusammenarbeit mit der Wolf Hunziker AG hat sich indessen herausgestellt, dass auf Grund der engen Abhängigkeiten zwischen den verschiedenen Modulen wichtige Randbedingungen für die weiteren Module geschaffen werden. So hing schon die exakte Platzierung des Kunstrasenfeldes beispielsweise vom Platzbedarf am geplanten neuen Hauptzugang der Eissportanlagen (aus heutiger Sicht auf der Rückseite) ab.

Aus diesem Grund wurde die ursprüngliche Projektorganisation der Sportstättenplanung unter der Leitung von Markus Dietler reaktiviert und vom Stadtrat am 13. März 2006 mit der Ausarbeitung eines Masterplans beauftragt, der eine Präzisierung der wesentlichen Erschliessungs- und Infrastrukturelemente der Sportanlagen als Grundvoraussetzung für eine geordnete schrittweise Entwicklung beinhaltet.

Mit Beschluss vom 23. April 2007 hat der Stadtrat von Olten den Masterplan Sportstätten Kleinholz zur Kenntnis genommen. Dieser Masterplan zeigt basierend auf dem Standort Kleinholz Konzepte zur Arealentwicklung, zum Verkehr und zur Umsetzung in mehreren Etappen auf. Für jede vorgesehene Massnahme liegt zudem ein Massnahmenblatt mit Ziel, Anforderungen, Anlagedaten, Zuständigkeit, Umsetzung und Kostenschätzung vor.

Als erste Massnahme, nach der bereits erfolgten Erstellung des neuen Kunstrasens, sollen gemäss dem Masterplan arealzentral neue Garderoben (9 Einheiten) mit entsprechenden Duschen und Toiletten erstellt werden.

Die bestehenden Garderoben, welche zusammen mit der Tribünenanlage im Jahre 1964 erstellt worden sind, genügen in der Dimensionierung und der Anzahl nicht mehr. Das Defizit in den Kleinholzanlagen beläuft sich gemäss den einschlägigen Empfehlungen des Bundesamtes für Sport BASPO auf 8 – 10 Garderoben.

2. Projekterläuterungen

Für die Architekturleistungen wurde unter der Federführung des Hochbauamts eine Honorarsubmission in Einladungsverfahren unter 5 Architekturbüros durchgeführt. Als Sieger dieser Submission ging das Architekturbüro Grünig Architekten AG, Olten, hervor.

Situation

Das geplante Garderobengebäude liegt zentral an der Ost-West-Achse mit Haupthausrichtung Süden. Es ist eingeschossig organisiert und verfügt über 9 Garderobenmodule und Technikraum.

Luftaufnahme mit Standortangabe für Neubau Garderobengebäude (roter Kreis)



Garderoben

Jedes Garderobenmodul verfügt über einen Umkleideraum mit Toilette sowie einen Duschenbereich mit 6 Duschplätzen (1 Duschenplatz für 4 Personen). Die Garderobenräume, Gäste- und Behinderten WC's sowie der Technikraum werden über eine vorgelagerte Bewegungszone erschlossen.

Option Erweiterung

Bei der Planung des Garderobengebäudes wurde ein statisches Konzept gewählt, dass eine optionale Erweiterung für ein darüber liegendes Geschoss ermöglicht. Dabei könnte im Obergeschoss die gleiche Organisation der Räume realisiert werden.

Materialisierung

Die Materialisierung des Neubaus nimmt Bezug auf das bestehende Tribünengebäude, welches in Sichtbeton durch die Architekten W. Hagmann und H. Zaugg im Jahre 1964 erstellt wurde. Das Gebäude präsentiert sich demnach in homogenem Sichtbetonkleid mit grosszügigen Fassadeöffnungen in Richtung Hapterschliessung und Spielfelder. Die Dachfläche wird extensiv begrünt und mit Solarkollektoren bestückt.

3. Energetische Aspekte

Bei einem reinen Garderobengebäude (ohne Halle) sind die zu erfüllenden Minergie-Anforderungen für Sportbauten relativ streng. Das ganze Gebäude wird in einem sehr guten Dämmstandard mit 3-fach Isoliergläsern und Dämmstärken um 20cm erstellt. Ein besonderes Augenmerk wurde auf eine wärmebrückenarme Konstruktion gelegt.

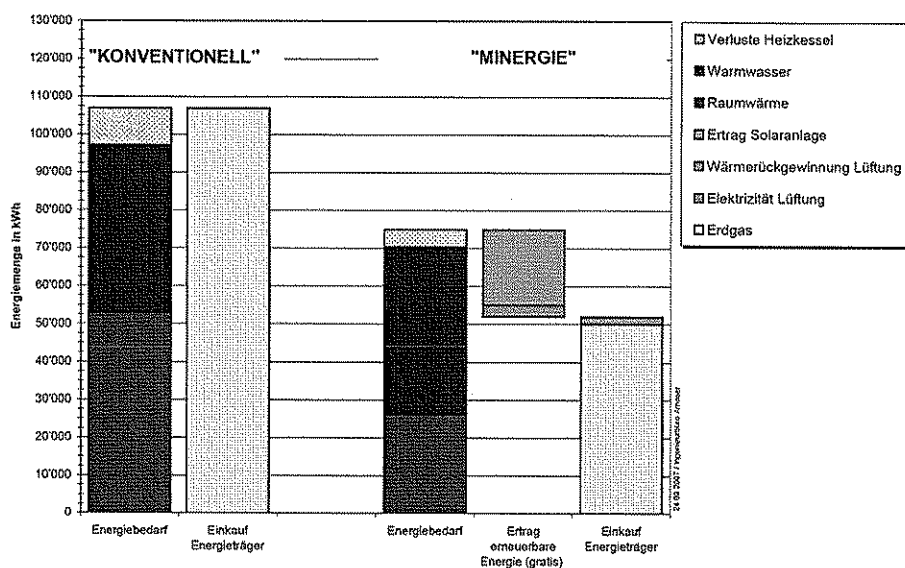
Während man den Heizenergiebedarf für die Raumwärme recht gut abschätzen kann, ist der Warmwasserbedarf nur äusserst schwierig zu bestimmen. Untersuchungen haben gezeigt, dass der Bedarf unterschiedlicher Benutzergruppen stark differiert. Die Auslegung des Warmwasserbedarfs basiert auf Durchschnittswerten. Es kommen zeitgesteuerte Duscharmaturen zum Einsatz, damit der Bedarf optimiert werden kann.

Um den Minergiestandard einhalten zu können, muss mindestens 20% der Energie fürs Warmwasser durch erneuerbare Energien gedeckt werden. Hier macht eine thermische Solaranlage durchaus Sinn. Damit die vorgesehene um 40 m² grosse Sonnenkollektoranlage optimal ausgenutzt werden kann, kommen sämtliche während der Heizperiode anfallenden Überschüsse der Raumwärme zugute. In den Sommermonaten können über 50% des Energiebedarfs solar gedeckt werden. Im Jahresdurchschnitt sind es knapp 30% des gesamten Wärmebedarfs für Warmwasser und Raumwärme.

Eine Lüftung mit Wärmerückgewinnung ist für die Einhaltung des Minergie-Standards Pflicht, sie ist aber auch aus bauphysikalischer und bauhygienischer Sicht durchaus sinnvoll. Um die Laufzeit der Lüftung zu optimieren, wird die Lüftung durch Bewegungsmelder gesteuert.

Die selben Bewegungsmelder steuern ebenfalls die gemäss SIA 380/4 ausgelegte Beleuchtung. Diese Anforderungen kann nur durch Leuchten mit effizienter Technik und gutem Leuchtenwirkungsgrad erreicht werden.

Folgende Grafik zeigt eine Gegenüberstellung des gemäss Minergie ausgelegten Projektes mit einem konventionellen Neubau. Der Energiebedarf ist dank der verbesserten Wärmedämmung, der Wärmerückgewinnung und dem solaren Gewinn lediglich halb so gross.



(50'000 kWh entsprechen ca. 5'130 l Heizöl)

4. Finanzielle Auswirkungen

4.1 Einmalige Kosten: Kostenvoranschlag (nach Baukostenplan)

Die Kostenermittlung erfolgte mehrheitlich auf Grund von Unternehmer-Richtofferten. Die Kosten für die Heizungs-, Elektro- und Sanitärinstallationen sind durch spezialisierte Ingenieure ermittelt worden.

Beim nachfolgenden Kostenvoranschlag sind sämtliche bereits bewilligten Kredite im Gesamtbetrag von Fr. 90'000.00 integriert, er enthält keine Landkosten und keine Bauzinsen.

Kostenvoranschlag

(inkl. MwSt / Preisstand 01.04.2007 Zürcher Baukostenindex 106.2 Punkte / Basis 01.04.2005).

BKP	Bezeichnung	Betrag
11	Vorarbeiten, Rodungen	10'000
20	Baugrubenaushub	50'000
21	Rohbau 1	570'000
22	Rohbau 2	150'000
23	Elektroanlagen	120'000
24	Heizungs- und Lüftungsanlagen	250'000
25	Sanitäranlagen	450'000
27	Ausbau 1	300'000
28	Ausbau 2	230'000
29	Honorare	270'000
3	Betriebseinrichtungen	50'000
4	Umgebung	90'000
5	Baunebenkosten, Versicherungen	60'000
Total Franken		2'600'000

4.2 zu bewilligender Kredit

Kostenvoranschlag	Fr. 2'600'000.00
./. bereits bewilligter Kredit (Budget 2006)	Fr. -30'000.00
./. bereits bewilligter Kredit (Stadtrat vom 21. Mai 2007)	Fr. -60'000.00

Zu bewilligender Gesamtkredit zu Lasten Konto-Nr. 340.501.09 Fr. 2'510'000.00

Die Mehrkosten von Fr. 800'000.00 für das Jahr 2008 gegenüber dem Investitionsplan sind insbesondere durch den Einbau öffentlicher WC-Anlagen (inkl. Behinderten WC), Minergiestandard und Bauteuerung bedingt. Diese Mehrkosten können aber im Jahre 2008 kompensiert werden (Sanierung Rasenfelder etc.).

4.3 Folgekosten

a) Abschreibung und Verzinsung

Die Kapitalkosten für Abschreibungen und Verzinsungen betragen nach der Annuitätsmethode für eine Investition von Fr. 2.6 Mio. und einer Nutzungsdauer von 25 Jahren rund Fr. 168'000.00.

b) Folgekosten für Unterhalt und Reparaturen

Für die Instandhaltung und Instandsetzung müssen über längere Frist jährlich ca. 1.5 % des Gebäudeversicherungswertes von ca. Fr. 2'250'000.00 gerechnet werden, was somit einen Aufwand von Fr. 34'000.00 ausmacht. Während der ersten 20 Jahre müssen auf Grund der Erfahrungen lediglich ca. 0.3 % bis 1 % des Gebäudeversicherungswertes für Unterhaltsarbeiten, für Serviceabonnements, usw. aufgewendet werden, was somit jährlich ca. Fr. 7'500.00 ausmachen dürfte.

5. Organisation / Zuständigkeiten / Termine

Die Baudirektion ist als Baufachorgan für die Ausführung des Neubaus Garderoben zuständig und vertritt in dieser Eigenschaft die Einwohnergemeinde Olten.

Die Projektleitung für die Realisierungsphase obliegt dem Hochbauamt. Die von der Ausführung des Neubauvorhabens direkt betroffene Direktion Bildung und Sport ist zur Mitwirkung zwingend beizuziehen.

Die Vergabe von Aufträgen erfolgt durch die Baudirektion. Vorbehalten bleibt die Kompetenz des Stadtrates gemäss Art. 17 Geschäftsordnung des Stadtrats (Aufträge mit einer Kostenfolge von mehr als Fr. 200'000.00).

Die Realisierung des Bauvorhabens ist ab Mai 2008 geplant. Es muss mit einer Bauzeit von ca. 8 – 10 Monaten gerechnet werden.

6. Schlussbemerkungen

Mit dem vorgeschlagenen Garderobenneubau werden für die Sportlerinnen und Sportler zweckmässige Einrichtungen geschaffen, die einen zeitgemässen Sportbetrieb auf den Anlagen Kleinholz sichern. Damit kann das Defizit der Garderoben in der Sportanlage Kleinholz behoben werden.

Das Neubauprojekt überzeugt durch eine äusserst kompakte Bauweise und der Minergiestandard stellt ein wichtiges energiepolitisches Signal dar und die Energiestadt Olten bekennt sich zu einer nachhaltigen Strategie und zum aktiven Klimaschutz.

Der Stadtrat ist überzeugt, mit dem vorliegenden Projekt eine in allen Teilen nachhaltige Lösung zu präsentieren und empfiehlt dem Gemeindeparlament, das Neubauvorhaben zu genehmigen.

Beschlussesanträge:

I.

1. Das Projekt für den Neubau Garderoben wird genehmigt.
2. Der Baukredit im Betrage von Fr. 2'510'000.00 wird zu Gunsten der Investitionsrechnung Konto-Nr. 340.501.09 bewilligt.
3. Eine allfällige Bauteuerung nach dem Zürcher Baukostenindex vom 1. April 2007, Stand 106.2 Punkte, gilt als mitbewilligt.
4. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

II.

Ziffer I.2 dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit der Zustimmungserklärung der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

Dr. Markus Ammann: Wir haben in der GPK ein Stück weit über Formales, eine Aufsichtsbeschwerde betreffend Einheit der Materie Sportstättenplanung diskutiert. Hier hat der Stadtrat die entsprechende Antwort gegeben. Dieser Entscheid steht im November aus und wird entsprechend berücksichtigt. Wir haben über eine Petition diskutiert, die weiter keinen Einfluss hat, weil die Haltung des Parlaments und auch der GPK und des Stadtrates eigentlich klar ist. Von daher hat dies auch keinen Einfluss. Dann haben wir eine akademische Diskussion über die Kubikmeterpreise von Sportlerinnen- und Sportlertgarderoben geführt. Scheinbar kommen man hier andernorts etwas auf andere Zahlen. Aber das hängt natürlich auch immer am jeweiligen Objekt. Wir haben uns von der Seriosität der Auflistung der Kosten überzeugen lassen, die im Bericht und Antrag enthalten ist. Man hat weiter auch gewürdigt, dass die Stadt das Energiesparen und den Umgang mit Energie und die ökologische Produktion von Energie ernst nimmt. Wir sind eigentlich froh darüber. Es ist eine sehr aktuelle Debatte. Zum Schluss haben wir auch noch über Fragen der Sicherheit, der Sichtbarkeit diskutiert, die ebenfalls kompetent beantwortet worden sind. Wir sind zum Schluss 8 : 0 bei 1 Enthaltung gekommen und haben dem Geschäft zugestimmt.

Stadträtin Silvia Forster: Der Stadtrat ist überzeugt, dass er mit dieser Vorlage ein Zeichen zur Entwicklung unserer Sportstadt setzen kann. Wir haben viele Sportlerinnen und Sportler, die in Olten Sport treiben. Meisterschaften werden durchgeführt. Bis jetzt haben wir uns mit den Garderoben, die wir anbieten, nicht loben können. Wir sind überzeugt, dass wir mit diesem Neubau der Garderoben auch hier ein Zeichen setzen können. Einiges ist auch schon vom Sprecher der GPK gesagt worden. Der Stadtrat hat sich hier im Vorgehen auch auf die genehmigte Sportstättenplanung auf den Masterplan der Sportstättenplanung

abgestützt. Wir sind auch überzeugt, dass wir mit diesem einstöckigen Projekt etwas bringen, das, wenn es nötig wird, auch günstig erweiterbar ist. Im Hinblick auf die hängige Aufsichtsbeschwerde beantragt Ihnen der Stadtrat, einen Punkt 4 aufzunehmen, der lautet: „Dieser Beschluss erfolgt unter dem Vorbehalt, dass der Regierungsrat des Kantons Solothurn die Aufsichtsbeschwerde von Rolf Sommer, Olten, gegen den Stadtrat von Olten wegen mangelhafter Führung des Finanzhaushaltes § 211 Gemeindegesetz ablehnen wird“. Wir beantragen Ihnen, diesen Vorbehalt so aufzunehmen. Aus baulicher Sicht bitte ich Sie, dem Bericht und Antrag und der Kreditbewilligung zuzustimmen, weil ich denke, dass wir hier eine ganz gute Visitenkarte für die Stadt Olten erstellen könnten. Ich danke Ihnen.

Mario Clematide: Auch wir haben dies diskutiert und sind einstimmig für Überweisung dieses Antrags. Die Gesamtkosten sind für uns an der oberen Grenze. Wir haben aber Vertrauen in die Fachleute und die Federführung der Bauverwaltung. Wesentlich ist für uns auch das vorher von der verantwortlichen Stadträtin Gesagte, dass das qualitativ hochstehende Gebäude auch eine gewisse Imagewirkung auf die auswärtigen Sportler hat und von daher das Label Sportstadt Olten gestärkt werden kann.

Patrick Kissling: Der Bedarf an neuen Garderoben im Kleinholz und der vorliegende Antrag zur Realisierung eines Neubaus sind in der CVP/EVP-Fraktion unbestritten. Das beschriebene Projekt überzeugt durch seinen architektonischen Ausdruck und die Erfüllung des Minergie-Standards. Trotzdem möchten wir an dieser Stelle einige kritische Bemerkungen anbringen. In den Ausführungen zum Antrag werden die relativ hohen Investitionskosten durch einen Einbau von öffentlichen Toilettenanlagen und das Erreichen des Minergie-Standards begründet. In diesem Zusammenhang stellt sich für uns die Frage, ob die gewählte Grundrissdisposition als eingeschossiger Baukörper und die funktionale Verknüpfung von Einzel-WCs mit der Garderobe nicht eine Luxuslösung darstellt. Das Verhältnis von Volumen zu Hülle ist nämlich bei einem grossflächigen eingeschossigen Bau sowohl für das Erreichen von Minergie-Standard als auch bezüglich Kosten nicht eine optimale Variante. Auch die Anordnung von Einzeltoiletten ist nicht nur bezüglich Investitionskosten, sondern auch beim Unterhalt wohl eher eine teurere Lösung als eine konzentrierte, von den Umkleieräumen getrennte Toilettenanlage für Damen, Herren und Behinderte.

Theo Schöni: Die Grünen/Jungen Alternativen unterstützen das vorgelegte Projekt bzw. stimmen dem Bericht und Antrag einstimmig zu. Bestechend sind auch für uns die modulare und kompakte Bauweise, wo jetzt zwar etwas relativiert worden ist, ob dies wirklich so kompakt ist, die zudem auch die Möglichkeit bietet, die Anlage zu erweitern. Von der zentralen Platzierung hätten wir uns vorstellen können, so wie es im Plan daher kommt, dass die Zugänglichkeit sowohl von Norden als auch von Süden je zur Hälfte gewährleistet gewesen wäre, und man hätte nicht nur einen Ausgang Richtung Süden. Was besonders freut, ist die konsequente energetische Umsetzung entsprechend den Anforderungen des Minergie-Standards. Nach einer guten Darstellung zwischen Energiebedarf, Ertrag und erneuerbarer und dem Einkauf von Energie hätte uns aber ein Vergleich der Investitionen respektive Betriebskosten der beiden Systeme konventionell bzw. Minergie auch interessiert. Das wäre wahrscheinlich interessant gewesen, insbesondere da man ja bereits auch von Mehrkosten von Fr. 800'000.— ausgeht. Wir werden dem Antrag zustimmen.

Rudolf Lutz: Als erstes ist mir bei diesem Antrag das Wort Minergie ins Auge gestochen. Ich finde es toll, dass die Stadt schon wieder ein Zeichen setzen und für dieses Projekt die neueste Technologie anwenden will. Erlaubt mir, wie ich es immer wieder mache, dass ich dieses Geschäft einmal von einer anderen Seite anschau. Ich habe das Glück, dass meine Kinder gerne Sport treiben und deshalb auch oft im Kleinholz auf diesen Anlagen zu Hause sind. Wenn man sich dort umschaute, staunt man halt manchmal schon, wie viele Leute dort oben sind und auf diesen Plätzen für ihre Gesundheit, für ihren Plausch oder als ernsthaftes Hobby etwas tun. Wenn man aber etwas näher hinschaut, hat es dann schon Situationen,

die jeweils etwas zu denken geben. Gehen wir einmal davon aus, dass oben Fussball und Landhockey gespielt werden, und wenn wir Pech oder Glück haben, wie man es immer anschauen will, noch ein Leichtathletikmeeting oder Training ist, dann ist es an der Tagesordnung, dass sich viele Leute statt in der Garderobe auf dem Sportplatz umziehen. Das geht ja alles noch, wenn das Wetter schön ist. Aber ich glaube, jeder weiss, wo das Problem ist, wenn es regnet, und dann fragt man sich schon, wo man die Kleider oder Taschen deponieren will, ohne dass sie nass werden. Dann kommt das nächste Problem: Nach dem Training möchte man ja gerne duschen. Wo macht man das? Dann kommt noch ein anderes Problem, das ich gleichwohl auch einmal ansprechen möchte und das halt heute in der Gesellschaft immer mehr im Vordergrund ist, und zwar das ganze Sittliche. Früher hat doch der Trainer mit den Kindern duschen können, ohne dass dies ein Problem gewesen ist. Heute weiss jeder was passiert. Von diesem Aspekt aus muss ich auch sagen, dass man eben auch das ganze Projekt so machen müsste, dass man vielleicht kleinere Einheiten macht, dafür jedem die Möglichkeit gibt, seinen Bereich und sein „intimes Garderöbchen“ haben zu können. Wir stimmen dem Antrag des Stadtrates mit dem Vorbehalt zu und hoffen, dass wir in nächster Zukunft eine Garderobe haben werden, die auch für auswärtige Vereine wieder attraktiv ist und dass auch andere wieder nach Olten ins Kleinholz kommen möchten, um Sport zu treiben.

Markus Oegerli: Als Nutzer der Garderoben zweimal pro Woche kann ich Euch bestätigen, dass die Situation im Kleinholz tatsächlich prekär ist. Es kommt vor, dass sich an einem Abend drei Fussballmannschaften eine Garderobe teilen müssen. Es kommt auch vor, dass Männermannschaften warten müssen, bis Frauenmannschaften geduscht haben, damit es keine Überschneidungen gibt, weil es zuwenig Garderoben hat. Das ist einmal dieser Punkt. Wir von der Fraktion haben eigentlich Freude gehabt, dass das ganze Gebäude im Minergie-Standard und mit Sonnenkollektoren-Nutzung geplant worden ist. Sonnenkollektoren vor allem bei Anlagen, die vorwiegend im Sommer genutzt werden, sind natürlich ideal. Man kann dort von rund zwei Jahren ausgehen, bis die Mehrinvestitionen mit den Energiekosten, die man einspart, gedeckt sind. Von daher und dadurch, dass diese Bedürfnisse wirklich unbestritten sind, werden wir von der SP-Fraktion diesem Antrag einstimmig zustimmen.

Rolf Sommer: Von mir aus gesehen ist dieses Geschäft total falsch. Ich stelle im Voraus einmal einen Nichteintretensantrag und sollte Eintreten beschlossen werden einen Rückweisungsantrag. Dies aus folgenden Gründen: Wir haben die Sportstättenplanung Olten nur zur Kenntnis genommen. Zwar ist dort eine Summe von gesamthaft 27,5 Millionen Franken enthalten gewesen. Nur zur Kenntnis genommen. Gemäss Gemeindegesetz ist, was mehr als 4 Millionen betrifft, dem obligatorischen Referendum unterstellt. Was wir hier machen, ist eine Salamiaktik, und das gilt nicht. Ich hoffe und erwarte natürlich auch, dass meine Beschwerde gutgeheissen wird, vielleicht entgegen der Mehrheit hier. Ich bin natürlich enttäuscht, dass man ein gutes Bauland überbauen will. Man macht hier etwas, dort etwas und hier noch etwas in den Sportanlagen Kleinholz, anstatt, dass man dies kompakt macht und auch Minergie-Standard-mässig machen kann, Energie gewinnen kann und die Funktionalität viel besser wird. Wir haben jetzt die Garderoben fast in allen Gebäuden, bei der Leichtathletik, im Sportstadion, wir haben eine Kleinholzhalle, wir haben hier noch eine. Wir haben eine Funktionalität, bei der mir einfach graust. Das ist von mir aus gesehen keine Sportstättenplanung. Das ist ein Flickwerk. Man will immer nur sanieren in der Stadt Olten. Was bringt uns die Sanierung. Überhaupt nichts: Es kostet nur mehr Geld. Wenn man etwas Kompaktes, Neues machen würde, könnte man viel mehr auf Minergie-Standard bauen, weil man mit der Funktionalität gewisser Sachen gewisse Synergien gewinnen könnte. Meine Damen und Herren, ich werde Sportanlagen Kleinholz, Neubau Garderobengebäude ganz sicher ablehnen, denn ich bin nicht überzeugt, dass das Kleinholz überhaupt eine Zukunft für unsere Stadt Olten hat. Was wir brauchen, ist eine gute Wohnlage. Das ist das Kleinholz. Das sagen sehr viele Leute der Stadt Olten und auch der Region. Sie sind überzeugt, dass, wenn man in Olten SüdWest eine neue, gute Sportanlage macht, wir vielmehr davon hätten. Nehmen wir nur ein anderes kleines Beispiel: In Wettingen, 18'000 Einwohner, hat der

Gemeinderat bzw. Einwohnerrat beschlossen, das Tägerhard für 70 Millionen Franken neu zu bauen. Das Eisstadion reisst man ab und macht ein Sporthotel etc. Sie machen Investitionen von 70 Millionen. Meine Herren, das ist die Zukunft. Ihr wisst auch weshalb.

Stadträtin Silvia Forster: Ich erlaube mir, auch als Frau etwas zu sagen. Ich möchte einfach etwas auf einen Unterschied hinweisen. Das Land des Sportzentrums Tägerhard, das jetzt Herr Sommer erwähnt hat, ist im Besitze der Gemeinde. Ich möchte ganz klar darauf hinweisen: Olten SüdWest ist nicht im Besitze der Stadt Olten.

Stefan Nünlist: Ich habe eine Frage zu den Kubikmeterpreisen. Der Kubikmeterpreis ist rund Fr. 750.— pro Kubikmeter. Es ist ein relativ einfaches Gebäude, das keinen Keller, Estrich, Lift hat. Sehr, sehr einfachste Art und Weise. Ein normales Mehrfamilienhaus mit einem Eigentumswohnungsstandard baut man heute zwischen Fr. 500.— und Fr. 550.— pro Kubikmeter. Für mich ist der Kubikmeterpreis von Fr. 750.— doch noch erklärungsbedürftig, Silvia Forster.

Stadträtin Silvia Forster: Ich gebe das Wort weiter an Adrian Balz.

Adrian Balz: Im Wohnungsbau haben wir ein Badezimmer, eine Küche und grosse Räume, wo wir einfach die Wände, Boden und Decke haben. Dort ist der Anteil der Sanitär- und Heizungskosten in etwa 7 %. Hier haben wir ein Technikgebäude, wo der Heizung-Sanitäranteil einen Viertel der Baukosten ausmacht. Jetzt könnt Ihr selber ausrechnen, was es hier bei 2,6 Millionen Franken ausmacht. Normalerweise hat man neben der Garderobe auch eine Turnhalle mit einem grossen Volumen dahinter. Dann fällt der Kubikmeterpreis zusammen. Das ist das Volumen an Rasenfläche. Diese haben wir nicht miteinbeziehen können. Wenn wir sie miteinbeziehen würden, kämen wir vermutlich unter Fr. 500.—.

Rolf Sommer: Silvia, das stimmt nicht. Im Tägerhard in Wettingen ist es nicht die Einwohnergemeinde. Es gehört der Ortsbürgergemeinde. Das ist politisch ein Unterschied. Auf der anderen Seite muss man dann eines sagen: Wenn die Stadt Wettingen 70 Millionen Franken investieren kann, was ist das. Du kannst selber nachlesen, dass man bei der Sportstättenplanung zwischen 54 und 60 Millionen Franken gesagt hat. Wenn man Landverhandlungen führen könnte, Silvia, mit dem Gewinn, den wir im Kleinholz oben hätten, mit den 10 Hektaren, hat einiges mehr wert. Von Landerwerb, Landverhandlungen und Arrondierungen etc. habe ich sicher auch etwas eine Ahnung.

Thomas Frey: Ich möchte die Diskussion von Wettingen verlassen, um wieder auf den Kubikmeterpreis zurück zu gehen. Es ist eine Diskussion, die sich hier immer wieder etwas wiederholt. Wir haben beim Feuerwehrmagazin schon über die Baukosten gesprochen, beim Werkhof auch wieder und jetzt auch wieder. Man muss sich einfach die Frage stellen, wieviel die Stadt investieren will oder wie hoch ist man bereit, in städtische Gebäude zu investieren. Ich muss in diesem Zusammenhang zu diesem Projekt jetzt hier sagen, dass es mir vielmals lieber ist, wenn man jetzt hier ein bisschen etwas investiert, weil es ein Gebäude ist, das nahe an den Leuten ist, wo die Bevölkerung etwas davon hat und nicht nur Schneepflüge parkiert werden.

Beschluss

Mit 46 : 1 Stimme wird der Antrag von Rolf Sommer auf Nichteintreten abgelehnt.

Beschluss

Mit 46 : 1 Stimme wird der Rückweisungsantrag von Rolf Sommer abgelehnt.

Beschluss

Mit 45 : 1 Stimme fasst das Parlament folgenden Beschluss:

I.

1. Das Projekt für den Neubau Garderoben wird genehmigt.
2. Der Baukredit im Betrage von Fr. 2'510'000.00 wird zu Gunsten der Investitionsrechnung Konto-Nr. 340.501.09 bewilligt.
3. Eine allfällige Bauteuerung nach dem Zürcher Baukostenindex vom 1. April 2007, Stand 106.2 Punkte, gilt als mitbewilligt.
4. Dieser Beschluss erfolgt unter dem Vorbehalt, dass der Regierungsrat des Kantons Solothurn die Aufsichtsbeschwerde von Rolf Sommer, Olten, gegen den Stadtrat von Olten wegen mangelhafter Führung des Finanzhaushaltes (§ 211 GG) ablehnen wird.
5. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

II.

Ziffer I.2 dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.

Mitteilung an:
Mitglieder des Stadtrates (5)
Baudirektion/Adrian Balz
Finanzverwaltung
Finanzkontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 21. November 2007

Akten-Nr. 13/12, 14/14

Prot.-Nr. 34

Alkoholikertreff Olten/Kreditbewilligung

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat von Olten unterbreitet Ihnen folgenden Bericht und Antrag:

1. Ausgangslage

Der Stadtrat beobachtet die Situation der randständigen Personen im öffentlichen Raum seit längerer Zeit. Er ist besorgt über die Anziehungskraft einer Zentrumsgemeinde auf randständige Personen. Alle Zentrumsgemeinden der Schweiz sind mit vergleichbaren Aufgaben konfrontiert. Der grössere Teil der Bevölkerung steht den stets wechselnden öffentlichen Szenen mit alkoholkonsumierenden Personen ablehnend gegenüber. In Olten bildeten sich solche „Szenen“ in der Winkelunterführung, bei der Wildsau und auf dem Schwanenmätteli. Dabei handelt es sich um Bereiche der Fussgängerzone und um die schönen Orte, die für ein Stadtbild wichtig sind.

Unter der verdankenswerten Führung der Suchthilfe Region Olten, einem vom Regionalverein Olten Gösigen Gäu (OGG) geführten Betrieb, wurden mit den Anwohnenden und den Gewerbetreibenden der Winkelunterführung regelmässige Gesprächsrunden durchgeführt. Auf Seiten der Stadt nahmen die Baudirektion, die Direktion öffentliche Sicherheit und die Sozialdirektion teil. Weiter waren die Kantonspolizei Solothurn, der Rechtsdienst der Kantonspolizei und das Oberamt involviert. Zusammen wurden Probleme aufgelistet, Schwierigkeiten aufgezeigt und Massnahmen besprochen und umgesetzt.

Die Ansicht, die „Szenen“ liessen sich mit Mitteln der Polizei, mit Druck und mit Strafe vertreiben, wurde in der Öffentlichkeit häufig vertreten. In unserem Rechtsstaat werden jedoch öffentliche und private Interessen gegeneinander abgewogen. Privatpersonen dürfen im öffentlichen Raum ihr Bier konsumieren. Die Grenzen werden erst dann erreicht, wenn Interessen Dritter zu schützen sind. Damit die Polizei interveniert, braucht es eine Anzeige.

Stadt- und Kantonspolizei führten unzählige Personenkontrollen durch. Die betroffenen Personen gewöhnten sich jedoch schnell an die Kontrollen, kannten die Polizeibeamten und streckten ihre Ausweise schon von weitem entgegen. Die Gruppe wurde durch diese Massnahmen nicht kleiner!

Die jeweiligen Gruppen waren und sind heterogen zusammengesetzt. Die Personen treffen sich aus verschiedensten Bedürfnissen. Die „Szenen“ mit Alkohol konsumierenden Personen lassen sich nicht auflösen sondern höchstens verlagern und eingrenzen. Die Belastung der Öffentlichkeit soll in einem vertretbaren Rahmen bleiben. Der Platz bei der Wildsau wurde für die Öffentlichkeit attraktiviert. Die Filiale des Bier-Discounters in der Winkelunterführung stellte den Verkauf von Alkohol an Personen aus der Szene ein. Das Geschäft wurde mittlerweile geschlossen. Stadtpräsident Ernst Zingg engagierte sich im Kantonsrat für die Aufnahme eines Wegweisungsartikels in das Polizeigesetz. Wegweisen allein genügt jedoch nicht. Gleichzeitig muss auch eine „Zuweisung“ erfolgen. Es muss ein Ort zur Verfügung stehen, wo betroffene Personen ihr Bier konsumieren können ohne die Öffentlichkeit zu stören, wo sie somit toleriert werden. Nur ist ein solcher Ort nicht einfach zu finden. Wo sollen sich alkoholranke Personen aufhalten?

Die Trägerschaft der Suchthilfe wehrte sich dagegen, in ihren Räumen einen Alkoholtreff einzurichten. Sie sah ihre Aufgabe in den Bereichen Beratung und Prävention. Auf Grund der gemeinsamen Erfahrungen und Diskussionen im Zusammenhang mit den verschiedenen „Szenen“ eröffnete die Suchthilfe auf Probe an der Tannwaldstrasse 50 einen Alkoholtreff. Aus dem provisorischen Betrieb konnten wertvolle Erfahrungen gewonnen werden. Das Projekt gewann das Vertrauen der Trägerschaft. Der Alkoholtreff wurde in der Folge an die Aarburgerstrasse 63 in die Räumlichkeiten der Suchthilfe verlagert. Die Suchthilfe ist dazu bereit, den Treff weiterzuführen, wenn die Stadt ihren jährlichen Betriebsbeitrag leistet. Andernfalls wird das Projekt aus finanziellen Gründen abgebrochen.

2. Betriebserfahrungen an der Tannwaldstrasse 50

Die Suchthilfe eröffnete auf eigene Rechnung im zweiten Quartal 2006 provisorisch einen Alkoholtreff an der Tannwaldstrasse 50 in Olten. Das Angebot entsprach den Bedürfnissen der Betroffenen. 54 Personen nutzten den Treff regelmässig. 35 Personen hatten ihren zivilrechtlichen Wohnsitz in der Stadt Olten. Die Suchthilfe wollte deshalb den Betrieb weiterführen. Der Vorstand OGG beantragte einen städtischen Beitrag in der Höhe der Hälfte der anfallenden Kosten, maximal Fr. 100'000.--, für die Weiterführung des Betriebes im Jahre 2007.

Die Kosten des Betriebes wurden mit Fr. 202'178.-- für das Jahr 2007 veranschlagt. Das Gehalt für die Betreuung wurde mit Fr. 133'600.-- angegeben und wie folgt begründet:

- Öffnungszeiten November bis Februar von 13.00 Uhr bis 18.00 Uhr, 5h pro Tag, 4 Monate
=> 600h
- Öffnungszeiten März bis Oktober 13.00 Uhr bis 21.00 Uhr, bis 18.00 eine Betreuungsperson, ab 18.00 Uhr 2 Betreuungspersonen, da ab 18.00 Uhr schwierigere Klienten auftauchen, 11h pro Tag, 8 Monate
=> 2'640h
- Total: 3'240h, Nettoarbeitszeit pro 100% Stelle 1'775h (2'000 Jahresarbeitszeit abzüglich 164h Ferien, 41h Krankheit, 20h Sitzungen und Mitarbeitergespräche)
=> 180 Stellen-%, Bruttolohn pro 100%-Stelle Fr. 72'200.--

Zeitweise wurde der Treff für Drogenhandel missbraucht. Mit der kurzfristigen Verkürzung der Öffnungszeiten und stärkerer Repression konnte die Situation jedoch wieder stabilisiert werden. Die Suchthilfe ist davon überzeugt, mit erhöhtem Betreuungsanteil und in Zusammenarbeit mit der Stadt- und der Kantonspolizei den Alkoholtreff so führen zu können, dass die Belastung der Umgebung in einem zumutbaren Rahmen bleibt.

Aufgrund des Anteils der Klienten mit Wohnsitz in Olten (35 von 54 oder 65%) schlug der Regionalverein OGG einen Gemeindebeitrag der Einwohnergemeinde Olten in der Höhe der Hälfte der anfallenden Kosten, maximal Fr. 100'000.--, vor.

Mit Beschluss vom 15. Januar 2007 sprach der Stadtrat einen Nachtragskredit für die Aufrechterhaltung des Betriebes im Jahre 2007 aus. Am 14. Mai 2007 genehmigte der Stadtrat den entsprechenden Leistungsauftrag.

3. Neuer Standort des Alkoholtreffs an der Aarburgerstrasse 63

Mitte 2007 konnte der Alkoholtreff in die Räumlichkeiten der Stadtküche der Suchthilfe an der Aarburgerstrasse 63 verlegt und dort weitergeführt werden. Die Stadtküche ist ohnehin der Ort wo sich diese Personen am häufigsten aufhalten, und die Infrastruktur ist ebenfalls vorhanden. Mit der Verlegung des Treffs an die Aarburgerstrasse 63 hat sich auch die Drogenproblematik entschärft.

Die Öffnungszeiten wurden aufgrund der Erfahrungen aus dem früheren Betrieb neu festgelegt. Täglich von 11:30 bis 13:30 Uhr wird wie bis anhin das Mittagessen ausgegeben, ohne Ausschank von Alkohol. Ab 14 bis 21 Uhr können die Besuchenden im Treff Bier kaufen und trinken. Das Bier wird von den Mitarbeitenden verkauft. Im Treff werden zudem **gratis** alkoholfreie Getränke angeboten. Während der warmen Jahreszeit besteht die Möglichkeit, einige Bänke und Tische aufzustellen und das ganze mit einem Sichtschutz zu umgeben. Da keine unmittelbare Nachbarschaft existiert, können die Randständigen im Sommer draussen in Ruhe konsumieren. Es können nur Personen aus dem Raum Olten – Gösgen – Gäu den Treff aufsuchen, diese haben auch einen eigens dafür ausgestellten Ausweis. Die geschulten Mitarbeitenden der Suchthilfe kennen die Klientinnen und Klienten und können auf weitere Bedürfnisse reagieren (Triage). Gleichzeitig entstehen für die Mitarbeitenden Synergien in ihrem Aufgabengebiet.

4. Erwägungen

Grundsätzlich entspricht ein solcher Treff dem Bedürfnis der Betroffenen. Diese - das entspricht leider den Tatsachen - wollen sich weder mit Hilfe einer Therapie noch durch andere Hilfestellungen vom Alkoholkonsum abbringen lassen. Auch das Bundesamt für Gesundheit empfiehlt den Städten die Schaffung solcher Treffs (Nationales Programm Alkohol 2007 – 2011).

Aktuell wird der Alktreff von 81 Personen, davon 50 mit Wohnsitz in Olten, benützt.

Aus städtischer Sicht sollte der Regionalverein OGG den Zweck der Suchthilfe Region Olten erweitern und neben Beratung, Prävention und den schon bestehenden Angeboten der Schadensminderung den Betrieb eines Treffs für Alkoholkonsumentinnen und -konsumenten in das Angebot aufnehmen. Der Regionalverein OGG steht zwar hinter einem Alktreff, erachtet die Führung des Alktreffs jedoch als Sonderleistung insbesondere für die Stadt Olten.

Wird der Treff nicht weitergeführt, treffen sich die Betroffenen an anderen Orten in der Stadt Olten und stossen dort auf Widerstand in der Umgebung. Die Belastung wäre grösser als mit der aktuellen Lösung, da keine Betreuung und keine Infrastruktur vorhanden wären. So gesehen hat sich der Alktreff - bis auf die problematische Phase des Missbrauchs durch Drogenkonsumenten und -händler - bewährt. Die Umsetzung des Wegweisungsartikels kann zudem nur erfolgen, wenn auch ein Ort existiert, der Randständigen zur Verfügung steht. Sonst greift die Wegweisung ins Leere.

Mit der Fortführung des Betriebes sind die damit verbundenen Probleme nicht gelöst. Jedoch wird die Szene geordnet, Betreuung vor Ort findet statt und die Belastung der Umgebung wird - verglichen mit anderen Szenarien - gering gehalten.

Soll der Alktreff weitergeführt werden, ist ein entsprechender Kredit vom Parlament zu bewilligen. Der Regionalverein OGG rechnet weiterhin mit der Übernahme der Hälfte der anfallenden Kosten, jährlich in der Höhe von maximal Fr. 100'000.--. Über das Präsidium des Regionalvereines durch Stadtpräsident Ernst Zingg sowie den beiden Mitgliedern des Fachausschuss Sucht, Stadtrat Peter Schafer und dem Verwaltungsleiter der öffentlichen Sicherheit, Franco Giori, ist die Einflussnahme auf den Betrieb durch die Stadt Olten jederzeit gewährleistet.

5. Wirtschaftlichkeit

Die Kosten zulasten der Einwohnergemeinde Olten betragen jährlich die Hälfte der anfallenden Kosten, maximal Fr. 100'000.--. Die Leistungsvereinbarung zwischen der Einwohnergemeinde Olten als Auftraggeberin und dem Regionalverein Olten – Gösgen - Gäu als Auftragnehmer wird angepasst und verlängert.

Beschlussesantrag:

I.

1. Zugunsten von Konto 450.362.01 Suchthilfe Region Olten wird ein jährlich wiederkehrender Kredit von maximal Fr. 100'000.-- bewilligt.
2. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

II.

Ziffer I.1 dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit der Zustimmungserklärung der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

Heidi Ehram: Die GPK hat den vorliegenden Bericht und Antrag diskutiert. Sie sieht vorwiegend positive Aspekte in der mit dem Regionalverein Olten-Gösigen-Gäu als Auftraggeber der Suchthilfe für Region Olten getroffenen Leistungsvereinbarung und beantragt deshalb dem Parlament, die Vorlage anzunehmen. Man ist der Auffassung, dass auf ein gesellschaftliches Problem, wie es die Randständigen sind, mit einem Angebot reagiert werden muss, weil die Repression allein nicht reicht. Die GPK teilt die Meinung, dass die primäre Aufgabe der Suchthilfe die Beratung und Prävention ist und nicht, den Suchtmittelkonsum für Süchtige zu unterstützen, die sich nicht therapieren lassen wollen. Trotzdem wird der Standort des Alkoholikertreffs in den Räumlichkeiten der Stadtküche an der Aarburgerstrasse begrüsst. Man sieht beim neuen Standort, sofern es funktioniert, vor allem eine verbesserte Situation für die Randständigen, aber auch für die Innenstadt. Der Ort der Suchthilfe wird auch als geeignet angesehen, weil eine professionelle Begleitung vor Ort ist und eine Zuweisung der betroffenen Personen erfolgt, was die Koppelung und Anwendung des Wegweisungsartikels möglich macht. Wichtig ist, dass sich die Szene nicht auf die vorgesehenen Räumlichkeiten begrenzt, sich nicht auf die Seite der Gäubahnbrücke hin ausdehnt und der Verkehrsfluss nicht beeinträchtigt wird. Die angebaute Veranda mit Sichtschutz als Aufenthaltsort im Sommer schirmt zudem die Szene zur Strasse ab. Vor allem auch für das Gewerbe, das viele Reklamationen von Kunden hat entgegen nehmen müssen, ist der neue Standort von Vorteil. So ist denn die Achse Innenstadt-Winkelunterführung und Bifangquartier von der Szene nicht mehr tangiert. Die GPK ist der Auffassung, dass mit der Leistungsvereinbarung, wo auch die Punkte der Repression und Qualitätssicherung enthalten sind, ein Versuch unternommen wird, die Szene in den Griff zu bekommen. Die Einhaltung der Leistungsvereinbarung muss kontrolliert werden. Falls die anvisierten Ziele nicht erreicht werden, muss reagiert werden.

Stadtrat Peter Schafer: Ich danke der Sprecherin der GPK, Heidi Ehram, denn sie hat eigentlich bereits die ganze Vorlage erläutert. Es liegt mir aber trotzdem daran, aus meiner Sicht noch auf drei Punkte hinzuweisen. Erstens: Es ist eine einfache Vorlage mit der Frage: Wollen wir einen Alkoholikertreff, und wollen wir dafür maximal Fr. 100'000.— pro Jahr ausgeben? Geben wir den Randständigen die Möglichkeit, sich in einem geschützten Rahmen aufzuhalten? Zweitens: Was passiert, wenn wir keinen Alkoholikertreff wollen? Wo halten sich diese Personen auf, und wo konsumieren sie Alkohol? Alkohol erhalten sie einfach. Sie können ihn überall kaufen. Drittens: Ich möchte mich bei Herrn Eric Misteli, Geschäftsleiter der Suchthilfe Olten, und dem Regionalverein Olten-Gösigen, dessen Präsident Ernst Zingg ist, bedanken. Ohne Eric Misteli

und ohne Suchthilfe hätten wir den Versuchsbetrieb an der Tannwaldstrasse nie durchführen können. Ohne Versuchsbetrieb gäbe es eben auch keine Ansiedlung des Alkoholikertreffs an der Aarburgerstrasse. Weiter ist der OGG auch bereit, obwohl mehr als die Hälfte der Leute, die dort frequentieren, aus Olten stammt, die Hälfte der anfallenden Kosten zu übernehmen. Das sind maximal Fr. 100'000.—, aus den eigenen Reserven zu bestreiten. Dafür bezahlt nämlich keine Gemeinde ein. Auch dafür möchte ich dem OGG danken. Meine Damen und Herren, diesen Alkoholikertreff braucht es, denn er bringt in der ganzen Stadt eine grosse Beruhigung, die allen gut tut: Dem Gewerbe, den Schulkindern, den Besucherinnen und Besuchern, den Konsumentinnen und Konsumenten. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Luzia Stocker Rötheli: Marion Bachmann und ich haben ja letztes Jahr mit einer Interpellation eine Lösung für einen möglichen Aufenthaltsort von randständigen Personen gefordert. Darauf hin hat sich dann eine Lösung an der Tannwaldstrasse abgezeichnet, wo man einen Versuchsbetrieb geführt hat. Das hat zwar zu einer Verbesserung, aber sicher nicht zu einer optimalen Lösung geführt. Die jetzige vorliegende Lösung mit dem Alkoholikertreff an der Aarburgerstrasse in den Räumlichkeiten der Suchthilfe ist sicher der richtige Schritt, den die Stadt gemacht hat. Es ist so gelungen, die Szene an einem Ort zu konzentrieren. Es wird ein minimales Mass an Betreuung angeboten, wo wir denken, das ist sicher sinnvoll und nötig, und die Infrastruktur der Suchthilfe kann genützt werden. Zudem könnten die Angebote der Suchthilfe, wenn sie dann in Anspruch genommen werden möchten, optimal genützt werden. Aus unserer Sicht ist es nötig und sinnvoll, dass ein solcher Treff geführt wird, um die Probleme der sich bildenden Szene in den Griff zu bekommen. Es ist so eine bessere Kontrolle möglich, und die Belastung der Umgebung ist aus unserer Sicht zumutbar. Sinnvoll und sehr erfreulich finden wir auch, dass der Regionalverein, der die Suchthilfe führt, und die Region somit auch die Verantwortung, auch in finanzieller Hinsicht, übernimmt. Da es sich bei den betroffenen Personen ja nicht nur um Oltnerinnen und Oltner handelt, sondern auch um Leute aus der Region, Olten aber auch in diesem Bereich als Zentrumsstadt fungiert, finden wir es gut, dass die Region eben ihre Verantwortung übernimmt. Wir sind überzeugt, mit dem Alkoholikertreff an diesem Ort eine gute Lösung gefunden zu haben, und werden der Vorlage einstimmig zustimmen.

Jonas Hertner: Das Motiv dieses Antrags ist für uns das Wegweisen und Zuweisen. Das ist eigentlich noch intelligent, macht es aber für uns eher zu einer kosmetischen Massnahme in der Stadt. Alkoholiker sind Randständige, und es gibt sie halt einfach bei uns. Sie machen sich auch bemerkbar in den Städten. Es gibt natürlich auch Leute, die sich daran stören. Das gehört verständlicherweise genau so dazu. Grüne und JA werden diesem Kredit auf jeden Fall zustimmen. Wir finden es auch gut und sehr vorbildlich, dass dem Antrag gleich eine Leistungsvereinbarung beiliegt. Aber in dieser Leistungsvereinbarung vermissen wir noch etwas. Etwas, das die Suchthilfe, die ja diesen Treff betreuen wird, zu mehr machen würde als Hilfe zur Sucht und mehr als nur kosmetische Massnahmen bringen würde. Kommt zu uns in den Treff. Wir verkaufen Euch das Bier höchstens so teuer, wie Ihr es sonst nur im Denner kaufen könnt. Das muss man ja so machen, sonst kämen sie ja dann wahrscheinlich nicht. Wenn dies funktioniert, dass man all diese Alkoholiker in diesem Treff versammeln kann, finden wir es noch wichtig, dass die Suchthilfe alles daran setzt, dass man sie auch entsprechend betreut und die Gelegenheit nützt, um diese Leute von der Flasche weg zu bringen. Wir vermissen dies einfach in der Leistungsvereinbarung. Vielleicht kann man dies noch schriftlich präzisieren. Unsere Fraktion wird dem Antrag zustimmen.

Armand Weissen: Die CVP hat an der Fraktionssitzung eingehend darüber diskutiert, und wir sind grossmehrheitlich der Meinung, dem Antrag des Stadtrates zu folgen und für den jährlichen Beitrag etwas zu leisten. Dass die Stadt Olten für die Randständigen etwas macht, ist gut und recht. Es ist leider der heutige soziale Status, dass es diese Leute überall gibt, nicht nur in Olten, es gibt sie auch im Wallis. Ob es jetzt gerade der richtige Standort ist, mit den Eingangstoren der Stadt Olten dann wirklich einen Treff darzustellen, stellen wir etwas in Frage. Wir möchten aber den Stadtrat auch noch ersuchen, dass die Rahmenbedingungen mit der Trägerschaft ganz

genau kontrolliert werden. Man hat eine Leistungsvereinbarung gemacht, und dort sind diese Punkte unmissverständlich dargelegt worden. Wir hoffen aber, dass diese Punkte auch ganz klar gelebt werden und dass auch wirklich leider kontrolliert getrunken wird. Es darf nicht sein, dass die Stadt nur einen Beitrag leistet, damit ein Treff gestaltet wird, eventuell sogar plötzlich ein Anziehungspunkt ist. Es fehlt uns in dieser Leistungsvereinbarung mit der Trägerschaft vor allem auch, dass nicht nur eine minimale Betreuung ist, sondern dass es eben eine richtige Betreuung ist und vor allem auch die Prävention da sein muss. Wir geben ebenfalls der Hoffnung Ausdruck, dass sich das Drogenproblem in Richtung Alkitreff nicht verlagert, so dass sich mit diesem Treff nicht plötzlich wieder eine neue Szene etabliert. Wir hoffen, dass der Punkt 4.1.2 gemäss Leistungsvereinbarung, wo die Grenzen einer Dienstleistung erwähnt sind, wirklich gut beobachtet wird und wenn es spezielle und ganz besondere Vorkommnisse gibt, man umgehend Massnahmen ergreift und nicht zu lange zuschaut.

Christian Werner: Zuerst zum Positiven: Dieser Alkoholikertreff kann sicherlich dazu führen, dass die öffentliche Alkoholikerszene reduziert bzw. verlagert werden kann. Das bewerten wir grundsätzlich als positiv, weil es ein Beitrag zur Erhöhung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung leistet. Gleichzeitig muss man dies relativieren, weil im Vertrag unter V. Qualitätssicherung ja steht, dass der Zutritt zu den Räumlichkeiten nur den Klientinnen und Klienten, wie man die Süchtigen heute nobel nennt, gewährt wird. Es steht wortwörtlich, dass die anderen Personen weg gewiesen werden. Vor diesem Hintergrund denke ich, dass es dazu führen würde, dass die Personen, die man nachher wegweisen würde, die keinen Zugang erhalten, sich nachher gleichwohl auf öffentlichen Plätzen aufhalten könnten. Das wird dann vor allem auch relevant, wenn die Magnetwirkung, die es bis jetzt gehabt hat, weiter so zunehmen und die Besucherzahlen, wenn man es so sagen kann, weiterhin steigen würden. Bevor ich auf die negativen Punkte des Berichts und Antrags eingehe, gestatte ich mir, noch kurz zwei Aussagen zu den Behauptungen des Stadtrates zu machen. Es geht ja hier in verschiedenen Zusammenhängen um den Wegweisungsartikel, und das ist in dieser ganzen Thematik sicher sehr zentral. Auf Seite 1 des Berichts und Antrags schreibt der Stadtrat von den bierkonsumierenden Privatpersonen im öffentlichen Raum. Dort schreibt er, dass es eine Anzeige braucht, bevor die Polizei intervenieren kann. Ich bin der Meinung, dass diese Aussage falsch ist, weil man heute den Wegweisungsartikel hat, der ja die gesetzliche Grundlage ist, die eben, falls dieses Handeln einem öffentlichen Interesse entspricht und auch verhältnismässig ist, eine Intervention legitimiert. Ich sage es deshalb, weil wir den Wegweisungsartikel als sehr effektives Instrument erachten, und wir fordern den Stadtrat auch auf, bei Bedarf entsprechend Wegweisungen zu verfügen. Zum Zweiten: Auf Seite 3 schreibt der Stadtrat, dass die Wegweisungen nur erfolgen können, wenn ein Ort existiert, der diesen Alkoholikern zur Verfügung steht. Auch dies stimmt meiner Meinung nach nicht, weil der Wegweisungsartikel ist ja dafür da, um die öffentliche Sicherheit und Ordnung und auch die Grundrechte Dritter, aber nicht derjenigen der Weggewiesenen, sicher zu stellen. Es ist also primär ein Schutzinstrument aus Sicht des Staates zugunsten der Öffentlichkeit und eben zu Lasten der Weggewiesenen und Betroffenen. Sinn und Zweck des Wegweisungsartikels ist nicht, den Leuten, die man wegweist, nachher einen Zufluchtsort bieten zu können. Meiner Meinung nach ist dies ein anderes Problem. Zu den Gründen, weshalb wir den Alktreff ablehnen: Das sind im Wesentlichen vier Gründe. Der erste Punkt ist – ich mache hier keinen Hehl daraus – dass wir es grundsätzlich nicht goutieren können, dass sich einzelne Einwohner oder sogar Externe sich auf Kosten des Steuerzahlers – vergebt mir die Wortwahl – besaufen. Das lehnen wir grundsätzlich ab. Zum zweiten Punkt: Der Stadtrat schreibt selber, dass sich die Süchtigen weder helfen lassen noch aussteigen wollen. Das ist sicher tragisch. Damit hat die Suchthilfe eigentlich keinen präventiven Charakter bzw. sie leistet keine präventive Aufgabe, weil ja von Anfang an klar ist, dass diese Leute sowieso nicht aussteigen wollen. Vor diesem Hintergrund kommt eigentlich die Suchthilfe zur einer Suchthilfe im Sinne von Hilfe zur Sucht bzw. eine Suchtunterstützung. Unserer Meinung nach ist diese blosses Suchtunterstützung sicher keine Staatsaufgabe. Das zeigt auch etwas die Tatsache, dass man die Süchtigen eben Klienten nennt, was mir etwas komisch anmutet. Zum Dritten: Die angetönte Anziehungskraft. Wir haben eine Zunahme von 66 % innerhalb eines Jahres vorliegend. Bei den Auswertungen sind 61 %, wo die Frequentierung angestiegen ist. Diese Tendenz bewerten wir als sehr negativ, weil diese

mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auch so weiter führen und es hier zur weiteren Zunahme kommen wird. Ich befürchte etwas, dass Olten zum Mekka der Alkoholiker aus der Region verkommen könnte. Dem stehen wir sicher sehr kritisch gegenüber. Es führt sicher auch zu einer höheren Lärmbelastung und steigert – ich denke, das ist nicht bestritten – die Wahrscheinlichkeit, dass die Drogenproblematik, die ja laut Stadtrat nur – wie er sagt – entschärft, nicht aber gelöst ist, wieder zunehmen könnte. Zum letzten Punkt: Wir kritisieren auch noch die Vertragsdauer. Es findet ja jeweils eine stillschweigende Genehmigung um je ein weiteres Jahr statt. Das heisst, das Parlament hat eigentlich kaum Einflussmöglichkeiten, wenn es nicht gleich das jeweilige Budget ablehnen will. Da die Ablehnung des ganzen Budgets meistens unverhältnismässig wäre oder zu unnötigen Blockaden führen würde, gibt es eigentlich kaum Einflussmöglichkeiten, und es handelt sich in diesem Sinne also eigentlich um eine Blankogenehmigung bis auf weiteres. Auch dies finden wir nicht so toll. Aus diesen Gründen werden wir auf das Geschäft nicht eintreten. Wenn Eintreten beschlossen wird, werden wir einen Rückweisungsantrag stellen oder stellen ihn jetzt schon. Wenn auch dies nicht fruchtet, lehnen wir es ab.

Rolf Schmid: Für diejenigen, die darauf gewartet haben: Bei diesem Geschäft wird jetzt deutlich, weshalb wir zwar mit der SVP in Vielem sehr gut zusammen arbeiten, aber es bei diesen zwei Parteien halt doch noch einen kleinen Unterschied gibt. Wir unterstützen nämlich dieses Geschäft im Sinne des Stadtrates. Wir teilen die Sorge des Stadtrates um die heutige Situation in der Alkoholikerszene. Es ist unseres Erachtens ein sehr sensibles Thema. Es geht letztlich um Menschen. Es geht um Schicksale. Es geht darum, wie man ihnen helfen kann, in der Situation, in der sie im Moment stehen, zu leben. Andererseits – dies erscheint uns besonders wichtig – wie kann man ihnen aus dieser Situation heraus helfen? Es liegt aber eben auch im Interesse der Stadt, dass diese Szene kontrolliert ist bzw. nicht zu einer öffentlichen Belästigung führt, zu einer Beeinträchtigung des Stadtlebens im Allgemeinen. Gerade als Freisinnige sind wir uns aber auch bewusst, wie sensibel das Thema Wegweisung ist, Leute ihrer Aufenthaltsfreiheit zu berauben und sie irgendwo hin zu schicken, wo sie an sich freiwillig hin gehen. Die bisherigen Massnahmen, die in diesem Zusammenhang getroffen sind, würde ich als eigentlich nicht erfolgreich, wenn nicht sogar als kläglich gescheitert betiteln. Man hat doch bisher eigentlich noch nicht sehr viel Erfolg gehabt. Ausnahme – jetzt kommen wir zum Geschäft – ist jetzt der Alkoholikertreff. Ich glaube, der Testversuch ist durchaus erfolgreich gewesen. Wir glauben eigentlich, dass es jetzt wert ist, das Projekt zu verlängern und an der Aarburgerstrasse 63 einen solchen Alkoholikertreff einzurichten. Ich teile die Haltung von Jonas, dass man dort nicht einfach nur Bier ausschenken darf, sondern gerade wenn wir soviel in Arbeitskräfte vor Ort investieren, dass wir etwas mehr erwarten sollten. Ich gehe aber auch davon aus, dass die Leute, die in diesem Alkoholikertreff arbeiten, die Ambition haben, dem einen oder anderen Gast dort zu helfen und zu schauen, dass er vielleicht wieder von diesem Pfad wekommt. Das muss nämlich das Ziel all dieser Aktivitäten im Sozialbereich sein: Den Leuten zu helfen und sie nicht einfach zu verwalten. Der Standort betrachten wir eigentlich auch als sensibel und heikel. Es ist eine Einfahrtsstrasse zur Stadt Olten. Wir wissen auch, dass es die Leute, die sich bei der Suchthilfe aufhalten, gerade im Sommer immer auch etwa an die Aare hinunter zieht, zur Gäubahnbrücke, zum Brunnen. Dort gibt es manchmal ein Hinüberrennen. Teilweise gibt es auch sehr gefährliche Verkehrssituationen, auch mit den Velos, die von der Gäubahnbrücke her kommen. Es ist unser grosses Anliegen und eingehende Bitte, dass hier schon sehr darauf geachtet wird, dass die Vorgaben, die im Bericht und Antrag eigentlich vorgesehen sind, auch wirklich eingehalten werden, weil wir uns sonst als Parlament bemühen müssten, wieder auf die Vorlage zurück zu kommen. Zum Schluss möchte ich noch die Befürchtungen von Christian in eine Frage umwandeln. Ich habe auch gelesen, das Nicht-OGG-Alkoholiker nicht Zutritt zum Alkoholikertreff haben sollten. Meine Frage wäre a: Wie will man dies sicher stellen? B: Was macht man dann mit ihnen? Sind sie dann einfach bei der Wildsau, und die OGGs sind beim Alkoholikertreff? Dann hätten wir nämlich nicht gerade sehr viel erreicht, wenn dies der Fall wäre.

Stadtrat Peter Schafer: Ich teile die Bedenken, die hier von verschiedenen Leuten geäussert worden sind. Es ist ein Experiment in diesem Sinne, und wir versuchen dies jetzt zu machen. Wir

müssen einfach sehen, dass der Hauptfinanzgeber der Regionalverein Olten-Gösigen-Gäu ist. Er leistet mindestens Fr. 100'000.— daran. Ein allfälliges Defizit würde er auch noch übernehmen. Der Vorteil der Suchthilfe an der Aarburgerstrasse ist auch, dass sich bereits die Stadtküche dort befindet. Schon jetzt ist es so, dass nur die Leute in die Stadtküche gehen können, die einen Ausweis haben. Sie sind also bei irgend einem Sozialamt oder der Suchthilfe gemeldet. Mit den alkoholabhängigen Leuten möchten wir eigentlich genau gleich verfahren. Nur diejenigen, die irgendwo gemeldet sind, bei einem Sozialamt oder bei der Suchthilfe, haben Zutritt bei der Suchthilfe. Sonst würde genau dies eintreffen. Sie kämen aus Luzern nach Bern und Olten, um Bier zu trinken. Genau dies wollen wir nicht. Garantieren, wohin diese Leute gehen, wenn einmal jemand kommen würde, kann ich nicht. Vielleicht gehen sie trotzdem wieder zur Wildsau hinunter. Das könnte sein. Aber ich denke, für die Auswärtigen ist es nicht attraktiv. Der Denner in der Winkelunterführung ist geschlossen. Das müssen wir auch ganz klar sehen. Noch etwas zum Leistungsauftrag. Selbstverständlich wird er sehr gut angeschaut. Sobald es im Bereich der Aarburgerstrasse Probleme gibt, die Zustände unhaltbar sind, brechen wir ab. Das haben wir mit Eric Misteli, mit der Suchthilfe, bereits so abgemacht. Im Moment sieht es gut aus. Es sind wirklich geordnete Bahnen. Vielleicht noch für Jonas: Das ist selbstverständlich. Die Personalressourcen, die wir dort im Haus der Suchthilfe bündeln können, wenn die Leute dort Bier trinken kommen, dass gleich ein Berater daneben ist, das ist selbstverständlich vorhanden. Für uns ist dies so normal gewesen. Wir haben gedacht, das müssen wir jetzt nicht noch in den Leistungsauftrag aufnehmen, weil man aus dem Versuch heraus schon gemerkt hat, dass sie einfach einmal Bier trinken wollen. Wenn sich dies entwickelt, dass immer mehr Leute auch Beratung wollen, wird man dies sicher auch wieder neu anpassen. Aber im Moment reicht es so, wie es ist.

Christian Werner: Ich habe einfach noch kurz eine Frage. Ich sehe die Funktion dieser Berater nicht ganz. Wenn doch im Bericht und Antrag ganz klar steht, dass sich diese Leute weder helfen lassen noch aussteigen wollen, was beraten sie denn genau, wie man die Flasche in den Mund nimmt, um das Bier zu trinken oder wie?

Stadtrat Peter Schafer: Diese Leute stehen nicht unter Vormundschaft. Sie haben keinen Beistand. Das sind selbständig denkende Leute. Wir gehen von der Sicht aus: Steter Tropfen höhlt den Stein. Er hat den Schuh in der Beratung, und wenn er will, wenn er einmal eine gute Stimmung hat, geht er zum Berater hinüber. Wir können ihn nicht drängen und nicht zu irgend etwas zwingen.

Rolf Sommer: Als ich den Bericht durchgelesen habe, ist mir etwas nicht klar gewesen. Auf Seite 2, drittunterster Abschnitt, steht: „Aufgrund des Anteils der Klienten mit Wohnsitz in Olten 35 zu 54...“ Wenn ich es richtig lese, sind es 35 Oltnen. Auf Seite 3 steht aber: „Aktuell wird der Alktreff von 81 Personen, davon 50 mit Wohnsitz in Olten, benützt“. Das ist mir irgendwie nicht klar. Kann mir dies jemand arithmetisch ausdeutschen? Dann möchte ich noch etwas wissen. Wieviele Sozialbezüger sind darunter? Ist dies bekannt?

Stadtrat Peter Schafer: Rolf, Du hast Seite 2 zitiert. Der Artikel im drittuntersten Abschnitt läuft unter Betriebserfahrungen aus der Tannwaldstrasse 50. Dort haben wir etwas weniger Leute gehabt, weil dies ausserhalb der Suchthilfe und relativ weit weg gewesen ist. Weil die Stadtküche jetzt eben an der Aarburgerstrasse und der Treff auch, hat es automatisch einen gewissen Anteil Leute mehr dort. Diese Leute sind vorher eher noch Richtung Denner gewesen und haben ihr Bier noch selber gekauft, sind nicht an die Tannwaldstrasse gegangen. Aber jetzt bleiben sie bei der Suchthilfe. Über Mittag ist die Stadtküche geöffnet, von 11.30 Uhr bis 13.30 Uhr, ohne Alkohol. Erst nach dem Mittagessen kann man Alkohol konsumieren.

Rolf Sommer: Meine zweite Frage lautet, wie viele Sozialbezüger es hat?

Stadtrat Peter Schafer: Wir haben zusammen mit der Stadtpolizei und der Kantonspolizei intensive Personenkontrollen im Bereich Schwanenmätteli/Wildsau gemacht. Dort haben wir einmal aufgelistet, ob wir überhaupt Einfluss auf diese Leute nehmen könnten. Es gibt ein paar wenige, die Sozialhilfe erhalten. Die meisten arbeiten normal und wollen sich mit ihren Kolleginnen und Kollegen treffen. Ein hoher Anteil sind auch IV-Bezüger, die tagsüber keine Beschäftigung haben, die sich auch treffen. Aber Sozialhilfebezüger sind es wenige.

Marcel Buck: Wir stellen den Antrag, dass man das Experiment auf ein Jahr befristen könnte und nachher noch einmal mit einem – ich sage einmal - Erfahrungsbericht zurück kommen würde, wie sich dies bewährt hat. Hier würde ich einen zusätzlichen Bericht und Antrag machen.

Stadtrat Peter Schafer: Den Versuchsbetrieb haben wir bereits an der Tannwaldstrasse gehabt. Dort haben wir positive Erfahrungen sammeln können und möchten dies jetzt gerne in ein Definitivum an der Aarburgerstrasse überführen. Wir haben im Stadtrat bereits den Betrag für ein Jahr genehmigt. Aber jetzt geht es an das Parlament, weil wir jetzt während eines Jahres gute Erfahrungen gemacht haben. Für uns ist der Versuch beendet.

Marcel Buck: Wir stossen uns eigentlich auch nur daran, dass die Fr. 100'000.— einfach alle Jahre wiederkehrend sind, das heisst im Budget enthalten ist. Man weiss von Lysistrada noch, wie schwierig es ist, ein solches Projekt aus dem Budget heraus zu nehmen. In diese Richtung gehen unsere Befürchtungen.

Jonas Hertner: Ich finde das Motto „Steter Tropfen höhlt den Stein“ gut, nachdem es vielleicht vorher noch „Stetes Schlucken höhlt die Flasche“ gewesen ist. Ich möchte kurz etwas Richtung Christian Werner sagen. Was den Wegweisungsartikel betrifft: Wenn man diesen jemals auf diese Situation anwendet, wie es zum Beispiel bei der Wildsau gewesen ist, wird es nie ein Instrument, um die Grundrechte von irgend jemandem auszuhebeln, jetzt rein juristisch. Ich hätte noch eine Frage an den Stadtrat. Zwar betrifft es in der Leistungsvereinbarung unter Punkt 4.1.2 Grenzen der Dienstleistungen. Was versteht Ihr unter unhaltbarer Situation, ob hier irgendwie Grenzen sind oder wie weit sie gehen dürften?

Stadtrat Peter Schafer: Wenn es dort verkehrsmässig Probleme gibt, wenn wir wahnsinnig viele Klagen von Anwohnern erhalten, wenn auch die Polizei einschreiten muss, dann haben wir unhaltbare Zustände. Aber ich kann Dir jetzt nicht quantifizieren, wie hoch, gross, breit und schwer. Aber einfach wenn es dort eine Zunahme der Einsprachen und Beschwerden gibt, werden wir sicher einschreiten.

Dr. Arnold Uebelhart: Ich habe Freude gehabt an Christian Werner, dass er von Mekka redet. Aber ich glaube, Alkohol ist in Mekka sehr verboten, und Minarette haben wir auch noch nicht viele in Olten. Der Punkt mit dem Klienten ist natürlich schon richtig. Du weisst ja dies. Ein Klient ist ein Abhängiger. Ich glaube, das ist das richtige Wort. Der Jurist spricht auch von seinen Klienten. Die Sache mit dem „Besaufen“ finde ich auch noch heikel von Dir. Ich fahre dort meist viermal täglich vorbei. Diese Leute sind eigentlich nicht besoffen. Sie müssen einfach ihren Pegel haben. Aber ich staune, wie sie dann noch fit sind. Sie sind wirklich nicht besoffen. Ich meine es wirklich ernst. Sie gehen nicht, um sich zu besaufen – jetzt komme ich zum ernstesten Teil – sondern sie müssen einfach ihren Pegel haben. Dann funktionieren sie. Die Sache mit dem „steten Tropfen“ kann ich wirklich bestätigen. Sie haben doch teilweise eine Tagesstruktur. Ich rufe Dich in der Nacht einmal an, wenn ich ausrücken muss. Da gibt es x Leute, Meierhof etc., die tagsüber saufen. Sie hängen herum. Ihnen wird Zeug gebracht. Teilweise muss man die Rechnungen Euch schicken, teilweise nicht. Das ist schlimm. Ihnen sage ich: Geht doch auch einmal an diesen Treff. Dann gibt es einmal andere. Dann kommt eben schon die Betreuung. Das bringt schon etwas. Es ist eben eine Tatsache. Häufig trinkst Du nicht ewig, sondern Du kommst wirklich daraus hinaus, aber mit den Hirnschäden. Ich möchte die Wörter mit besaufen noch etwas herunter nehmen. Fachlich bringt dies wirklich sehr viel. Der Punkt mit dem Gefährlichen stimmt.

Da erschrecke ich jeweils auch. Sie gehen vom Bushäuschen hinaus. Ich weiss nicht, wie man dies lösen kann. Ich meine, Christian Werner hat auch recht. Die Polizei darf nach Polizeireglement § 19 – das haben wir beim Wegweisungsartikel bereits besprochen – selber Leute wegweisen. Es braucht keine Anzeige. Hier hat er wirklich recht. Recht haben wenn Du recht hast, finde ich in Ordnung. Man muss dies unbedingt unterstützen. Was haben wir sonst? In den amerikanischen und auch in deutschen Städten sieht man dies ja. Sie hängen herum, fallen um, erbrechen, die Polizei muss kommen, der Krankenwagen kommt. Fr. 300.— für den Krankenwagen, Fr. 1'000.— in der Nacht und und und... Ich möchte auch den SVP-Leuten sagen: Überlegt Euch genau, was Ihr sagt. Du, Marcel, hast natürlich auch Interesse, dass sie dort drüben sind und nicht unter Deinem Türchen und dort rütteln und trinken. Dir bringt dies etwas. Ich würde sagen, dann enthaltet Euch wenigstens. Aber überlegt, was Ihr sagt.

Christian Wüthrich: Stillschweigen löst dies aus. Der Stadtrat unterstützt ja die Vorlage, und ich denke, Ihr habt Euch über gewisse Kontrollmechanismen auch Gedanken gemacht. Wie löst Ihr es auf der Stadtratseite? Das wäre vielleicht eine Frage, welche die ganze Geschichte auf der Seite von Marcel entkräften könnte.

Stadtrat Peter Schafer: Wir beobachten diese Situationen ja schon ziemlich lange. Wir haben auch einen Ausschuss Sucht im Regionalverein Olten-Gösgen-Gäu, der intensiv mit der Suchthilfe zusammen am Ball bleibt. Wir haben dort einen Vertreter der Kantonspolizei, der Stadtpolizei, der Suchthilfe selber. Wir haben jemanden aus der oberen Region, jemanden aus der unteren Region. Wir treffen uns regelmässig zu einem Gedankenaustausch. Wenn wir jetzt dort einmal einen Rückgang der Frequenz der Leute feststellen sollten, würden wir selbstverständlich mit dem Angebot zurück fahren. Das wäre ganz klar. Es ist einfach jetzt über die Jahre, wo wir dies festgestellt haben, kein Rückgang zu vermerken und eine gleichmässig grosse Personengruppe. Aber selbstverständlich erheben wir die Zahlen auch respektive lassen sie von der Suchthilfe erheben. Wenn wir dort etwas feststellen, müssen wir es anpassen.

Beschluss

Mit 43 : 4 Stimmen wird Eintreten beschlossen.

Andreas Schibli: Ich verlange, dass das Quorum noch einmal erfasst wird. Meiner Ansicht nach sind 46 stimmberechtigte Ratsmitglieder anwesend. Ich habe dies jetzt den ganzen Abend mitverfolgt.

Parlamentspräsidentin Iris Schelbert: Ich bitte die Stimmenzählerin und Stimmenzähler zu schauen, wer hier sitzt.

Es gibt 47. Wir sind mit 43 : 4 Stimmen eingetreten.

Die SVP hat einen Rückweisungsantrag gestellt, über den wir jetzt abstimmen.

Beschluss

Mit 41 : 4 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird der Rückweisungsantrag abgelehnt.

Beschluss

Mit 40 : 4 Stimmen bei 2 Enthaltungen fasst das Parlament folgenden Beschluss:

I.

1. Zugunsten von Konto 450.362.01 Suchthilfe Region Olten wird ein jährlich wiederkehrender Kredit von maximal Fr. 100'000.-- bewilligt.
2. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

II.

Ziffer I./1 dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.

- - - - -

Mitteilung an:
Mitglieder des Stadtrates (5)
Direktion Soziale Dienste/Herrn Hans Peter Müller
Finanzverwaltung
Finanzkontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 21. November 2007

Akten-Nr. 22/7

Prot.-Nr. 35

Ladenschlusszeiten an Samstagen, Änderung/Teilrevision Ladenschlussverordnung

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat von Olten unterbreitet Ihnen folgenden Bericht und Antrag:

Ausgangslage

Mit Schreiben vom 12. Oktober 2007 gelangte der Gewerbeverband Olten an die Direktion Öffentliche Sicherheit mit dem Gesuch, die Ladenschlusszeiten an Samstagen um 1 Stunde hinauszuschieben und per 1. Januar 2008 generell auf 17.00 Uhr festzulegen. Bei den Detaillisten, sowohl im Mitgliederkreis wie bei den Nichtmitgliedern, sei eine Befragung durchgeführt worden und die Zustimmung für Ladenöffnung am Samstag bis 17.00 Uhr liege bei 65 %. Die Meinung des Personals wurde über die Gewerkschaft UNIA erfragt. Obschon ein sehr grosses Verständnis für dieses Anliegen vorhanden ist, findet man zurzeit keine Mehrheit für eine Zustimmung zur Offenhaltung bis 17.00 Uhr.

Gestützt auf die kantonale Verordnung und die Beschlüsse des Stadtrates vom 24. September 1987 bzw. 13. März 1995 wurde der Ladenschluss an Samstagen sowie Heiligabend und Silvester auf 16.00 Uhr festgesetzt. Dieser heute geltenden Regelung wurde durch den Vorsteher des Polizei-Departementes des Kantons Solothurn am 16. März 1995 die Genehmigung erteilt.

Die kantonale Verordnung über den Ladenschluss (KRB vom 25. Februar 1987) gibt in § 4, Absatz 4 den Einwohnergemeinden die Möglichkeit den Ladenschluss an Samstagen sowie am 24. und 31. Dezember bis 17.00 Uhr hinauszuschieben.

Erwägungen

Die vorberatenden Stellen befürworten das vorliegende Gesuch. Einerseits entspricht es offensichtlich einem Wunsch der Kundschaft und diesbezügliche Bestrebungen des örtlichen Gewerbes sollen nach Möglichkeit unterstützt werden. Zudem wird darauf hingewiesen, dass die nahegelegenen Einkaufszentren Perry-Markt in Oftringen sowie der Gäupark in Egerkingen, aber auch die Geschäfte der Städte Aarau, Solothurn und Grenchen an Samstagen bis 17.00 Uhr geöffnet sind.

Unter Berücksichtigung der vorliegenden Argumente beantragt deshalb der Stadtrat dem Gemeindeparlament, die städtische Ladenschlussverordnung im Sinne der Gesuchsteller teilweise zu revidieren und dem Departement des Innern des Kantons Solothurn die Genehmigung zu beantragen.

Synoptische Darstellung

Ziff 1.2	alt	neu
Ladenschluss	Montag bis Mittwoch und Freitag um 18.30 Uhr; an Samstagen und am 24. und 31. Dezember um 16.00 Uhr	Montag bis Mittwoch und Freitag um 18.30 Uhr; an Samstagen und am 24. und 31. Dezember um 17.00 Uhr

Beschlussesantrag:

I.

1. Der Teilrevision von Ziff. 1.2 der Ladenschlussverordnung vom 13. März 1995 wird zugestimmt. Sie tritt unter Vorbehalt der Genehmigungserteilung durch das Departement des Innern des Kantons Solothurn per 1. Januar 2008 in Kraft.
2. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt

II.

Ziff. I.1 des Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit dem Ablehnungsantrags des Parlamentbüros zugestellt.

Werner Good: Im Büro ist die Vorlage eingehend diskutiert worden. Leider sind damals die Informationen noch eingeschränkt gewesen. Der Brief des Gewerbeverbandes muss zum Teil auch noch ausgedeutet werden. Einige zusätzliche Informationen lassen heute sicher auch andere Meinungen vertreten als ich jetzt hier. Bei den Gegnerinnen und Gegnern der Vorlage sind folgende Überlegungen im Vordergrund gestanden: Die eine Überlegung ist zu Gunsten des Verkaufspersonals gegangen, das von einer solchen Regelung am meisten betroffen ist, weil um 17 Uhr nicht einfach Schluss ist. Eine zweite Überlegung sind die Kleinbetriebe gewesen, die sehr oft mit eigenen Leuten arbeiten und sehr schwer kompensieren können. Dann hat es auch noch eine Diskussion um die Ausdehnung auf den 24. und 31. Dezember gegeben. So hat das Büro mit 2 : 3 Stimmen gegen die Änderung und Teilrevision gestimmt. Wir haben schon und können sicher heute auch noch weitere Informationen erhalten, die vielleicht auch zu anderen Überlegungen führen können.

Stadträtin Doris Rauber: Innerhalb eines Monats vom Gesuch des Gewerbe Olten bis heute haben wir das Geschäft bereits im Parlament. Mit diesem Tempo will der Stadtrat ein Zeichen für das Gewerbe setzen. Das Gewerbe soll Gelegenheit haben, bereits ab 1. Januar 2008 die neuen Öffnungszeiten anbieten zu können. Das ist eine Möglichkeit für das Gewerbe und kein Zwang. Das Gewerbe, das die Gelegenheit wahrnehmen will, kann den Laden am Samstag bis 17 Uhr geöffnet haben. Fabian Aebi, Präsident Gewerbe Olten, steht heute Abend für fachliche Fragen zur Verfügung. Der Stadtrat bittet das Parlament, der Vorlage so zuzustimmen.

Brigitte Kissling: Die Läden in Olten sollen ihre Konkurrenzfähigkeit erhalten oder sogar verbessern können. Damit sie dies tun können, ist neben einem auszubauenden breiten Ladenmix sowie angepassten Ladenmietzinsen eben auch eine Anpassung der Ladenöffnungszeiten von Nöten. Ausgerechnet am Samstag, wo die Kunden Zeit haben zu flanieren und sich das eine und andere zu erwerben, schliessen die Läden in Olten bereits um 16 Uhr, wo hingegen in den umliegenden Einkaufszonen bis um 17 Uhr geöffnet ist. Wir möchten in Olten Arbeitsplätze erhalten und fördern. Wenn die Läden nicht mehr konkurrenzfähig sind und die Kundschaft abwandert, kommt es zu weiterem Ladensterben und damit gehen auch wertvolle Arbeitsplätze verloren. Nicht nur der Arbeitsplatzverlust wäre eine Folge davon, sondern auch die Vitalität der Stadt würde mit einem weiteren Ladensterben gefährdet. Wir wollen eine lebendige und nicht eine tote Stadt. Deshalb unterstützen wir das Anliegen des Gewerbes. Wir gehen davon aus, dass sich die Arbeitgeber einsetzen, dem Verkaufspersonal, das am Samstag eine Stunde länger arbeiten muss, Kompensationsmöglichkeiten anbieten und so die vertraglich festgemachten Arbeitszeiten eingehalten werden. Dem Verkaufspersonal danken wir, dass es sich für die Kundschaft einsetzt und diese Anliegen auch ernst nehmen. In diesem Sinne stimmen wir dem Willen des Gewerbes zu.

André Köstli: Auch wir unterstützen das Gesuch um die Änderung der Ladenschlussverordnung. Die SVP-Fraktion ist ganz klar der Meinung, dass auch wir hier in Olten wirklich kein Inselverein sein sollten und deshalb oder genau aus diesem Grunde geben wir den grösseren, nahe gelegenen Einkaufszentren ein Zeichen, dass wir hier in Olten für unseren Detailhandel eintreten. Deshalb sind wir einstimmig dafür, dem Gesuch zuzustimmen.

Christian Wüthrich: Die FdP-Fraktion dankt dem Stadtrat für seine Einschätzungen und auch für die Unterstützung. Wir hier in Olten haben mit unseren alten Öffnungszeiten sicher eine Insellösung, die eigentlich nur uns selber schadet. 17.00 Uhr Ladenschluss an Samstagen ist unterdessen normal rund um Olten akzeptiert. Nicht nur von den Ladenbesitzern, sondern auch von der Mehrheit des Verkaufspersonals. Auch sind wir der Meinung, dass dies eine kleine, weitere Attraktivitätssteigerung für unsere Stadt ist und auch für das Gewerbe etwas bringen wird. Es ist im Moment sicher auch ein wichtiges und richtiges Zeichen für das Gewerbe, zu zeigen, dass man diese Anliegen ernst nimmt und die Weiterentwicklung macht. Im Übrigen ist ja niemand gezwungen, seinen Laden an Samstagen bis 17.00 Uhr zu öffnen, aber diejenigen, welche dies gerne möchten, sollen dies machen können. Die Eröffnung von diversen Tankstellenshops mit verlängerten Einkaufsmöglichkeiten bis mittlerweile um Mitternacht wird im ganzen Land, nicht nur im Kanton, heftig genützt - das zeigen die Zahlen - und widerspiegelt, dass unsere moderne Gesellschaft dann einkaufen möchte, wenn sie a Zeit und b Lust hat. Es ist eine Tatsache, dass sich das Einkaufsverhalten auch im Ausnahmekanton Solothurn geändert hat und nicht nur in den fortschrittlicheren, moderneren attraktiveren Nachbarkantonen. Wenn wir den anderen auf der grünen Wiese etwas entgegen halten möchten, machen wir jetzt sicher einen richtigen Schritt. Er ist zwar klein, aber richtig. Die FdP-Fraktion wird dem Beschlussesantrag des Stadtrates einstimmig zustimmen.

Theo Schöni: Die Grünen/Jungen Alternativen befürworten mehrheitlich die Änderung dieser Verordnung, wenn auch nicht mit Euphorie. Dass Gewerbe und Konsumentinnen und Konsumenten dem auch zustimmen würden, ist klar. Es gibt noch eine dritte Gruppe: Das Personal - dies geht aus dem Bericht und Antrag auch hervor - findet dort keine Mehrheit. Für uns wäre es denkbar gewesen, eine solche Regelung nur auf die Samstage zu begrenzen. Mit einer solchen Lösung wäre das Gewerbe natürlich gefordert, ein entsprechendes Zeichen zu setzen. Als Gegenleistung zu den längeren Öffnungszeiten an den Samstagen wäre es denkbar, dass zum Beispiel gerade am 24. und 31. Dezember die Ladenschlusszeit auf 12.00 Uhr festgesetzt würde. Das würde den Angestellten ermöglichen, sich wenigstens auf die beiden Festtage wie alle anderen Leute vorzubereiten, und sie könnten sich auch darauf freuen. Die Erfahrungen in verschiedenen Ländern und in einzelnen Schweizer Kan-

tonen, die keine Regelung der Ladenöffnungszeiten kennen, haben gezeigt, dass die Bedürfnisse von Konsumentinnen und Konsumenten für flexiblere Öffnungszeiten nicht unbegrenzt sind. Ob die Auswirkungen von flexibleren Ladenöffnungszeiten positiv oder negativ sind, hängt wesentlich von den Rahmenbedingungen, sprich arbeitsrechtlichen Bestimmungen, Wettbewerbssituation im Detailhandel und dem Ausmass der Liberalisierung generell ab. Die Vorlage erweckt den Eindruck, dass sich die Veränderung der Ladenöffnungszeiten nur positiv auf den Handel und Umsatz ausrichten wird. Dass es aber auch eine Erhöhung von Personal- und Betriebskosten zu kompensieren gibt, davon liest man hier nichts.

Roland Rudolf von Rohr: Die CVP/EVP-Fraktion stimmt dem Beschlussesantrag grossmehrheitlich zu. Es ist diskutiert worden darüber. Es hat auch Argumente dagegen gegeben, für die man Verständnis gehabt hat. Die meisten sind jetzt schon genannt worden, die ich gar nicht mehr erwähnen möchte. Der wichtigste Punkt, der dafür spricht, ist sicher das In-seldasein, das jetzt so eklatant geworden ist, wie es vor wenigen Jahren nicht gewesen ist. Olten ist tatsächlich die Insel, die nur noch bis 16 Uhr offen hat. Das sollte man beheben können, und das können wir mit diesem Beschluss heute. Es ist auch das Argument gefallen, dass es nicht mehr Umsatz gibt, weil der Kuchen bekanntlich nur einmal zu verteilen ist. Dieses Argument stimmt natürlich in der Region oder überregional. Aber auf die Stadt Olten bezogen stimmt es natürlich nicht, denn es wird dann sicher mehr Umsatz gemacht. Der Umsatz, der in Olten dann nicht gemacht werden kann, wäre sicher andernorts möglich. Das wäre sicher nicht im Sinne unserer Stadt. Ich persönlich bin sehr froh über die vorherigen Voten, wo man eine sehr geringe Opposition spürt. Ich möchte mich auch im Namen des Gewerbes beim Stadtrat recht herzlich bedanken, der hier wirklich sehr temporeich gehandelt hat. Ich glaube, es wäre eine gute Sache für unsere Stadt, das Gewerbe und lässt gleichwohl noch Freiheiten für die kleineren offen, die nicht öffnen und zuerst abtasten wollen. Das ist durchaus möglich, obwohl sich gerade auch der Gewerbeverband bemühen wird, möglichst einheitliche Lösungen zu finden und sie nachher auch der Clientèle entsprechend zu kommunizieren.

Mario Clematide: Für einmal lege ich die einzige Interessenbindung, die ich habe, offen. Das ist diejenige meiner Lernenden. Das heisst auch, dass ich nicht unbedingt repräsentativ bin, damit ich es ganz klar gesagt habe. Ich stimme heute Abend im Sinne der Mehrheit meiner beiden Klassen von angehenden Detailhandelsfachleuten.

Felix Wettstein: Ich hätte noch eine Bemerkungen zu den Einleitungen von Doris Rauber. Du hast gesagt, wir haben für fachliche Fragen heute Herrn Fabian Aebi hier. Das schätze ich sehr, habe aber an ihn keine fachliche Frage. Ich vermisse eine zweite Person für fachliche Fragen, nämlich eine Vertretung des Verkaufspersonals. Dort hätte ich tatsächlich eine fachliche Frage.

Stadträtin Doris Rauber: Ich würde Dir vorschlagen, diese Frage trotzdem Fabian Aebi zu stellen, weil er ja als Gewerbe Olten mit der Gewerkschaft Unia verhandelt. Von daher kann ich mir vorstellen, dass er diese Frage unter Umständen auch beantworten kann.

Felix Wettstein: Herr Aebi, nach meinen Informationen trifft es zu, dass, wenn Öffnungszeiten ausgedehnt werden, das Verkaufspersonal, insbesondere im Dezember, unter Druck steht, Überzeiten zu machen, die sie sich „ans Bein streichen“ müssen, die sie nicht kompensieren können. Mich interessiert, ob Sie darüber Angaben haben. Der Hintergrund ist ganz klar. Wir haben eine Erwartung, dass die Arbeitgeber im Gewerbe die Bedingungen so machen, dass das Personal deswegen nicht länger arbeiten muss, das heisst, man muss um dies mehr Leute einstellen.

Fabian Aebi: Klar hat diese Verlängerung Auswirkungen auf die entsprechenden Mitarbeiter. Aber ich bitte, hier der Vernunft von sämtlichen Patrons zu vertrauen. Nur mit motivier-

tem Personal kann man heute Erfolge feiern. Entsprechend ist jeder Patron gefordert, gute Lösungen für die Mehrstunden seiner Mitarbeiter zu suchen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass, wenn in der Adventszeit Überzeiten geleistet werden, diese nachher nicht kompensiert werden können. Ich gehe auch davon aus, dass eine 41-Stunden-Woche eine 41-Stunden-Woche bleibt, dass dies nicht korrigiert wird. Von einer reinen Abschiebung – das ist noch etwas, das ich gehört habe – der Problematik respektive Mehrstunden nur auf weibliche Mitarbeiter kann hier kaum die Rede sein. Alle sind gefordert in dieser Beziehung. Es ist klar, Herr Clematide, wenn man junge Leute fragt, sie haben nicht ein grosses Interesse, am Samstag noch eine Stunde länger zu arbeiten. Sie haben natürlich Interesse, dann auch einmal in den Ausgang zu kommen. Es ist eine Mehrleistung. Ich denke, über Sinn und Unsinn der Ausdehnung und Erweiterung der Ladenöffnungszeiten kann man sich streiten. Ich bin auch kein Freund des berühmten immer mehr machen zu können. Aber die Frage der Vernunft lässt sich hier natürlich diskutieren. Ich gehe jedoch davon aus, dass, wenn man als Patron motivierte Leute behalten will, man nicht einfach aussagen kann, sondern sich entsprechend auch erkenntlich zeigen muss. Dass für den Detaillisten der Dezember, die Adventszeit enorm wichtig ist, liegt auf der Hand. Entsprechend muss man aber dort nachher Lösungen in der etwas stilleren Zeit suchen.

Caroline Wernli Amoser: Es ist richtig, so wie es Brigitte Kissling gesagt hat, dass die Vorlage bei uns grundsätzlich nicht umstritten gewesen. Es ist mir aber trotzdem ein Anliegen. Es hat kritische Stimmen gegeben. Wir haben darüber auch diskutiert und zwar im Zusammenhang mit dem 24. und 31. Dezember. Das ist ja von den Grünen auch erwähnt worden. Wir haben in diesem Zusammenhang auch überlegt, ob wir einen Antrag stellen wollen, dass man dort die Öffnungszeiten auf 16 Uhr beschränkt und eben nicht verlängert. Bei einigen ist der 24. wichtig, bei anderen der 31. Ich denke, das ist zum Teil wirklich hart, wenn man halt so lange bleiben muss. Es ist auch gesagt worden: Man kann ja dann nicht um 17 Uhr den Laden verlassen. Wir haben uns entschieden, dass wir den Antrag nicht stellen. Ich möchte aber, wenn Herr Aebi anwesend ist, einfach wirklich das Anliegen an das Gewerbe übermitteln, dass man dies sorgfältig prüft und wenn man dann merken sollte, es tröpfeln einfach noch ein paar ein, man dort dann möglichst bald reagiert und dies entsprechend wieder kürzt. Es ist mir bewusst, dass es kompliziert ist, wenn man unterschiedliche Zeiten hat. Aber ich denke, 24. und 31. könnten sich die Leute merken, sollte man zum Schluss kommen, dass man dort effektiv wieder auf 16 Uhr herunter gehen kann.

Anna Engeler: Ich bin grundsätzlich für diese Vorlage, habe aber trotzdem noch einen kritischen Einwand sprich kritische Frage an Herrn Aebi. Das Argument, das immer wieder gekommen ist: Es steht dem Gewerbe ja offen, die Öffnungszeiten auszudehnen. Ist dies nicht ein Scheinargument, dadurch, dass eben der Konkurrenzdruck gerade in einer Kleinstadt und unter Kleingewerbe so gross ist, dass es sich nachher ein kleines Geschäft gar nicht leisten kann, die Öffnungszeiten eben nicht anzupassen?

Fabian Aebi: Dessen sind wir uns auch bewusst, und ich glaube, das ist ein Prozess, den wir hier in Gang geben. Es geht darum, dass wir nachher fixe Blockzeiten haben - ich sage es jetzt einmal so – wo der Konsument, der nach Olten kommt, genau weiss, zwischen dann und dann hat jedes Geschäft geöffnet. Ich glaube, dann hat man auch Verständnis, dass es ein Ein- oder Zwei-Mann-Geschäft natürlich früher aufhört, vielleicht um 16 Uhr schliesst. Ich hoffe hier einfach, diesen Prozess lancieren zu können, und dass es vielleicht in zwei, drei Jahren einmal so weit ist, dass man sagt: Wir als Detaillisten als Gesamtes müssen ein Bild abgeben, infolgedessen wollen wir doch einheitliche Öffnungszeiten haben und entsprechend den Konsumenten so ansprechen. Das ist wie bei einem guten Essen. Der Hauptgang ist gut. Dann kommt noch das Dessert. Ich gehe auch in den letzten Laden, der schon um 15 Uhr oder 16 Uhr schliesst. Dann ist der Eindruck, den ich als Aussenstehender, der nach Olten kommt, habe, einfach nicht so ein guter. Jetzt hat er mich enttäuscht. Deswegen bin ich jetzt extra noch gekommen, und jetzt hat er geschlossen. Aber das können wir nicht

befehlen. Das wollen wir auch nicht. Diesen Prozess haben wir mit der ersten Landsgemeinde eingeleitet. Ich brauche hier Detaillisten, die miteinander solche Sachen diskutieren, und im Laufe der Zeit sagen müssen: Als Gesamtes müssen wir so auftreten können. Wir wollen dies nicht befehlen, überhaupt nicht. Hier ist sich immer noch jeder selber Herr und Meister. Aber als Gesamtes ist es mir ein Anliegen, dass wir ein gutes Bild abgeben für denjenigen, der nach Olten hinein kommt um einzukaufen.

Rudolf Moor: Ein Teil von dem, was ich eigentlich habe anregen wollen, ist jetzt schon gesagt worden. Mir ist bei Christian Wüthrich aufgefallen, dass er gesagt hat, es ist nachher jedem frei gestellt, offen zu halten oder nicht offen zu halten. Aus meiner Sicht ist genau dies natürlich nicht das Ziel, und ich glaube, die Gründe sind jetzt erwähnt worden. Ich möchte eigentlich den Gewerbeverband schon auch ermuntern, dass, wenn man es schon macht, es eigentlich so sein müsste, dass es einigermaßen dicht ist, weil ich glaube, dass es nichts Ärgerlicheres gibt, als wenn man in die Stadt geht und zwar eine Brille vielleicht noch kaufen kann, aber wenn man Fotos vom Entwickeln holen möchte, alles schon geschlossen ist. Das ist natürlich absolut schlecht für das Image. Ich glaube, die Freiheit, die man sicher hier nicht wegnehmen kann, hat natürlich auch ihre Nachteile.

Dr. Arnold Uebelhart: Wenn Herr Aebi hier ist, möchte ich noch etwas fragen. Ich glaube, Ihr habt schon auch noch ein Problem. Ihr habt 215 Fragebogen versandt, und 60 % haben geantwortet. Das ist eigentlich nicht so viel. 130 haben geantwortet. Davon haben 65 % ja gesagt. 85 dieser 215 Angefragten sind dafür. Was ist hier der Grund? Sind es die Kleinen, die denken: Wir bleiben gleichwohl bei 16 Uhr. Eine Brille muss ich wahrscheinlich nicht am Samstag zwischen 16 und 17 Uhr kaufen. Wie ist dies?

Fabian Aebi: Es gibt grundsätzlich nicht ein einheitliches Bild. Alle Apotheker sind dagegen und vor allem die Kleinen. Hier muss ich Ihnen recht geben. Es gibt solche, die massiv Druck machen. Wir haben Denner-Werbung gehört. Ich mache jetzt noch Coop-City-Werbung. Sie haben massiven Druck von oben, dass sie bis 17 Uhr offen halten können. Migros genau gleich. Früher dagegen gewesen, jetzt habe ich sie massiv im Rücken, damit wir dies erreichen. Aber beim Einmann- oder Zwei-Mann-Betrieb gibt es die Probleme, die wir vorher gehört haben, und in einer brieflichen Umfrage haben sie entsprechend nein gestimmt. Wir haben uns nachher die Zeit genommen – ich persönlich auch – dass wir einzelne noch einmal besucht haben, ein wenig mit ihnen diskutiert haben. Wenn man dann etwas argumentieren und mit ihnen reden kann, sieht es dann plötzlich anders aus. Wir müssen jedoch jeden davon überzeugen, dass er bis 17 Uhr offen hält respektive in den Blockzeiten, die wir miteinander bestimmen wollen, jeder Laden offen hält. Sonst haben wir verloren. Da gebe ich Ihnen recht.

Mario Clematide: Ich möchte mich noch einmal für meine jungen Leute wehren. Es ist etwas respektlos, Herr Aebi, wenn Sie die Meinung der Jungen abgekanzelt haben, indem Sie gesagt haben, es ist klar, wenn man Junge fragt, dass sie am Samstag einfach gehen wollen im Sinne von sun, fun and nothing to do. Ich gehe davon aus, dass die Lernenden in der Erwachsenenwelt im Geschäft auch etwas zuhören, was gesagt wird. Von daher kann man dies nicht mit diesem Argument abtun.

Christian Wüthrich: Ruedi, es ist natürlich schon die Meinung, dass alle mitmachen. Aber es gibt Einwände, wie wir es vorher gehört haben. Aber das soll nicht daran hindern, dass die anderen, welche dies eben durchziehen möchten, bis 17 Uhr offen halten können. Die Empfehlung wäre bis 17 Uhr. Aber man ja gesetzesmässig niemanden zwingen, den Laden zu öffnen respektive man kann die Schlusszeiten fixieren. Aber wann er öffnet und schliesst, kann man niemandem vorschreiben. Wir haben die Möglichkeit auf 17.00 Uhr gewollt. Ich möchte noch etwas sagen. Felix Wettstein hat das Thema angesprochen und eigentlich im Raum stehen lassen: Gibt es dies? Wird dies gemacht? Sonst hätte er wahrscheinlich nicht

gefragt. Mir ist kein Fall bekannt bei Kantonen, welche dies schon länger erfolgreich haben. Mir ist auch kein Fall vom Shopville Zürich bekannt, das Öffnungszeiten bis 22 Uhr hat. Ich habe aus den Zeitungen nie einen Missbrauch gelesen. Ich habe eher das andere gelesen, dass es viele Teilzeit-Jobs gibt, wo zum Teil gut ausgebildete Leute zusätzlich zu ihrem angestammten Beruf noch in den Verkauf hinein gehen. Das haben mir auch Leute von Tankstellen bestätigt, dass sie eigentlich dort recht gut auswählen können, wen sie wollen. Aber ich denke, Du hast Fälle von Missbrauch. Aber Du musst es offen legen. Dann müssen wir wissen, worum es geht.

Felix Wettstein: Ich weiss nicht, wo der Begriff Missbrauch angebracht ist. Ich habe persönlich Bekannte, die im Buchhandel arbeiten, nicht in Olten, aber das tut nichts zur Sache, die in der Zeit, in der sie viel verkaufen, unter Druck stehen. Das sind gerade Teilzeitangestellte. Deutlich über die vertraglich abgemachte Arbeitszeit hinaus leisten müssen und man dann schon sagt: Ja, grundsätzlich möchte man dies nachher korrigieren können, wenn es dann im Januar und Februar wieder flauer ist. Aber man muss ja dann im Januar und Februar gleichwohl die ganze Zeit offen halten, mit etwas weniger Personal. Das stimmt. Aber es ist nicht so, dass die Leute dies kompensieren können, sondern es ist der Erwartungsdruck, dass sie dann einfach länger da stehen. Ich möchte daran erinnern, dass das Verkaufspersonal gewerkschaftlich schlecht organisiert ist. Natürlich kann man sagen: Sie sind selber schuld. Sie könnten ja den Gewerkschaften beitreten. Aber es ist eine schlechte Sozialpartnerschaft, wenn man es so sagen will, eben auch in dieser Branche, die nicht vergleichbar ist mit der Personalvertretung andernorts.

Roland Rudolf von Rohr: Ich habe auch Verständnis für Felix Wettstein. Aber ich bin bei den Gesprächen vor allem mit den Grossen, Coop und Migros, in Olten dabei gewesen. Für sie ist es ganz klar, dass ihre Arbeitsverträge gelten und fertig Schluss. Wer diese Stunde länger arbeitet, wird diese kompensieren können. Das ist bei allen, die ich jetzt hier kenne, auch der Fall. Dass es an einigen Orten Missbräuche gibt, ist sicher so. Auch Coop, Migros und jeder weiss, es gibt Mehrkosten. Das ist man sich im Klaren. Wenn man länger offen hält, muss man länger Personal haben. Man muss Kompensationsmöglichkeiten suchen. Am Anfang wird man vielleicht sagen: Halbe, halbe machen oder wenn an Weihnachten ein solcher Verkauf ist, ist es bei uns jeweils so, dass man fragt, wer etwas vor hat, wer zu Hause kocht. Einige sagen dann: Ich muss unbedingt kochen. Dann lässt man diese gehen. Ich glaube, das ist in den meisten Geschäften so. Arbeitsrechtlich kann ich Dir versichern, dass es bei den Grossen keine Nachteile hat, bei ganz Kleinen, wo es gewisse Abhängigkeitsverhältnisse gibt, kann ich es nicht garantieren. Aber im Grossen und Ganzen wird dies sicher ganz sauber gehandhabt.

Nico Zila: Wir diskutieren jetzt schon sehr lange über die Änderung, und ich denke, wir dürfen nicht ausser Acht lassen, dass es um eine Stunde pro Woche geht. Wenn wir mit jemandem aus – ich sage einmal – arbeitsrechtlich unverdächtigen Ländern wie Österreich, Finnland, die in den letzten Jahren wahnsinnige Entwicklungen gemacht haben was die Ladenöffnungszeiten betrifft, darüber reden, wenn wir mit Leuten aus einem Nachbarkanton reden, der zwei Kilometer Luftlinie von hier entfernt ist, sind dies effektiv Peanuts. Ich hätte eine Frage an Fabian Aebi und bin eigentlich froh, dass er diese jetzt vorweg genommen und bereits beantwortet hat. Ich denke, wir haben immer noch mehr Stunden pro Woche, in denen die Oltner Läden nicht geöffnet haben dürfen als in denen sie geöffnet haben dürfen gemäss unserer Ladenschlussverordnung. Ich denke, in dieser relativ kurzen Zeit ist es eben schon wichtig, dass wir einheitliche Öffnungszeiten erreichen unter dem grössten Teil der Oltner Läden. Wir haben letztes Jahr vor allem an den beiden Adventssonntagen eine unbefriedigende Situation gehabt. Ich appelliere eigentlich an das Gewerbe, die Verantwortlichen und die Ladenbetreiber, dass wir dort in diesem Jahr eine sauberere Situation vor allem erreichen können, bin aber im Allgemeinen jetzt froh über die gute Aufnahme dieser Änderung.

Beschluss

Mit 46 : 0 Stimmen wird Eintreten beschlossen.

Beschluss

Mit 42 : 3 Stimmen fasst das Parlament folgenden Beschluss:

I.

1. Der Teilrevision von Ziff. 1.2 der Ladenschlussverordnung vom 13. März 1995 wird zugestimmt. Sie tritt unter Vorbehalt der Genehmigungserteilung durch das Departement des Innern des Kantons Solothurn per 1. Januar 2008 in Kraft.
2. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt

II.

Ziff. I.1 des Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.

Mitteilung an:

Gewerbe Olten, Aarauerstrasse 55, Postfach, 4600 Olten

Direktion Öffentliche Sicherheit

Verwaltungsleitung Öffentliche Sicherheit/Franco Giori (4)

Kommando Stadtpolizei/Stv. (2)

Finanzverwaltung

Finanzkontrolle

Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 21. November 2007

Akten-Nr. 16/4

Prot.-Nr. 36

Wiederholung Abstimmungen

Parlamentspräsidentin Iris Schelbert: Wir haben die Frage, ob 46 oder 47 Anwesende hier sind, lösen können. Wir sind 46 nach Präsenzliste. Hier vorne ist eine Person doppelt gezählt worden, weil die Absprache nicht klar gewesen ist. Wir werden jetzt ordnungshalber schnell alle Abstimmungen wiederholen und zwar ohne Wortmeldungen, nichts.

Thomas Frey: Kann man einen Ordnungsantrag stellen und fragen, ob wir dies so wollen? Ich meine, in Herisau wissen sie jeweils auch nicht, wie viele Leute dafür und dagegen sind, in einer Landsgemeinde. Ich glaube, die Abstimmungen sind deutlich genug gewesen, dass man hier eigentlich sagen könnte, man stimmt einmal ab und kann dann ordentlich weiter fahren.

Beschluss

Mit 44 : 1 Stimme bei 1 Enthaltung wird dem Ordnungsantrag zugestimmt.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Ich möchte nicht ins Parlament eingreifen, möchte aber Rolf Sommer fragen, ob es richtig ist, was ich hier gehört habe, dass er dagegen, dass man die Abstimmung nicht wiederholt, eine Beschwerde macht. Dann müsste das Parlament jetzt darüber befinden. Der Stadtrat will sich nicht einmischen, aber dem Stadtrat ist daran gelegen, Geschäfte, die heute zur Debatte gestanden sind, nachher auch weiter führen zu können, nicht, dass es wieder aufgehoben wird. Das steht Dir natürlich zu. Aber wir möchten doch wissen, wie es weiter geht.

Rolf Sommer: Meine Meinung ist ganz klar, dass man die Abstimmungen zu den Beschlussesanträgen wiederholt. Das sind die wichtigsten, dass sie mit den richtigen Zahlen richtig im Protokoll stehen. Sonst wäre es nachher beschwerdefähig. Das habe ich gesagt. Das ist das Einzige, das ich verlange, dass man über die Beschlussesanträge noch einmal abstimmt. Fertig Schluss.

Mario Clematide: Wir haben ja einen Rechtskonsulenten auf der Lohnliste. Jetzt soll er doch sagen, ob das Parlament die Kompetenz hat, das zu entscheiden, was wir entschieden haben. Ja oder nein? Dann wissen wir – und dann weiss es auch Rolf Sommer – ob eine allfällige Beschwerde erfolgreich sein wird oder nicht. Punkt.

Christian Winiger, Rechtskonsulent: Rolf Sommer hat selbstverständlich das Recht, eine Beschwerde zu machen. Das steht jedem gegen jeden Beschluss des Parlaments zu. Die Beschwerde wird einfach keinen Erfolg haben, weil die Abstimmungsergebnisse dermassen klar gewesen sind – es ist nirgends ein knapper Ausgang gewesen – dass der Regierungsrat nie eine Abstimmung kassieren sprich aufheben wird. Wenn das Abstimmungsergebnis so eindeutig ist wie es in all diesen Abstimmungen gewesen ist, gibt es keine Kassierung der Beschlüsse. Aber selbstverständlich kann er eine Beschwerde machen, wird es ein Verfahren und einen Entscheid geben, wie dies in einem Rechtsstaat üblich ist. Aber die Erfolgschancen sind gleich null. Das kann ich dazu sagen.

Mario Clematide: Womit wieder einmal erwiesen ist, dass die Juristen nicht auf die Fragen antworten. Ich habe gefragt: Hat unser Parlament die Kompetenz, hier zu entscheiden? Ja oder nein? Darauf habe ich keine Antwort erhalten.

Christian Winiger, Rechtskonsulent: Das Parlament kann immer entscheiden, wie es will. Die Frage ist, ob dies in einem Beschwerdeverfahren gerügt wird oder nicht. Das Parlament ist frei zu entscheiden, wie es will. Das ist ja klar.

Rolf Sommer: Wenn man die Abstimmungen überall angeschaut hat, sind schon wegen einigen wenigen Stimmen Abstimmungen, also Volksabstimmungen, kassiert worden, wo einfach das Gesamttotal nicht gestimmt hat. Es wurde gesagt: Noch einmal nachzählen. Also soll das gleiche Recht hier auch sein, damit es ganz klar ist, wie es ist, dass die Nachzählung und alles dazu zählt. Das ist das Wahl- und Stimmrecht, das wir in der Schweiz haben.

Parlamentspräsidentin Iris Schelbert: Ich stelle als Präsidentin den Ordnungsantrag, dass wir jetzt gleichwohl abstimmen, weil wir in der Zeit, in der wir jetzt etwas geplaudert haben, abgestimmt gehabt hätten.

Beschluss

Mit 38 : 2 Stimmen bei 6 Enthaltungen wird dem Ordnungsantrag der Präsidentin zugestimmt.

Stefan Nünlist: Ich habe noch eine kurze Frage an Rolf Sommer: Wenn ich ihn richtig verstanden habe in der Pause, haben wir über ein Geschäft gesprochen, wo er gefunden hat, wir hätten etwas falsch gemacht, wo die Präsidentin keine Schlussabstimmung hat machen lassen. Rolf, möchtest Du alle Abstimmungen wiederholen lassen oder möchtest Du nur über das bestimmte Geschäft noch eine Schlussabstimmung machen, wo wir keine formelle, richtige Schlussabstimmung gemacht haben? Ich habe das vorher nicht ganz begriffen.

Rolf Sommer: Ich habe vorher ganz klar gesagt, über die Beschlüsse dieser drei Geschäfte kann abgestimmt werden. Das Budget kommt nachher am Schluss auch noch als Beschlussesantrag an die Reihe. Bei den drei Geschäften, die wir gehabt haben, soll ganz klar noch einmal eine Schlussabstimmung gemacht werden.

Parlamentspräsidentin Iris Schelbert: Wir stimmen über alle ab.

Mitteilung an:
Kanzleiakten

Verteilt am:

Parlamentspräsidentin Iris Schelbert: Nach einer Sitzung mit einigen Irrungen und Wirrungen und inflationär vielen Abstimmungen wünsche ich Euch noch einen schönen Abend. Wir sehen uns morgen Abend um 18.00 Uhr in alter Frische wieder.

Die Parlamentspräsidentin:

Der Stadtschreiber:

Die Protokollführerin:

Protokollgenehmigung:

Einsprachen sind der Stadtkanzlei zuhanden der Parlamentspräsidentin innert 10 Tagen nach der Zustellung schriftlich einzureichen.